PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 9.12.1975, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

11. Dezember 1975 Jg. 3 Nr. 49 50 Pfennig

Geiselnahme in Holland – Der Imperialismus ist verantwortlich

"Terrorismus macht Schule", schreibt die Bild-Zeitung zum Überfall der Ambonesen auf einen Zug in Bleiden und das indonesische Konsulat in Amsterdam. *"Mitverantwortlich"* seien auch *"jene Staaten wie Libyen, der Irak, Südjemen und Kuba, die Terroristen jahrelang Asyl gewährten und sie wie Helden feierten"*. Das ist eine merkwürdige Ahnenreihe des *"Terrors"*. Genannt werden die Länder, die Gewalt gebraucht haben oder befürworten, um sich vom Imperialismus zu befreien.

Die Bild-Zeitung läßt aus, von wem denn die Ambonesen tatsächlich in die Schule genommen worden sind und Terrorismus gelernt haben: von der königlich niederländischen Kolonialarmee in Indonesien, in deren Reihen sie bis zur Niederlage der Holländer 1950 eingesetzt wurden zur Unterdrückung und Terrorisierung des indonesischen Volkes. Holländische Armeeangehörige berichteten zwanzig Jahre nach ihrer Niederlage, wie die Kolonialarmee gegen das Volk gewütet hatte: *"Kinder von elf bis dreizehn Jahren, die Reis gestohlen hatten, wurden an Ort und Stelle füsiliert. Die Münder der Toten waren noch voll Reis"* und: *"Wenn eine Patrouille einen ganzen Tag nicht hatte schießen können, wurde Preisschießen auf Passanten veranstaltet"* (Der Spiegel, 10. Februar 1975)

Getötet wurde im Dienste der holländischen Handelsbourgeoisie, der reichen holländischen Pflanzer, des Royal Dutch Shell Konzerns. Noch heute ist die holländische Königin eine der reichsten Frauen der Welt: Ihre Vorgänger haben über Jahrhunderte aus der Ausplünderung von "Niederländisch-Ostindien" ihren Vorteil gezogen. **"Die Geschichte der holländischen Kolonialwirtschaft ... entrollt ein unübertreffbares Gemälde von Verrat, Bestechung, Meuchelmord und Niedertracht. Nichts ist charakteristischer als ihr System des Menschendiebstahls in Celebes, um Sklaven für Java zu erhalten. Die Menschenstehler wurden zu diesem Zweck abgerichtet. Der Dieb, der Dolmetscher und der Verkäufer waren die Hauptagenten in diesem Handel, eingeborene Prinzen die Hauptverkäufer. Die weggestohlene Jugend wurde in den Geheimgefängnissen von Celebes versteckt, bis reif zur Verschickung auf die Sklavenschiffe ... Wo sie (die Holländer) die Füße hinsetzten, folgte Verödung und Entvölkerung. Banjuwangi, eine Provinz von Java, zählte 1750 über 80 000 Einwohner, 1811 nur noch 8 000. Das ist der sanfte Handel!"** (Karl Marx, Das Kapital I, Seite 779 f.)

1950, als es dem indonesischen Volk endlich gelang, sich von der Kolonialherrschaft zu befreien und die Holländer aus dem Land zu vertreiben, nahmen diese ihr Werkzeug, die ambonesischen Soldaten, mit. Nicht anders wie es die Amerikaner mit ihren südvietnamesischen Marionetten taten. Was sich jetzt in Bleiden und Amsterdam abspielt, das ist von seiten der beteiligten Ambonesen eine späte und schwache Rache an den einstigen Kolonialherren, die sie zu Werkzeugen gegen die anderen Stämme Indonesiens gemacht hatten.

Die holländische Regierung denkt nicht daran, auf die Forderungen der Ambonesen einzugehen. Für eine *"freie Republik Südmolukken"*, das liegt nicht mehr in ihrer Macht. Aber auch die Forderung nach freiem Abzug, nach einem Flugzeug, das sie aus dem Lande bringt, und nach Verlesung einer Rundfunkbotschaft hat sie abgelehnt. Truppen werden zusammengezogen, Panzer aufgefahren: Man bereitet sich auf Erstürmung der Eisenbahnwagen und des Konsulats vor: Die holländische Regierung will bei der Rache das letzte Wort haben und das rebellisch gewordene Werkzeug exemplarisch abstrafen.

Staatsgewalt gegen Volksgewalt

Weg mit dem Maulkorbgesetz 130a (88a)!

Mit Plakataktionen und mit Kundgebungen am 13. Dezember werden die Ortsgruppen des KBW über das Vorhaben der Bundestagsparteien aufklären, ein Maulkorbgesetz gegen das Volk zu verabschieden. Unten ein Schriftplakat der Ortsgruppe Freiburg.

STAATSGEWALT GEGEN VOLKSGEWALT: REGIERUNG UND PARLAMENT PLANEN NEUEN ANSCHLAG AUF DIE MEINUNGS-,PRESSE- UND INFORMATIONSFREIHEIT

Weg mit dem § 130a !

Wenn Arbeiter sich gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wehren, für eine Lohnerhöhung kämpfen und ihre Interessen gegen die Kapitalisten durchsetzen wollen, ist der Streik als Kampfmittel notwendig und unvermeidbar.

Wenn die Bauern und die Bevölkerung einer Region den Bau eines Kernkraftwerks verhindern wollen, ist die Besetzung des Bauplatzes notwendig und unvermeidbar.

Wenn Schüler und Studenten die Verschlechterung ihrer Ausbildungsbedingungen nicht hinnehmen wollen, ist die Störung des Schul- und Hochschulfriedens notwendig und unvermeidbar.

Will das Volk seine Interessen gegen die herrschende Klasse, gegen Staatsgewalt und Regierung durchsetzen, dann ist es notwendig und unvermeidlich, daß es für diese Interessen auf die Straße geht und sich davon weder durch staatliche Verbote, noch Polizeimacht abhalten läßt.

Will sich die Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung befreien, dann ist die proletarische Revolution notwendig und unvermeidbar.

Notwendig und unvermeidbar ist die Unterstützung des bewaffneten Kampfes der unterdrückten Völker, wenn Kolonialismus und Imperialismus vernichtet werden sollen.

All dies sind einfache Wahrheiten und die Geschichte hat sie noch immer bestätigt. Diese einfachen Wahrheiten will die Staatsgewalt unterdrücken.

Nach § 130 a, den Regierung und Parlament jetzt verabschieden wollen, bringen diese einfachen Wahrheiten jedem, der sie offen ausspricht, bis zu drei Jahren Gefängnis ein. " Befürwortung von Gewalt " sind diese Wahrheiten und sollen verboten sein. Das besagt der geplante § 130 a.

Dagegen muß man sich wehren! Weg mit dem § 130 a !

Veranstaltung 14.12.75 19 30h

GASTSTÄTTE MOOSWALDBIERSTUBEN, ELSASSERSTRASSE

Kommunistischer Bund Westdeutschland

Geplant war, den § 130a hinter den Kulissen des Parlamentes und im Sonderausschuß für die Strafrechtsreform kompromißreif und einheitlich zwischen CDU/CSU sowie SPD und FDP zu formulieren und das Machwerk dann überraschend im Parlamente zu landen.

Dieses ist aufgekommen. Dem § 130a tropft aus jeder Zeile die Absicht, eine Willkürherrschaft gegen die Volksmassen zu ermöglichen. Seitdem die Sache öffentlich ist, sieht die bürgerliche Presse nicht, wie sie das Machwerk rechtfertigen soll, wo es mit dem Verschweigen nicht geklappt hat.

Gegen dieses Gesetzeswerk gibt es Widerstand. Die Bourgeoisie muß ihn auf jeden Fall zu Grunde richten.

Folgerichtig heißt es jetzt, der Paragraph würde entschärft. Ausgerechnet der Bundesminister für Justiz, Vogel, würde diese Entschärfung durchführen.

Man wird vorsichtig, wenn man hört, daß der Fuchs die Gänse hütet, und tatsächlich, etwas Konkretes ist auch nicht zu erfahren. Vorläufig bleibt mit dem 130a alles beim Alten. Ein anderer Entwurf liegt offiziell nicht vor.

Hauptsächlich soll die öffentliche Diskussion entschärft werden, indem ein Durcheinander gestiftet wird, ein echt parlamentarisches.

Sicher ist bloß, daß Vogel plant, den 130a in Zukunft mit 88a zu titulieren.

Sodann soll: Reden von; Schreiben über und lautes Denken an Gewalt gestraft werden, wenn es sich eindeutig gegen Grundsätze der Verfassung richtet.

Wie wird sich das in der Praxis auswirken?

Eine Belegschaft hält einen Streik für erforderlich. Eine Versammlung wird durchgeführt. Man sagt, klar ist, daß unser Kapitalist versuchen wird, Streikbrecher anzuheuern. Wir werden Posten aufstellen und keinen ins Werk lassen. Nach dem neuen Paragraphen ist dran, wer das sagt. Es handelt sich um einen Aufruf zur Gewalt, und dieser richtet sich selbstverständlich gegen unveräußerliche Werte der Verfassung. Hier gegen das Recht des Kapitalisten auf Eigentum.

Dafür kann man dann bis zu drei Jahren brummen. Der Kapitalist hingegen, der in der Zeitung inseriert, daß er dringlich Arbeitswillige sucht und sich auch noch etliche Schläger heuert, um den Streik zu zerschlagen, der wird vermittels dieses Paragraphen nicht beunruhigt werden. Wer mag ihm und seinen Leuten auch vorwerfen, daß ihre Gewalttaten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten würden. Im Gegenteil, sie verwirklichen diese spürbar.

Die ganze "Entschärfung" a la Vogel entpuppt sich als Verfeinerung.

Gewöhnlich bleibt es das Geschäft von Polizei, Richtern und Vollzug, die Konterrevolutionäre den Gesetzen zu entziehen. Mangelnde Verfolgung, milde Bestrafung, frühe Haftunfähigkeit usw.

Hier wird die Konterrevolution gleich ausgespart. Das Gesetz wird davon nicht populär werden. War es in seiner ursprünglichen Gestalt schon unübersehbar ein Dokument für die Willkür des Staatsapparates, so liegt es jetzt in einer Fassung vor, welche die Willkür des Staatsapparates offen auf die Arbeiterbewegung und revolutionäre Volksbewegungen konzentriert, und gleichzeitig faschistische Gewaltbanden ausspart, wenn sie wie stets als Hüter von Eigentum und Staatsgewalt auftreten.

Seitens der Sozialdemokraten handelt es sich um das Projekt einer Vogel-Strauß-Achse.

Spanien

Dem Franco-Regime die Krone aufgesetzt

Das letzte Wochenende hat gezeigt, was von der "Liberalisierung" in Spanien unter der Monarchie zu halten ist: Die beiden gerade erst aus der Haft entlassenen führenden Mitglieder der "Arbeiterkommissionen", der verbotenen spanischen Gewerkschaften, Marcelino Camacho und Garcia Salve, wurden erneut verhaftet.

Demonstrationen, die am Freitag, Samstag und Sonntag in Madrid stattgefunden haben und auf denen eine "Generalamnestie" und "demokratische Freiheiten" gefordert wurden, sind von den Schergen des Regimes mit der von ihnen bekannten Brutalität niedergeknüppelt worden. Nach Angaben der französischen Tageszeitung "Le Monde" sind mindestens 500 Personen am Sonntag verhaftet worden, von denen sich noch über 100 in Haft befinden. Der Ausweis wurde allen abgenommen.

Insgesamt sind während der ersten neun Tage seit der Krönung von Juan Carlos I. etwa ebensoviel Menschen verhaftet worden, wie im Rahmen der "Amnestie" freigelassen wurden.

Demonstrationen und Aktionen für "Generalamnestie" gibt es jetzt in allen Provinzen Spaniens. Die Polizei hat besonders scharf die Demonstrationen in folgenden Städten angegriffen: Bilbao, Ontarroa, Sevilla, Valencia, Vigo, Saragossa, Valladolid, Madrid, Barcelona. Im Baskenland wurde schon Mitte letzter Woche erneut ein 18-jähriger Jugendlicher von der Polizei ermordet.

Dieses schroffe Hervortreten der Gegensätze in Spanien, das für die gesamte bürgerliche Presse in Westeuropa überraschend kam, ist die Antwort auf die ersten Entscheidungen des neu angeschafften Königs. Diese Entscheidungen sind: erstens das Dekret über die begrenzte Amnestie, zweitens die Besetzung des Präsidentenstuhls der "Cortes" und des "Rats des Königreiches" mit Miranda, dem vorletzten Ministerpräsidenten Francos, und drittens dem Festhalten an Arias Navarro als Regierungschef, der 1973 bereits von Franco in dieses Amt eingesetzt wurde.

Die Fortsetzung des harten Kurses gegen die Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung durch die Monarchie hatte sich bereits vorher angedeutet, als Juan Carlos provisorisch die Staatsgeschäfte übernahm: Er verfügte bereits damals einen Lohnstopp. Dagegen wurde in ganz Spanien jetzt zum Generalstreik aufgerufen, der am 11.12. stattfinden soll.

Die bürgerliche Presse in Westdeutschland und in den anderen westeuropäischen Staaten hatte damals von dieser für die arbeitende Bevölkerung einschneidenden Maßnahme keine Notiz genommen. Die Bürgerlichen schwelgten in der Hoffnung, Juan Carlos werde das Unmögliche fertigbringen und das spanische Volk mit dem Franco-Regime versöhnen, den bruchlosen Übergang in eine "Zeit nach Franco" schaffen, in der es "liberaler aussehen" sollte. Genährt wurden diese Hoffnungen besonders durch die westdeutsche und die französische Regierung. Beide Regierungen hatten im September sich verhalten an den weltweiten Protesten gegen die Todesurteile beteiligt, sie hatten gar ihre Botschafter zurückbeordert. Nach der Einsetzung des Königs haben sie dann ihre Staatsoberhäupter zu den Krönungsfeierlichkeiten entsandt, um dem Monarchen ihre Verbundenheit auszudrücken. Von einer weniger offenen Unterstützung des Franco-Regimes sind sie zu einer breiten und offenen Unterstützung übergegangen, seitdem der Terror gekrönt wurde. Man gab den Monarchen für "fortschrittlich gesinnt"-aus und glaubte, die eigene Bevölkerung würde die offene Unterstützung der Unterdrückung der spanischen Arbeiterklasse und der werktätigen Volksmassen schon schlucken. Nun, da sich herausstellt, daß es nichts ist mit der "freiheitlichen Entwicklung" in Spanien, da sich der Monarch mit all seinen Maßnahmen schroff gegen die Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung stellt, wird in der bürgerlichen Presse der Versuch unternommen, aus Arias einen "Liberalen" zu machen! Arias, der verantwortlich ist für das "Antiterrorismus-Gesetz", nach dem die fünf Revolutionäre im September hingerichtet wurden und nach dem nach wie vor Massenverhaftungen durchgeführt werden, könne nun doch "liberale" Minister in sein Kabinett berufen! Doch die sogenannten liberalen Minister, die schon 1973 einmal Kabinettsmitglieder waren, haben bereits abgewunken.

Angesichts der Demonstrationen in den Straßen der spanischen Städte, in Erwartung des Generalstreiks am 11. Dezember, dem Jahrestag des Generalstreiks im Basenkenland von 1974, riskiert es die Bourgeoisie nicht, ihre "Liberalen" von der Reservebank zu holen. In Spanien hat sich mit dem Einsetzen der Monarchie nichts geändert: Die Monarchie ist die Fortsetzung des Franco-Regimes, wogegen jetzt die Arbeiterklasse und die werktätigen Volksmassen ihre Forderung nach Republik und Volksdemokratie auf der Straße erheben.

Die Nummer 51/52 der KVZ erscheint wegen der Weihnachtsfeiertage zwei Tage vorher als üblich: am Dienstag, dem 23.12. Fertiggestellt wird sie am 21.12. Wir bitten unsere Leser und besonders die Korrespondenten, diese Terminverschiebung zu beachten.

Streit der Parteien um den Haushalt

Einig gegen das Volk – zerstritten untereinander

Das Haushaltssicherungsgesetz ist in wesentlichen Teilen von Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Die dazu notwendige Einigung zwischen SPD und FDP auf der einen sowie CDU/CSU auf der anderen Seite kam überall da schnell zustande, wo den breiten Massen Einschränkungen auferlegt wurden. Aushöhlung der Arbeitslosenversicherung, Kürzung der Stipendien für Studenten, Streichung von Rechten der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst: Das alles war rasch beschlossen.

Auch kleinere Summen wurden nicht verschmäht, wo es darum ging, die Massen zum Sparen zu zwingen. 100 Millionen wurden den Kriegsinvaliden weggenommen. Sie hätten sich zu oft Kuren verschreiben lassen, war die Begründung. Künftig dürfen sie das höchstens alle zwei Jahre, zur Kur, Familienangehörige bleiben ausgeschlossen. Gestrichen wurde an den Beihilfen der Witwen: "Stirbt ein Kriegsbeschädigter noch vor dem 31.12. dieses Jahres, kann seine Witwe auch dann mit einer Rente rechnen, wenn er nicht an den Folgen eines anerkannten Kriegsleidens gestorben ist. Stirbt er nach dem 31.12., bekommt sie eine Witwenbeihilfe nur dann, wenn der Ehemann 100 % erwerbsunfähig war, eine Pflegezulage bezog oder seit mindestens 5 Jahren Anspruch auf Berufsschadensausgleich hatte." (Offenbach Post, 10.11.) Auch bei dieser Aufforderung an die Armen und Schwachen, vor Silvester zu sterben, waren CDU, CSU, FDP und SPD sich einig.

Trotzdem bekommen sie die Gesetze nicht unter Dach und Fach. Am 11. Dezember müssen sie zum zweiten Mal in den Vermittlungsausschuß. SPD/FDP auf der einen und CDU/CSU auf der anderen Seite können sich nicht einigen über die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ab 1.1.1976 und über die für den 1.1.1977 vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer. Über einige kleinere Punkte, die noch umstritten waren, "sind die Positionen zwischen Koalition und Opposition inzwischen nicht mehr allzuweit entfernt." (Frankfurter Allgemeine, 6.12.1975)

In der Frage der Beitrags- und der Steuererhöhungen können sich beide nicht einigen, weil es dabei geht um einen Interessenwiderspruch in den Reihen der bürgerlichen Klasse selber.

Die einen sagen: Um die Staatstätigkeit finanzieren zu können, müssen die Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung gekürzt werden, im nächsten Jahr um 3,8 Milliarden DM. Das bedeutet Erhöhung der Beiträge. Und die Steuern müssen erhöht werden. Die anderen antworten: Jede Erhöhung der Beiträge und der Steuern verringert die Profite, die den Kapitalisten für neue Geschäfte zur Verfügung stehen. Denn wenn es zeitweise gelingt, die Lohnabhängigen diese Lasten tragen zu lassen: Der Lohn kann nicht beliebig gesenkt werden, ohne den Widerstand der Arbeiter und Angestellten dagegen hervorzutreiben. Also soll am Staat gespart werden, sagt die CDU. Aber wo denn?, fragt die SPD zurück.

Die bürgerliche Klasse braucht den Staat und eine ständige Ausweitung der Staatstätigkeit, also muß sie deren Finanzierung sicherstellen. Was aber in der Finanzierung der Staatstätigkeit eingeht, geht den einzelnen Kapitalisten verloren. Wer sich eine Vorstellung machen will, wie schwer dieser Konflikt ist, muß einmal zuhören, wie herzzerreißend selbst ein kleiner Kapitalist über die Steuern klagen kann, die er zahlen muß. Das schöne Geld geht hin und weder kann er damit sein Geschäft erweitern oder sich ein Vergnügen gönnen, noch die drohend erhobenen Forderungen seiner Arbeiter ein wenig besänftigen. Das Geld geht weg. Wenn er auch einsieht, daß es wohl letztlich sein muß, ärgert es ihn doch maßlos und nie wird er den Verdacht los, daß in den Händen des Staates damit Mißwirtschaft betrieben wird.

Dieser Streit zwischen dem steuerzahlenden Staatsbürger und dem Bourgeois, dem der Staat zu teuer und als eine Art Parasit erscheint, der ihn ausnimmt, dieser Streit, der in der Brust eines jeden Kapitalisten ausgefochten wird, findet in den parlamentarischen Einrichtungen zwischen SPD/FDP und CDU/CSU statt. Die spontane Sympathie aller Kapitalistenverbände hat dabei natürlich die CDU, denn sie verspricht ihnen: weniger Steuern!

Die SPD nützt das, um sich vor der Arbeiterklasse und dem Volk hinzustellen und die Forderung nach: "Mehr Steuern!" als letzte Weisheit wirklich sozialer Politik hinzustellen. Bis auf in der Wolle schon gefärbte Sozialdemokraten glaubt ihr das freilich niemand. Wenn schon die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung bei der Massenarbeitslosigkeit nicht mehr langen: Warum läßt man das Geld nicht die Kapitalisten zahlen? Die Arbeiter und Angestellten stehen ja nicht freiwillig auf der Straße, sondern weil sie von den Kapitalisten entlassen worden sind.

An derartig "radikale" Maßnahmen wie die Verpflichtung der Kapitalisten, die einprozentige Beitragserhöhung zu zahlen, denkt freilich im ganzen Bundestag kein einziger Abgeordneter. Ob CDU/CSU, ob SPD/FDP, die Kapitalisten können zufrieden sein mit dem Kurs, den die Regierung und die Parteien steuern. Und sie haben ihre Zufriedenheit auch zum Ausdruck gebracht: Die Bundesregierung bekommt wieder reichlich Kredit. Zwar kurzfristigen Kredit, aber übergenug. Das "Handelsblatt" meldete am 9.12.: "In der Bundesschatulle glänzen Überschüsse" und spricht von einem "schon fast märchenhaften Sachverhalt", "in Zeiten der absoluten Finanzmisere der öffentlichen Hand" die Schleusen des Kredits weit geöffnet wurden: "Vor allem die Kreditinstitute (d.h. die Banken) waren ... angesichts ihrer Liquidität so sehr auf Bundestitel (Anleihen des Bundes) erpicht, daß Apel ihnen davon für 1,1 Mrd. DM mehr zu verkaufen vermochte als geplant." Die Regierung läßt die arbeitenden Massen bluten: Das Vertrauen des Finanzkapitals ist ihr wieder sicher. – **(wm)**

Bankpräsident: „Soziale Demontage" unvermeidbar

"Unter dem Druck der Fakten werde es in einigen Jahren zu Korrekturen der Gesetzgebung kommen müssen, die heute mit dem Schlagwort der 'sozialen Demontage' belegt würden." Das sagte einer der Leute, die gewohnt sind, Fakten zu setzen: Ludwig Poullain, der Chef der Westdeutschen Landesbank. Er verwies dabei auf die steigende Zinsbelastung für die Staatsschulden. Poullain geht davon aus: Der Tribut an die Banken wird zur Kürzung der Sozialaufwendungen zwingen (Frankfurter Allgemeine, 8.12.75).

Imperialistische Bundesgenossen

Die englische Regierung braucht Kredit wie ein Verdurstender Wasser. Beim Internationalen Währungsfonds (IWF) hat sie einen Zwei-Milliarden-Kredit beantragt. Der geschäftsführende Direktor des IWF stellt dafür jetzt Bedingungen: Die britische Regierung soll auf ihre seit langem angekündigten Importkontrollen verzichten. Von wem diese Bedingungen gesetzt werden, enthüllt die "Financial Times": Wittevens Haltung finde die "kräftige" Unterstützung der USA sowie Frankreichs, der Bundesrepublik und Italiens. Angestrebt werde "eine striktere Kontrolle über die britische Wirtschaftspolitik", die zuletzt in der Frage der Ölpreise in Gegensatz zu den übrigen imperialistischen Mächten gekommen war. Der Versuch der britischen Regierung, auf dem sogenannten Euro-Markt ihre Kreditbedürfnisse zu befriedigen, stößt ebenfalls auf Widerstand: Die Bundesrepublik versucht, "am Euromarkt hohe Beträge als Kredite abzuschöpfen und damit die britischen Kreditpläne zunichte (zu) machen". Der "Investors Chronicle" berichtet: "Das Schatzamt und die Bank von England geben sich keine Mühe, ihren Schock und ihren Ärger zu verbergen." Der BRD-Imperialismus läßt den britischen Imperialismus fühlen, wer in der EG das Sagen hat. Das "europäische Einigungswerk" der Imperialisten macht die schönsten Fortschritte. – (nach Frankfurter Allgemeine, 6.12. und 9.12.)

Zionistische Völkermordpolitik unter Druck
Wen die Verurteilung des Zionismus als einer Form des Rassismus durch die Vereinten Nationen noch nicht vollständig überzeugen konnte, dem liefern die Zionisten jetzt ein Lehrstück ihrer Praxis, die sie dem palästinensischen Volk seit Jahrzehnten angedeihen lassen. Am 2. Dezember überfielen etwa 30 israelische Kampfflugzeuge Flüchtlingslager der Palästinenser im Libanon. Ihre Ausbeute: über 100 Tote und etwa 140 Verletzte.
Rassistische Hetze soll die faschistische Völkermordpolitik zur Auslöschung der Palästinenser als Volk rechtfertigen. Der israelische Botschafter in den USA, Dinitz, erklärte vor dem nationalen Presseclub in Washington: "Die bedauernswerten Verluste von Zivilpersonen sind auf
den meisten Flüchtlingslagern kaum noch Flüchtlinge, sondern Terroristen wohnen." Ja, 400 000 im Libanon allein. Was anderes als rassistische Überheblichkeit drückt sich darin aus, wenn diese Völkermörder die für ihre Rechte kämpfenden Palästinenser als Terroristen abzuqualifizieren
Aber diese Verbrechen beschleunigen nur den Untergang dieser imperialistischen Bastion im Nahen Osten. In Nablus hat die arabische Bevölkerung den israelischen Besatzern Straßenschlachten gegen die illegale Besiedlung ihres Landes geliefert, und auf internationaler Ebene hat das palästinensische Volk weitere bedeutende Siege errungen im Kampf um die Wiederherstellung seiner legitimen nationalen Rechte.
Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat am Freitag eine Resolution mit 84 gegen 17 Nein-Stimmen
und Kissingers hauptsächlich deshalb kein Veto im Sicherheitsrat eingelegt, weil dadurch automatisch das Mandat der UN-Truppen auf den Golan-Höhen erloschen wäre." (FAZ, 4.12.) Und die nächste Schlappe folgte auf den Fuß. Als am Freitag der Sicherheitsrat die Beratung über die Beschwerde Ägyptens und Libanons gegen die Luftangriffe Israels auf libanesisches Gebiet fortsetzte, konnten die USA die Teilnahme der PLO-Delegation nicht mehr verhindern, "da es sich dabei nur um eine Prozeduralfrage handelte, die nicht mit einem
britischen Regierung, auf dem sogenannten Euro-Markt ihre Kreditbedürfnisse zu befriedigen, stößt ebenfalls auf Widerstand: Die Bundesrepublik versucht, "am Euromarkt hohe Beträge als Kredite abzuschöpfen und damit die britischen Kreditpläne zunichte (zu) machen". Der "Investors Chronicle" berichtet: "Das Schatzamt und die Bank von England geben sich keine Mühe, ihren Schock und ihren Ärger zu verbergen." Der BRD-Imperialismus läßt den britischen Imperialismus fühlen, wer in der EG das Sagen hat. Das "europäische Einigungswerk" der Imperialisten macht die schönsten Fortschritte. – (nach Frankfurter Allgemeine, 6.12. und 9.12.)

Zionistische Völkermordpolitik unter Druck

Wen die Verurteilung des Zionismus als einer Form des Rassismus durch die Vereinten Nationen noch nicht vollständig überzeugen konnte, dem liefern die Zionisten jetzt ein Lehrstück ihrer Praxis, die sie dem palästinensischen Volk seit Jahrzehnten angedeihen lassen. Am 2. Dezember überfielen etwa 30 israelische Kampfflugzeuge Flüchtlingslager der Palästinenser im Libanon. Ihre Ausbeute: über 100 Tote und etwa 140 Verletzte.

Rassistische Hetze soll die faschistische Völkermordpolitik zur Auslöschung der Palästinenser als Volk rechtfertigen. Der israelische Botschafter in den USA, Dinitz, erklärte vor dem nationalen Presseclub in Washington: "Die bedauernswerten Verluste von Zivilpersonen sind auf die Gegenwart dieser Menschen in den Lagern und nicht auf unsere Absicht zurückzuführen." (FR, 6.12.75) Dafür sollen offensichtlich die Palästinenser selber verantwortlich sein. Nun weiß inzwischen aber jeder, daß ihre "Gegenwart" zur Ursache hat, daß die Zionisten sie aus ihrer Heimat vertrieben haben. Aber "Unrecht" ist das für diese Banditen nur deshalb nicht, weil sie beanspruchen, als "auserwähltes Volk" die "höhere Vorsehung" in der Vernichtung des in ihren Augen minderwertigeren arabischen palästinensischen Volkes spielen zu dürfen. Mit der gleichen, für die Kolonialisten seit jeher typischen rassistischen Überheblichkeit beanspruchen sie auch das Recht, sie überallhin verfolgen und dafür bestrafen zu dürfen, daß das palästinensische Volk sich gegen die Vernichtung zur Wehr setzt. So bezeichnete der israelische Kriegsminister Peres den Überfall als "Präventivaktion" und die "Welt" am 4.12. berichtet: "Von israelischer Seite wurde betont, daß in den meisten Flüchtlingslagern kaum noch Flüchtlinge, sondern Terroristen wohnen." Ja, 400 000 im Libanon allein. Was anderes als rassistische Überheblichkeit drückt sich darin aus, wenn diese Völkermörder die für ihre Rechte kämpfenden Palästinenser als Terroristen abzuqualifizieren versuchen?

Was mit den Angriffen demonstriert wurde, hört sich in der zionistischen Ideologie Herzels so an: "Kämen wir beispielsweise in die Lage, ein Land von wilden Tieren zu säubern, würden wir es nicht in der Art der Europäer aus dem 5. Jahrhundert tun. Wir würden ... die Bestien zusammentreiben und eine Melinitbombe unter sie werfen." Gleichzeitig wird weiter versucht, die im Oktoberkrieg zusammengeraubten Gebiete dauerhaft in Besitz zu nehmen. "Insgesamt hat die Regierung die Gründung von 14 Siedlungen in verschiedenen Teilen des Landes genehmigt." (FAZ, 8.12.) Dabei handelt es sich vor allem um die besetzt gehaltenen Gebiete auf dem Golan und dem Westufer des Jordan. In der Theorie des Zionismus heißt das: "Wir müssen, ohne formell die Annexion der besetzten Gebiete zu proklamieren, in diesen befreiten Gebieten vollendete Tatsachen schaffen." (Dajan)

Aber diese Verbrechen beschleunigen nur den Untergang dieser imperialistischen Bastion im Nahen Osten. In Nablus hat die arabische Bevölkerung den israelischen Besatzern Straßenschlachten gegen die illegale Besiedlung ihres Landes geliefert, und auf internationaler Ebene hat das palästinensische Volk weitere bedeutende Siege errungen im Kampf um die Wiederherstellung seiner legitimen nationalen Rechte.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat am Freitag eine Resolution mit 84 gegen 17 Nein-Stimmen bei 27 Enthaltungen verabschiedet, die "Bezug nimmt auf die relevanten Beschlüsse der Generalversammlung und des Sicherheitsrates, insbesondere jene, die die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes betreffen". Sie fordert die Einstellung jeglicher militärischen und Wirtschaftshilfe an Israel und fordert den Sicherheitsrat zu einer raschen Verwirklichung der den Nahen Osten betreffenden Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrates auf, nach einem Zeitplan und in Zusammenarbeit u. a. mit der PLO, um den Rückzug der Israeli aus den besetzten Gebieten und die "Verwirklichung der Rechte des palästinensischen Volkes" abzusichern (NZZ, 6./7.12.).

Am 30.11. hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bereits auf Antrag Syriens Vertreter zu der im Januar stattfindenden Nahost-Debatte eingeladen.

"Der amerikanische UN-Botschafter Moynihanhabe auf Weisung Fords und Kissingers hauptsächlich deshalb kein Veto im Sicherheitsrat eingelegt, weil dadurch automatisch das Mandat der UN-Truppen auf den Golan-Höhen erloschen wäre." (FAZ, 4.12.) Und die nächste Schlappe folgte auf den Fuß. Als am Freitag der Sicherheitsrat die Beratung über die Beschwerde Ägyptens und Libanons gegen die Luftangriffe Israels auf libanesisches Gebiet fortsetzte, konnten die USA die Teilnahme der PLO-Delegation nicht mehr verhindern, "da es sich dabei nur um eine Prozeduralfrage handelte, die nicht mit einem Veto belegt werden kann" (NZZ, 6./7.12.) und wo die entsprechende Mehrheit von 9 Stimmen ausreichte.

Nichts genutzt hat den Imperialisten ihr widerwärtiges Spektakel geheuchelter moralischer Entrüstung darüber, daß die UNO-Vollversammlung den Zionismus seines Heiligenscheins beraubt hat und bloßliegt, daß der Zionismus nicht das Gleiche ist wie die Rettung von mit Vernichtung bedrohter Juden, sondern eine imperialistische Ideologie und Politik, die die arabischen Völker bedroht.

Nicht verhindern können sie, daß die gerechte Sache des palästinensischen Volkes und der arabischen Völker immer breitere Unterstützung findet und sie weitere Siege erringen.

"Der PLO-Delegierte Basel Amin Aql würdigte die Entscheidung als ein 'historisches Ereignis'." (FR, 6.12.) Kissinger wird sich sicherlich an die Verszeile erinnert haben: "Da stehst du machtlos da, die Blüten fallen nieder." – **(hl)**

Marionettenregime in Südkorea vor der Pleite

"Ohne erhebliche zusätzliche Finanzhilfen des Auslands" droht dem Marionettenregime in Südkorea der wirtschaftliche Ruin. Zu diesem Ergebnis kommt eine jetzt veröffentlichte amerikanische Studie. Nach Ansicht der Wissenschaftler geht die sogenannte Republik Korea, die schon Auslandsanleihen von 6 Milliarden Dollar aufgenommen hat, auf den Bankrott und auf das wirtschaftliche Chaos zu. Deutlicher kann man nicht bestätigen, daß in Südkorea ein Marionettenregime von den Imperialisten ausgehalten wird, um das Land für die Ausplünderung durch das ausländische Finanzkapital zu öffnen. (nach Frankfurter Allgemeine, 9.12.75)

Zum SED-Parteitag treibens die Revisionisten besonders wild

Derzeit wird in der DDR unter der Losung "Mit jeder Mark, jeder Arbeitsstunde und jedem Gramm Material effektiver wirtschaften!" zu Ehren des SED-Parteitags und zum Zwecke der Planerfüllung eine "Intensivierungskampagne" durchgeführt. Den Kollegen sind solche Kampagnen sehr wohl bekannt, denn schon mehr als einmal haben sie feststellen müssen, daß dabei am Ende nichts für sie herausspringt. Dafür aber stiegen die Warenlieferungen an die Sowjetunion rapide an, und die eigenen Ausbeuter, die die Kampagne gestartet hatten, konnten sich ebenso die Hände reiben.

Wie es offiziell heißt, wird die Intensivierung von den Kollegen mit großem Eifer angepackt, und durch Hunderte von Initiativen und Verpflichtungen zur Produktivitätssteigerung sei dies zu belegen. Was nun unter einer solchen Initiative zu verstehen ist, will ich an einem Beispiel aus der "Maxhütte" aufzeigen, einem Stahlkombinat in Thüringen mit etwa sechs- bis siebentausend Beschäftigten.

Zur Planerfüllung müssen dort die einzelnen Produktionsbrigaden eine bestimmte personelle Stärke haben. Viele Brigaden sind jedoch unterbesetzt, so daß die Kollegen mehr schaffen müssen, um das Plansoll erfüllen zu können. Dafür erhielten sie bisher für jeden fehlenden Kollegen eine Prämie. Zahlreichen Brigaden sind nun Funktionäre der Betriebsparteiorganisation (BPO) der SED/FDJ zugeordnet, die sich aber dort – bis auf wenige Ausnahmen – selten blicken lassen und keinen Finger krumm machen. Mitgezählt und für ihre nicht geleistete Arbeit ausbezahlt werden sie allerdings. Die Kollegen müssen deren Arbeit mit übernehmen, ohne dafür eine zusätzliche Prämie zu erhalten. Fragen sie nach dem Grund, so erhalten sie (neben Bespitzelung und Schikane, die auf sie zukommen) eine Antwort, daß diese zweifelhaften "Genossen" durch ihre propagandistische Tätigkeit z.B. bei der Vorbereitung von Intensivierungskampagnen schon genug beschäftigt seien.

Die eigentliche "Initiative" besteht nun darin, daß auf Geheiß der Betriebsparteiorganisation derjenige, nach dem die Brigade benannt ist, z.B. Ernst Thälmann (er würde sich im Grabe herumdrehen), formal in die Brigade mit aufzunehmen ist. Was heißt das? Nehmen wir an, eine Brigade soll 20 Mann stark sein. Tatsächlich sind es aber nur sechzehn, und für vier Mann wird die Prämie bezahlt. Einer ist nun aber Funktionär, also arbeiten nur fünfzehn. Muß (!) nun – nach obigem Beispiel – Ernst Thälmann in die Brigade aufgenommen werden, so haben wir siebzehn Kollegen, von denen aber nur vierzehn die Arbeit von zwanzig machen und nunmehr aber auch noch weniger Prämien erhalten. In den Köpfen der Arbeiter sollen so die Vorkämpfer der Arbeiterklasse auf eine Stufe gestellt werden mit den schmarotzenden Funktionären, die ebenfalls nur "im Geiste" mitarbeiten.

Diese Art, die Arbeiterklasse verstärkt auszupressen, mag uns fremd erscheinen, aber das Prinzip kennt auch jeder Arbeiter in der BRD, denn es ist ein Mittel der Ausbeutung im Kapitalismus. Die Kollegen in der Maxhütte haben darauf mit großer Empörung reagiert, und eine Jugendbrigade soll daraufhin geschlossen gekündigt haben, was einen großen Wirbel ausgelöst hat, da es gerade in dieser Region an Arbeitskräften mangelt. Viele Kollegen erklärten mir, daß Betriebsleitung und Partei befürchten, dieses Beispiel könne Schule machen. Deshalb sollen die Mitglieder der Brigade jetzt auch entsprechend bearbeitet werden, um ihren Schritt rückgängig zu machen. Die Zeit, die sie dabei in den betrieblichen Parteibüros verbringen, müssen sie natürlich nacharbeiten, um den Plan erfüllen und die manchmal lebensnotwendigen Prämien dafür erhalten zu können. Genauso ergeht es vielen Jugendlichen, mit denen ich sprach. Während der Arbeitszeit wurden sie häufig belabert, zu Ehren des IX. Parteitags in die FDJ einzutreten. Die darauf verwandte Zeit mußte ebenso nachgearbeitet werden wie die Zeit, die sie sich einmal in Reih' und Glied vor dem Werkstor aufstellen mußten, um den Sekretär des FDJ-Zentralrats mit dem Ruf zu empfangen: "Wir sind die Fans von Egon Krenz!"

Nach außen also soll die Fassade stimmen, wie man sieht, aber im Innern gärt es, und die Empörung und der Widerstand wachsen trotz weiteren Ausbaus des Unterdrückungsapparates. So ist z.B. ständig der Staatssicherheitsdienst im Werk, um Fälle von Produktionssabotage ausfindig zu machen.

"Wir werden völlig neue Kampfformen entwickeln müssen gegen diese neuen Formen der Ausbeutung", erklärten mir viele Kollegen aus dem Werk, "aber eines Tages werden wir dieses Pack zu fassen kriegen." Ein Teil der Kollegen äußerte sich ziemlich resigniert angesichts der brutalen Unterdrückung. Andere aber sehen sehr genau, wo es langgeht, auch wenn sie noch nicht wissen, wie sie diese schwierige Aufgabe anpacken sollen. Der Sozialismus ist und bleibt die einzige Alternative, auch wenn von der revisionistischen Führung der DDR noch so viel Schindluder damit getrieben wird! – **(k.)**

Interview mit Fretilin - Minister

Die Demokratische Republik Timor-Ost wird ihre Unabhängigkeit verteidigen

Samstag früh drangen indonesische Truppen in Osttimor ein und besetzten die Hauptstadt Dili. Sie richteten – so berichtet ein Mitglied des Zentralkomitees der FRETILIN – ein ungeheures Gemetzel vor allem unter den in Osttimor lebenden Chinesen an. Die FRETILIN, die einzige Kraft von Osttimor, die die vollkommene Unabhängigkeit fordert, hatte am 28. November die Unabhängigkeit von Portugal erklärt. Dieser Schritt wurde von der portugiesischen Regierung verurteilt, und Portugal beschloß, sich an die UNO zu wenden. Für Indonesien war die Unabhängigkeitserklärung von Osttimor aber Signal zur Entsendung von Truppen. Gestern erklärte der Sprecher des Außenministeriums der FRETILIN, daß Kissinger und Präsident Ford zur Zeit der Panzerinvasion und der Eroberung Dilis Indonesien besuchten und daher die indonesische Regierung zu diesem Schritt ermutigt hätten.

Die FRETILIN hat ihre Streitkräfte zunächst in das unwegsame Zentralgebirge zurückgezogen und wird von dort aus ihre militärischen Operationen durchführen.

Das folgende Interview wurde vom Korrespondenten der KVZ am 9.12. in Lissabon mit Mari Alkatiri gemacht. Er ist Politischer Kommissar des Zentralen Komitees der Fretilin und Minister für politische Fragen der Demokratischen Republik Timor-Ost.

Ihr habt am 28.11. die Unabhängigkeit Timor-Osts erklärt. Wie kam es zu diesem Schritt?

Wie du weißt, hat die UDT am 11.8. diesen Jahres einen Putsch entfesselt, um das ganze Zentralkomitee der Fretilin zu eliminieren. Aber das wurde ein totaler Mißerfolg wegen der Unterstützung, die wir vom Volk und auch von den Streitkräften hatten. Als der reaktionäre Putsch der UDP entfesselt wurde, hat die Fretilin am selben Tag noch alles versucht, um das Problem auf politischem und diplomatischem Weg zu lösen.

Aber da der portugiesische Gouverneur auf Timor, Lemos Pires, selber direkt den Putsch der UDP leitete, waren alle Versuche der Fretilin, das Problem diplomatisch zu lösen, ergebnislos. So hat der Gouverneur Limos Pires selber versucht, die Fretilin in Timor an den Rand zu drücken. Er hatte zuvor die Fretilin aufgelöst. Ab dem 14.8. erklärte ein Dekret des portugiesischen Gouverneurs die Fretilin für aufgelöst. Aber das ganze Volk, das die Proklamation des ZK der Fretilin zum allgemeinen bewaffneten Widerstand hörte, stand in Waffen auf. Die Streitkräfte schlossen sich sofort der Fretilin an und so begannen wir, die Gegenoffensive einzuleiten.

In weniger als in einem Monat konnten wir unsere inneren Feinde, die UDP und Apodeti, vollkommen zerstören. Wir kontrollierten das ganze Territorium, die portugiesische Regierung verließ Timor-Ost praktisch vollständig und wir sahen uns vor die Notwendigkeit gestellt, die Verwaltung des Territoriums auf uns selber zu nehmen. Aber wir behielten die portugiesische Souveränität vollkommen aufrecht, wir tasteten sie nicht an über drei Monate hinweg. Wir haben alles getan, wir haben der portugiesischen Regierung Vorschläge auf Vorschläge gemacht, um Verhandlungen zwischen der Fretilin und der Regierung Portugals zu erreichen und das Problem auf diesem Weg zu lösen. Nichts davon war möglich aufgrund der direkten Verschwörung zwischen der portugiesischen Regierung, insbesondere der sechsten Regierung, mit dem subimperialistischen Regime von General Suharto. Allein diese Verschwörung hat das Problem Timor so erschwert und diese Verschwörung hat die Invasion der indonesischen Streitkräfte dann überhaupt erst ermöglicht.

Also warum haben wir einseitig die Unabhängigkeit erklärt? Es war das kein Akt der Verzweiflung, wie man behauptet, es war im Gegenteil ein sehr wohlerwogener Beschluß, da wir wußten, daß wir eine politisch-administrative und ökonomische Maschine in Gang zu setzen hatten. Wir wußten, daß unsere Feinde gerade davon Gebrauch machten, um einen ökonomischen Boykott unseres Landes zu organisieren, uns zu schwächen. Also, um diese Maschine funktionsfähig zu machen, wie es notwendig war, bedurfte es eines souveränen Landes, eines unabhängigen Landes, das Handelsbeziehungen und sonstige Beziehungen mit anderen Ländern aufnehmen konnte. Und so, weil wir von vorneherein wußten, daß wir das ganze Territorium kontrollierten und die bedingungslose Unterstützung des Volkes hatten, haben wir die Unabhängigkeit proklamiert, eine Unabhängigkeit, die vom Volk von Timor selber verlangt worden war.

Es war das Volk, das diese Unabhängigkeit gefordert hatte, das ZK der Fretilin hat die Unabhängigkeit dekretiert und proklamiert. Damit bekam am 28.11. Timor-Ost, das bis dahin eine vergessene Kolonie Portugals war, das verraten worden war durch die sechste portugiesische Regierung, eine unabhängige Regierung, es wurde souverän.

Von da ab sind wir daran gegangen, alle Probleme zu lösen, und da wir schon Länder hatten, die uns anerkannten, haben wir Delegationen hinausgeschickt, um Verträge der Zusammenarbeit mit den Ländern, die uns anerkennen, abzuschließen und diplomatische Beziehungen auf Botschafter-Ebene mit ihnen aufzunehmen.

Bis heute sind wir anerkannt von der Volksrepublik von Mozambique, Republik Guinea-Bissau, Republik von Cabo Verde, Volksrepublik Angola, Republik von Guinea-Conakry, Volksrepublik China und Demokratische Republik Vietnam. Wir sind sicher, daß in Kürze uns mindestens weitere 20 Länder anerkennen.

Als ich selber von Timor abreiste, war die Lage noch vollständig normal. Aber es gab schon Gerüchte, daß Indonesien unser Land einnehmen wollte. Das wurde von der Fretilin viele Tage zuvor allen Regierungen der Welt angezeigt, vor allem der portugiesischen Regierung. Aber die portugiesische Regierung hat sich dazu nicht geäußert. Es wurde von uns gesagt, daß Indonesien eine großangelegte Invasion plane.

Wir halten natürlich unsererseits die Invasion von Indonesien, die viele für einen Sieg halten, für einen Mißerfolg. Diese Invasion Indonesiens, bei der sie unsere Hauptstadt einnehmen konnten, war ein Mißerfolg, denn Timor ist nicht Dili. Wir wußten schon zuvor, daß sie Dili einnehmen würden. Unsere Kraft liegt nicht in Dili, sie lag nie in Dili, denn Dili bietet keine Möglichkeiten für eine Verteidigung. Wir hatten schon zuvor Kräfte gesammelt in den Bergen. Für uns war die Invasion ein Mißerfolg Indonesiens, sowohl auf militärischem Gebiet wie auch auf politischem Gebiet.

Ein noch größerer Mißerfolg war das für Portugal, das heute vielleicht, nur um vor der Dritten Welt gut dazustehen, die diplomatischen Beziehungen zur Republik Indonesien abgebrochen hat. Diese Haltung Portugals ändert unsere Haltung keineswegs. Im Gegenteil, das bestätigt unsere Auffassungen, denn Portugal ist der Hauptschuldige von alledem. Portugal hat immer in der Richtung gearbeitet, daß Timor Indonesien eingegliedert würde. Die sechste portugiesische Regierung hat Blut an den Händen. Denn der Minister Melo Antunes selber fuhr nach Rom, um mit Adam Malik, dem Außenminister Indonesiens, über das Schicksal Timors zu verhandeln, obwohl er natürlich wußte, daß über das Schicksal eines Volkes nur mit diesem Volk verhandelt werden kann und nicht mit irgendeiner fremden Macht.

Wir haben immer den portugiesischen Staat als den einzig gültigen Gesprächspartner angesehen. Aber Portugal hat sich die Freiheit herausgenommen, mehr Gesprächspartner zuzulassen. Wir haben das immer abgelehnt, unser Kampf geht also weiter, denn der Imperialismus versucht, unser Volk jedesmal mehr zu unterdrücken. Wir dagegen werden uns befreien in der bestmöglichen Weise, denn wir wissen, daß die Befreiung unseres Volkes der beste Beitrag ist zur Befreiung aller Völker in diesem Bereich und aller Völker der Welt.

Was ist eure Haltung zu der Frage, daß die portugiesische Regierung die Timor-Frage dem Sicherheitsrat der UNO übergeben hat?

Die portugiesische Regierung wartete immer auf eine Gelegenheit das zu tun, was sie jetzt getan hat. Sie bricht die Beziehungen zu Indonesien ab und übergibt das Problem der UNO. Die portugiesische Regierung will sich die Hände waschen, Hände, die schon schmutzig von Blut sind. Uns kann die portugiesische Regierung nicht betrügen, noch viel weniger kann es der Major Melo Antunes, der die dümmsten Erklärungen abgegeben hat, die ich in meinem Leben hörte. Wir lehnen jede militärische Intervention in unserem Territorium ab. Das ist unsere Haltung. Komme diese militärische Einmischung von der UNO oder von irgendeiner fremden Macht, wir lehnen das ab. Auf diplomatischer Ebene sind wir bereit zu verhandeln, wenn nicht unsere Unabhängigkeit und Souveränität in Frage gestellt wird.

Welches ist die Haltung der anderen Länder des Bereichs, vor allem Australiens und Japans?

Japan wie auch Australien wie auch die anderen Länder des Bereichs haben eine irreale Auffassung, weil sie von drei Bewegungen in Timor ausgehen, wo es diese drei Bewegungen nicht gibt. Sie fordern, daß die Fretilin mit den anderen Parteien verhandle. Ich frage, ob sie schon einmal Vietnam aufgefordert haben, mit den Elementen zu verhandeln, die aus Vietnam geflohen sind. Ich frage, ob sie nach dem 25. April hier in Portugal mit Caetano verhandeln gingen. Also, ich denke, daß das eine irreale Position ist. Der Kampf, der heute geführt wird, ist kein Kampf zwischen Fretilin und der UDT oder der MAC ("antikommunistische Bewegung" – UDT hat sich neuerdings diesen Namen gegeben) oder irgendeiner anderen Partei. Es handelt sich um einen offenen und erklärten Krieg, den Indonesien gegen das Volk von Timor entfesselt.

Wir wollen gegen niemanden Krieg führen, aber unser Volk ist bereit, gegen jede imperialistische Aggression mit jeglichen erdenklichen Mitteln Widerstand zu leisten. Ich habe keine Zweifel, daß hinter der indonesischen Invasion die amerikanische Regierung steht. Die Invasion wurde Stunden, nachdem der Herr Gerald Ford Djakarta besuchte, begonnen und die Erklärungen, die der Herr Kissinger bis heute nach der Invasion gemacht hat, zeigen präzise, daß derjenige, der grünes Licht für die Invasion gab, die Vereinigten Staaten von Amerika waren.

Nieder mit der Aggression gegen das unabhängige Ost-Timor!

An
Francisco Xavier do Amaral
Präsident der Fretilin
über Campaign for Independent East Timor
first floor
232, Castlereagh St.
Sydney
NSW – 2000 Australien

Mannheim, den 7.12.1975

Präsident,

voller Empörung verurteilen wir die bewaffnete Aggression des indonesischen Suharto-Regimes gegen das unabhängige Ost-Timor. Nachdem es dem Suharto-Regime trotz aller Intrigen nicht gelungen ist, mit Hilfe seiner Marionettenorganisationen die Unabhängigkeit von Ost-Timor zu verhindern, ist es nun zur bewaffneten Aggression gegen das unabhängige Ost-Timor übergegangen und hat die Hauptstadt militärisch besetzt. Dabei haben die Aggressoren üble Greueltaten an der Bevölkerung von Dili begangen. Kein Aggressor gegen das Unabhängigkeitsstreben der Völker kommt ungestraft davon, und mag er noch so viel Unterstützung bei den Imperialisten und einer der beiden Supermächte finden.

Wir versichern dem Volk von Ost-Timor und der Fretilin unsere Unterstützung in seinem bewaffneten Befreiungskampf gegen die ausländische Aggression. Wir werden alles daran setzen, damit die gerechte Sache des Volkes von Ost-Timor und der Fretilin auch in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und in Westberlin eine breite Unterstützung findet.

Es lebe die Unabhängigkeit Ost-Timors!
Es lebe der Befreiungskampf des Volkes von Ost-Timor!
Es lebe die Fretilin!
Nieder mit den Aggressoren!

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
gez. Joscha Schmierer
Sekretär des ZK

RAF-Prozess: Fortgesetzte Zerstörung der Verteidigung

Im Stammheimer Prozeß verfolgt die Justiz nach wie vor das Ziel, an den RAF-Gefangenen ein Exempel zu statuieren: durch Isolations- und Vernichtungshaft aus politischen Gegnern Hülsen zu machen; durch Zerschlagung der Verteidigung reibungslos zum Lebenslänglich zu kommen.

Ende November hat der Vorsitzende des Gerichts "die Bestimmungen über den Vollzug der Untersuchungshaft abschließend ... gefaßt". Seither ist für Prinzing abgeschlossen: Die Isolations- und Vernichtungshaft für Baader, Enßlin, Meinhof und Raspe im sonst leeren Trakt des siebten Stocks im Stammheimer Gefängnis bleibt aufrechterhalten. Baader und Raspe einerseits, Enßlin und Meinhof andererseits können acht Stunden täglich gemeinsam verbringen. Außer am Wochende können alle vier täglich eine Stunde zu viert in einem Raum verbringen. An diesen Tagen dürfen sie sich auf dem Dach des siebten Stocks eineinhalb Stunden zugigem Klima aussetzen; lehnen sie dies ab, wie gegenwärtig wegen Erkältung, entfällt auch das Beisammensein. Dazu kommen "Privilegien": Benutzung von Deuser-Bädern oder einem Sprungseil während des Dachgangs und statt Dachgang Ping-Pong (bei 50 Kilo Gewicht, das die Gefangenen durchschnittlich haben!). Schließlich: auf Wunsch Hofgang mit ausgewählten Mitgefangenen (zwei Stück); dies ist die sogenannte Spitzellösung, die von den Häftlingen strikt abgelehnt wird. Wissen sie doch nicht, ob nicht Kriminale in Anstaltskleidung mit herumtappen.

Die ärztlichen Gutachten haben für die Gefangenen stets volle Integration in den Strafvollzug sowie viel Licht, Luft, Sonne gefordert. Alle weisen sie darauf hin, daß der Zustand der Verhandlungsunfähigkeit durch die Isolation bedingt und nur durch deren Aufhebung zu beseitigen sei. Zuletzt schrieb der Berliner Psychiater Professor Rasch am 7. November an Prinzing:

"Es gibt keine wissenschaftlichen Beobachtungen oder experimentellen Untersuchungen, die Haftumstände betreffen, wie sie für die Angeklagten gegeben sind oder waren. Alle Antworten und Empfehlungen haben daher zwangsläufig hypothetischen Charakter. Prinzipiell ist es selbstverständlich möglich, medizinische Behandlungsmaßnahmen auch durchzuführen, ohne das Maß der den Angeklagten eingeräumten sozialen Interaktionen zu vergrößern. Schwer vorstellbar dürfte allerdings sein, die bei den Angeklagten bestehenden Isolationsfolgen therapeutisch anzugehen, ohne die jetzigen Haftbedingungen grundlegend zu ändern."

Rasch spricht auch von "Spitzellösung", und zu den sogenannten Privilegien sagt er, sie hätten "kaum Bezug zu der realen Situation".

Obwohl die Gutachter dennoch empfehlen, wenigstens den Kontakt der Gefangenen untereinander zu erweitern, hat Prinzing in seinem Grabeserlaß die Stirn zu behaupten:

"Mit der abschließenden Neubestimmung der Haftbedingungen trägt der Senat den ärztlichen Befunden und Behandlungsvorschlägen in dem Rahmen Rechnung, der unter Beachtung der Notwendigkeiten des Vollzugs und der unerläßlichen Sicherheitsvorkehrungen verantwortbar erscheint."

Verschwiegen wird, daß andere RAF-Gefangene längst völlig in den normalen Vollzug integriert sind, ohne dadurch ein Sicherheitsrisiko besonderer Art zu bilden, z.B. in Berlin.

Zerschlagung der Verteidigung fortgesetzt

Mit dem Ausschluß der Angeklagten aus der Hauptverhandlung gemäß § 231 a Strafprozeßordnung hatte das Gericht gehofft, Ruhe im Saal zu haben. Dem war aber nicht so, weil die Quelle der Unruhe die Methoden des Gerichts sind. Im übrigen hatte der Bundesgerichtshof Prinzing gerügt und korrigiert: Ohne Aufsehen in der Öffentlichkeit hätte das Gleiche erreicht werden können, meinte der Bundesgerichtshof und verfügte: Wiederzulassung der Angeklagten auf Wunsch und Ausschluß beim geringsten Muckser wegen "Ungebühr". So wird's nun auch gemacht: Der Vorsitzende "übersieht" die Wortmeldung der Angeklagten; machen diese durch Zuruf aufmerksam ("Herr Vorsitzender!"), werden sie wegen "Störung" für den Rest des Monats ausgeschlossen.

Diese bequeme Prozeßführung wendet Prinzing nun auch gegen die Verteidigung an: Vergangene Woche hatte Prinzings Hofschreiberling Kühnert von der "Süddeutschen Zeitung" irritiert festgestellt, daß Prinzing an einem Vormittag binnen kürzester Frist die Prozeßbeteiligten schon bei ihren ersten Worten achtunddreißigmal unterbrochen hat.

Waren Unterbrechung und Wortentzug in einem früheren Stadium des Prozesses gegen den Vortrag politischer Anschauungen gerichtet, so verfolgt das Wortgehäcksel Prinzings jetzt das Ziel des Ausschlusses auch der letzten Vertrauens-Pflichtverteidiger: Am 5. Dezember beantragte die Bundesanwaltschaft die Entpflichtung (und damit den Rausschmiß) von Rechtsanwalt Dr. Heldmann:

"Er (Dr. Heldmann) *hat wiederholt die Hauptverhandlung durch Zwischenrufe, eigenmächtige Wortergreifung und Weiterreden trotz Wortentzugs nachhaltig gestört (...). Eindringliche Mahnungen des Senats, sich prozeßordnungsgemäß zu verhalten und der der Prozeßordnung entsprechenden Sachleitung des Vorsitzenden zu beugen ..., hat er unbeachtet gelassen. Da aufgrund des gezeigten Verhaltens und der gemachten Äußerungen die Erwartung naheliegt, daß Rechtsanwalt Dr. Heldmann auch in Zukunft sich so verhalten wird, ist seine Entpflichtung geboten."*

Wie auch beim Ausschluß der Angeklagten die Methoden verfeinert wurden, so bei der Zerschlagung der Verteidigerbank: Auf die Rechtsanwälte Croissant, Ströbele und Groenewold war noch mit Kanonen geschossen worden (Vorwurf der RAF-Unterstützung, Berufsverbotsanträge, Haft). Jetzt hat Prinzing zum Mittel winziger hochgiftiger Pfeile gegriffen: Wortunterbrechung und Wortentzug.

Daneben hält sich das Gericht laufend Verteidiger durch die Anwendung des neuen § 146 Strafprozeßordnung vom Leib (Verbot der Mehrfachverteidigung). Wer irgendwo sonst in einem RAF-Verfahren verteidigt, wird in Stammheim ausgeschlossen (wie die Rechtsanwälte Köhnke, Spangenberg und Golzem). Dieser Begriff von Interessenkollision, wie er damit vom Gericht geprägt wird, bedeutet z.B. nach dem Verboteiner Organisation, daß der gleiche Verteidiger nicht gleichzeitig einen Zeitungsverkäufer in Hamburg und München verteidigen kann; denn es geht um das "einheitliche" Verfahren: Fortsetzung der Tätigkeit einer verbotenen Organisation.

Die Justizbehörden haben es nötig, sich der Verteidigung zu entledigen. Denn die Anklage steht auf tönernen Füßen. Abgesehen vom Tatkomplex Festnahme Baaders und Raspes in Frankfurt gibt es keinen Augenzeugen für einen Anklagevorwurf: Darum wurden die Polizeizeugen für die Hauptverhandlung durch Überlassung von Abschriften ihrer ersten Vernehmungsprotokolle präpariert. Darum verwendet das Gericht atemberaubende Genauigkeit auf absolut nebensächliche Fragen, läßt darum aber im nächsten Moment zwei Stunden lang aus dem Minihandbuch des Stadtguerilla von Marighela vorlesen.

Ganz aus Versehen hat in diesen sechs Monaten Prinzing mal was Wahres gesagt: Er nannte das Gericht eine "Dependance (ein Nebengebäude) der Vollzugsanstalt". – **(ab)**



Bei Eles vor dem Tor. Der Streik steht seit über 6 Wochen.

Aufbau der Gewerkschaft bei Eles

Für die Gewerkschaft gibt es viele Gründe

Das folgende Interview gab uns ein Mitglied des Betriebsrates der streikenden Eles-Belegschaft. Er gibt darin Auskunft über den Aufbau der Gewerkschaftsorganisation in diesem Betrieb.

Du arbeitest schon ungefähr 15 Jahre in diesem Betrieb. Gab es schon von Anfang an gewerkschaftlich organisierte Kollegen? Warum seid ihr in die Gewerkschaft eingetreten?

Am Anfang waren nur sehr wenige von uns in der Gewerkschaft. Wir hatten auch keinen Betriebsrat. Allerdings wollten wir schon länger was machen. Wir haben z.B. 1965 mit der Bezirksverwaltung in Frankfurt darüber gesprochen. Wir haben dabei festgestellt, daß sich mehr organisieren müssen, mindestens zwanzig, sonst können wir nichts ausrichten. Zu dieser Zeit habe ich auch nicht viel gemacht, weil viele Kollegen nicht mitmachen wollen. Aber später hat sich das geändert. Und zwar durch einen Prozeß beim Gericht: Ein italienischer Kollege hat gegen den Chef geklagt, weil der ihn fristlos entlassen hat. Der Richter hat gefragt, wo denn der Betriebsrat ist. Da hat der Chef gesagt: Na ja, wir haben einen Meister, der bringt bei uns alles in Ordnung. Der Richter hat dann gesagt: Ohne einen Betriebsrat sei nichts zu machen. Das war 1974. Danach haben wir mit der Gewerkschaft Textil und Bekleidung zusammen angefangen und eine Versammlung gemacht, im Oktober 1974, kurze Zeit später haben wir die Betriebsratswahl gemacht. Da hatten wir das erste Mal einen Betriebsrat, seit fünfzehn Jahren. Da waren immer noch nicht viele in der Gewerkschaft, aber drei, vier Monate später waren sechzig, siebzig drin.

Aus welchen Gründen haben sich die Kollegen in der Gewerkschaft organisiert?

Oh je, das waren sehr viele Gründe in diesem Betrieb. Der Chef hat nie freiwillig etwas bezahlt. Keinen richtigen Lohn, kein Weihnachtsgeld, kein Urlaubsgeld, keinen richtigen Urlaub, keinen Zuschlag, keine Prämie. In diesem Betrieb war überhaupt nichts in Ordnung. Wie ich auch schon gesagt habe, wollten wir das alles schon seit vielen Jahren haben.

Warum sind die anderen Kollegen nicht in die Gewerkschaft eingetreten?

Natürlich sind nicht gleich alle in die Gewerkschaft eingetreten, einige waren sich unsicher, ob wir unsere Forderungen durchsetzen können mit der Gewerkschaft gegen den Szor. Die, die eingetreten sind, das waren nicht so viele, wie jetzt streiken, ungefähr achtzig bis neunzig. Kurz vor dem Streik sind nochmal ungefähr fünfzehn eingetreten, als wir den Streik organisiert haben. Jetzt sind es 112.

Wie habt ihr die Gewerkschaft genutzt zur Durchsetzung eurer Forderungen?

Zuerst hat der Gewerkschaftssekretär Meyer mit dem Chef gesprochen und unsere Forderungen klargemacht. Aber der Chef wollte überhaupt nichts davon wissen, er ist überhaupt nicht auf unsere Forderungen eingegangen. Daß das Klo endlich gemacht wird. Die Räume sind überhaupt ungesund; in der Strickerei z.B. von oben kalt und von unten heiß, ungefähr 38 Grad. Wir hatten überhaupt keine Pause, auch nicht zum Essen, keinen Aufenthaltsraum.

Sechs Wochen vor dem Urlaub hat uns der Chef nicht mehr samstags arbeiten lassen, da hat er weniger Urlaubsgeld zahlen müssen. Wir Stricker haben dann eine Versammlung mit dem Meyer gemacht. Dann sind wir zum Chef und haben ihn gefragt, warum er das so gemacht hat. Er meinte, weil er nicht soviel Arbeit gehabt hat. Da haben wir ihm gesagt, daß er lügt, er will nur Geld sparen. Das hat er dann auch zugeben müssen. Wir haben dann mit einer Liste, wo jeder sich eingetragen hat, gesagt, daß wir nicht mehr samstags arbeiten wollen. Da mußte er zustimmen. Aber das war nicht vertraglich festgelegt, und nach drei, vier Wochen war es genauso wie früher, wir mußten wieder samstags arbeiten. Das alles muß jetzt in einem Tarifvertrag festgelegt werden, sonst macht er, was er will.

Durchsetzen konnten wir also gar nichts, der Chef hat sich immer geweigert. Er hat auch etwa drei Monate vor dem Streik gesagt, daß er die Toiletten usw. in Ordnung bringen will, gesunde Räume, mehr Geld usw. Aber er hat rein gar nichts gemacht, und von einem Vertrag wollte er nichts wissen.

Wie hat der Betriebsrat diesen Kampf unterstützt?

Der Betriebsrat der ersten acht Monate hat nicht gut für uns gearbeitet. Später sind einige, die auf seiten des Chefs waren, zurückgetreten und bessere Kollegen nachgerückt. Da konnten wir mehr Druck auf den Chef machen. Die haben auch gut mit der Gewerkschaft zusammengearbeitet und uns auch informiert, was los ist.

Aber durchsetzen konnten wir auch nichts, das war genau wie früher.

Der Betriebsrat hat dann immer mit der Gewerkschaft zusammengearbeitet, alle sieben. Nur ein türkischer Kollege nicht, der arbeitet heute noch. Zwar war der bis zum Schluß mit uns und hat gesagt, wir müssen weiterkämpfen. Am letzten Tag hat ihn ein Meister aus der Färberei umgedreht. Aber der Rest aus der Färberei streikt auch mit.

Wie hat der Szor versucht, euren Zusammenschluß in der Gewerkschaft zu verhindern?

Der hat ja gesehen, daß die Gewerkschaft im Betrieb stark geworden ist. Da hat er dann zum Betriebsrat gesagt, wenn ihr mit mir zusammenarbeitet, dann kann die Gewerkschaft nichts machen. Da haben viele Betriebsratsmitglieder gesagt, wie können wir sowas machen? Wir wollen doch auch Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld usw. Und der muß tariflich dazu verpflichtet werden, das zu bezahlen. Wir haben die gleichen Interessen wie die anderen Kollegen. Der Chef hat also niemand vom Betriebsrat gewonnen. Die Kollegen waren nur noch kampfbereiter. Er hat sogar gesagt, ich zahle euch einen Rechtsanwalt, wenn ihr behauptet, daß die Gewerkschaft lügt und alles falsch macht.

Im September hat zu uns mal ein Meister gesagt, daß der Chef uns einladen will, er will mit uns sprechen, es gibt auch was zu Trinken und Geld will er uns auch geben. Also gut, wir sind dann hingegangen, in ein Lokal. Wir haben auf den Chef gewartet, aber der ist nicht gekommen, nur der Meister. Wir haben dann jeder so zwei Bier getrunken. Der Meister sagte, der Chef will jedem 50 Pfennig auf den Stundenlohn geben, aber wir müssen aufpassen, daß wir in Zukunft alles in Ordnung bringen, uns nicht mehr hinsetzen, immer arbeiten usw. Wenn nicht, dann nimmt er die 50 Pfennig wieder weg.

Viele Kollegen von dem einen Saal von der Strickerei haben gesagt, daß damit überhaupt nichts klar ist, was sind denn 50 Pfennig? Wir haben zu viele Maschinen, wir sollen jetzt auch noch die Kontrolle selber machen. Der Meister sagte, gut, er will mit dem Chef wegen der Kontrolle sprechen.

Aber wir haben gesagt, früher hatten wir vierzig bis fünfzig Maschinen, jetzt sind es 120. Das sind in jeder Gruppe 25. Das Material ist schlecht, dritte und vierte Wahl, das gibt zuviel Arbeit. Wir haben keine Minute Pause zum Essen. Die 50 Pfennig machen da gar nichts. Wir haben dann die 50 Pfennig gekriegt. Aber der Chef hat uns dann jeden Tag scharf kontrolliert und auch in der Nachtschicht. Da ist den Kollegen klar geworden, daß wir so nicht das erreichen können, was wir fordern. Und die restlichen Kollegen, die noch nicht in der Gewerkschaft waren, sind dann auch noch eingetreten.

Der Chef hat gerade in der letzten Zeit gesagt, die Betriebsratssitzungen müssen woanders stattfinden. Er will nichts mehr bezahlen, auch nicht die Arbeitszeit dafür. Wo es doch so ist, daß der Kapitalist dem Betriebsrat Büro, Telefon und alle anderen Materialien zur Verfügung stellen muß, auch die Stunden muß er zahlen. Das alles hat er uns nicht gegeben.

Wir haben das oft dem Meyer von der Gewerkschaft Textil und Bekleidung gesagt. Aber in der letzten Zeit war der Chef sehr böse, er wollte überhaupt nichts mehr sehen, keinen Betriebsrat, keine Gewerkschaft. Er hat gesagt, nicht mehr im Büro; geht woanders hin, ich zahle euch nichts mehr. Und daß er den Meyer nicht mehr sehen will, der habe die Leute zu gut informiert.

Wie wurde der Streik organisiert und vorbereitet?

Wir haben gesagt, daß wir streiken müssen. Wir wollten den Streik schon früher, noch vor dem Sommer, machen. Das gab dann Auseinandersetzungen mit dem Gewerkschaftssekretär Meyer. Warum sollen wir so spät streiken? Jetzt müssen wir das machen, der Chef will gar nichts akzeptieren, keinen Vertrag und nichts unterschreiben. Der Meyer hat gesagt: Langsam. Das kann man nicht sofort machen. Aber in der letzten Zeit gab es überhaupt keine Hoffnung mehr, daß wir ohne Streik was erreichen. Da hat denn die Gewerkschaft gesagt, also gut, dann fragen wir die Kollegen, ob sie damit einverstanden sind. Die Mitglieder vom Betriebsrat haben die Kollegen gut informiert. Wir haben dann eine Urabstimmung gemacht, und 97 Prozent haben für Streik gestimmt.

Zuerst sind alle aus der Strickerei raus, die anderen auch alle, bis auf die 23, die jetzt noch arbeiten, und die Meister und die Angestellten. – (Ortsgruppe Wiesbaden)

Streik bei ELES
Kapitalist muss nachgeben

Nach über sechs Wochen Streik ist es jetzt bei Eles, Bleidenstadt im Taunus, zu einem Ergebnis gekommen, das von der IG Textil und Bekleidung mit Vermittlung des Landrates ausgehandelt wurde. Daß der Kapitalist einen Schritt nachgeben mußte, ist ein Erfolg dieses mit großer Ausdauer geführten Streiks. Mit gekauften Streikbrechern und massiven Polizeieinsätzen, Hetze in den Zeitungen, Aussperrung, Mieterhöhung in werkseigenen Wohnungen, Drohungen und Versprechungen konnte der Streik nicht gebrochen werden. Aber das vorgelegte Ergebnis entspricht nicht den Forderungen der Streikenden.

Unter dem Titel "Streikende erreichen ihr Ziel" stand heute im "Wiesbadener Kurier": Dem Landrat des Untertaunuskreises Becker sei es "nach zehnstündigen harten und zähen Verhandlungen in drei Sitzungen" gelungen, "eine grundsätzliche Einigung zwischen dem Unternehmer und der IG Textil und Bekleidung herbeizuführen". Weiterhin wurde berichtet, "das Hauptziel der Streikenden, die Anerkennung der Tarifverträge durch die Unternehmensleitung, sei erreicht". Was ist tatsächlich bei den Verhandlungen erreicht worden? Die Forderungen der Kollegen sind: 25 Tage Urlaub und Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Schicht- und Überstundenzuschläge, monatlich 39 DM vermögenswirksame Leistungen, Absicherung eines Mindestlohnes. Ausgehandelt wurde: zirka 6 DM Mindestlohn, 1976 21 Tage Urlaub, 1977 25 Tage Urlaub, Weihnachtsgeld erst ab nächstem Jahr. Kollegen, die aufhören wollen, in dem Betrieb zu arbeiten, sollen 1 500 DM an Abfindung bekommen. Alle anderen werden wieder eingestellt. Überstunden sollen keine mehr gearbeitet werden. Die Forderung nach Urlaubsgeld stand gar nicht mehr zur Debatte, gestrichen wurden Schicht- und Überstundenzuschläge, 39 DM vermögenswirksame Leistungen.

Der Kapitalist Szor hat allerdings angekündigt, daß er den Betrieb verkleinern will, was für die Kollegen heißt, daß Anfang nächsten Jahres Entlassungen anstehen. Bei näherer Betrachtung stellt sich also heraus, das Ziel, das bei den Verhandlungen erreicht worden ist, ist nicht das Ziel der Streikenden. Wesentliche Forderungen wurden ganz einfach unter den Tisch gekehrt. Am Freitag soll dieses ausgehandelte Ergebnis den Kollegen zur Urabstimmung vorgelegt werden. Die Gewerkschaftsführung ist mit diesem Ergebnis offenbar sehr zufrieden, obwohl noch nicht alle Bestandteile des geltenden Tarifvertrages erfüllt sind. Denn laut "Wiesbadener Kurier" empfiehlt sie den Kollegen, es anzunehmen. Für sie ist der Streik damit offenbar beendet. Nach Aussagen von Kollegen sollen schon ab 10.12. keine Streikposten mehr vors Tor. Die Kollegen sind mit diesem Ergebnis überhaupt nicht zufrieden. Von überall hört man, der Streik muß weitergeführt werden. Die Kollegen haben gesehen, mit dieser Taktik der Gewerkschaftsführung werden ihre Forderungen nicht durchgesetzt.

Am Freitag findet die Urabstimmung über das Ergebnis statt. Die Kollegen haben mit ihrer großen Kampfkraft beweisen, daß sie, wenn sie dies Ergebnis ablehnen, auch in der Lage sein werden, ihre Forderungen voll durchzusetzen.

IG-Druck Mitgliederversammlung Westberlin

Demonstration beschlossen

Am 1. Dezember fand die erste allgemeine Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier im Landesverband Westberlin seit zwei Jahren statt. Seit dem Herbst war diese Versammlung von mehreren Vertrauensleutekörpern, Betriebsräten, Bezirksmitgliederversammlungen gefordert worden. Der Saal war mit 600 Mitgliedern überfüllt, das sind knapp 10 Prozent aller Arbeiter und Angestellten der Westberliner Druckindustrie.

Fünf Stunden dauerte die Versammlung. 30 Kollegen meldeten sich zu Wort. Vorneweg referierte der IG Druck-Vorsitzende Mahlein über die "wirtschafts- und tarifpolitische Situation". Als Antwort auf die zentrale Frage der Mitglieder nach der Sicherheit der Arbeitsplätze schlug er vor, die Rüstungskosten zu kürzen und dafür Arbeitsplätze zu schaffen. Der Beifall, den er dafür bekam, war spärlich.

Immer wieder von Beifall unterbrochen wurden Sprecher aus den Betrieben, als sie ausführten, "daß die Ursache der Krise die Profitmacherei ist, daß diese Wirtschaftskrise auf dem Profitstreben beruht und nicht darauf, für die Bedürfnisse der Menschen zu produzieren, daß man das erkennen muß, wenn man Massenentlassungen, Kurzarbeit, Rationalisierung bekämpfen will." (großer Beifall)

Ein Redner erklärte: "Der eine schafft tagtäglich den Reichtum der Gesellschaft . . . , der andere hat ihn im Besitz und kann von heute auf morgen damit in die Schweiz verschwinden und die Bude dichtmachen" (mehrheitlich Beifall). "Als Orientierungspunkt für die Gewerkschaft kann nur dienen, die Einheit der Arbeiter zu stärken gegen das Kapital, damit die Arbeiterklasse den von ihr geschaffenen Reichtum in die Hände nimmt, wozu sie die politische Macht braucht. Die Arbeiter können ohne die Kapitalisten auskommen, aber die Kapitalisten nicht ohne die Arbeiter, dessen müssen wir uns heute mehr denn je bewußt sein." (mehrheitlich Beifall)

Mahlein dämpfte: "An erster Stelle Sicherung der Arbeitsplätze und Preisstopp." In der Richtung müsse auf die Regierung eingewirkt werden. In der Tarifpolitik war er für Reallohnausgleich mit einer 10 %-Forderung. Er erntete dafür harte Kritik. Unter großem Beifall führte ein Vertrauensmann die Forderung nach 200 Mark mehr für alle an, für die seine Abteilung eintritt.

Und der ehemalige Betriebsrat der geschlossenen Druckerei Feyl betonte, daß Stillhalten in der Krise überhaupt keinen Arbeitsplatz sichert, sondern nur den Heißhunger der Kapitalisten nach Profit steigert: noch mehr Arbeiter zu entlassen, den Rest zu schnellerer Arbeit anzupeitschen.

Von der größten Druckerei in Westberlin, der Bundesdruckerei (3 000 Beschäftigte), sprachen mehrere Kollegen. Einstimmig hatte sich dort die Belegschaft auf der letzten Personalversammlung gegen das Rationalisierungsprogramm der Geschäftsleitung ausgesprochen. Die Geschäftsleitung hatte zurückgeschlagen und die Sprecherin für diese Forderung fristlos entlassen, wegen "Störung des Betriebsfriedens". Mit vereinter Kraft der Belegschaft und Unterstützung der Gewerkschaft war es gelungen, die Geschäftsleitung zur Rücknahme der Kündigung zu veranlassen. Am Abend der Versammlung wurde das bekannt: Als die Kollegin auftrat, wurde der Erfolg stürmisch gefeiert.

Auch als sie die Verhörpraktiken der Geschäftsleitung darstellte, wurde sie von starkem Beifall unterbrochen: "Jawohl, ich habe Unterschriften für die ersatzlose Streichung des § 218 gesammelt, weil es endlich Zeit ist, daß dieser Schand- und Knebelungsparagraf wegkommt!" Wie andere Redner auch trat die Kollegin für eine gewerkschaftliche Demonstration gegen die Folgen der Krise ein. Gegen wenige Stimmen wurde am Ende der Veranstaltung beschlossen, daß die Forderungen dabei sein sollten:

– Für den 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich!
– Für das Verbot der Überstundenarbeit!
– Erhöhung des Arbeitslosengeldes um 15 % des Nettolohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

Dem Vorsitzenden Mahlein war es erkennbar gar nicht wohl, und als schließlich auch noch fast einstimmig die Forderung der Zentralen Jugendgruppe nach Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr verabschiedet wurde, wußte er vermutlich nicht, wo ihm der Kopf stand. – (t, Zelle Druck Westberlin)

IG Metall:

Tarifkommissionen bereiten Forderungen vor

Kapitalistenpräsident Schleyer hat am letzten Dienstag in die Zeitungen setzen lassen, daß die Kapitalisten einen Lohnraubabschluß unter der Inflationsrate durchsetzen wollen.

Er tat dies zu einem Zeitpunkt, als die Bezirksleiter der IG Metall beim Hauptvorstand zu einer Klausurtagung versammelt waren. Wegen dieser Klausurtagung sind die Sitzungen der Großen Tarifkommissionen alle auf Mitte Dezember verlegt worden. Als erstes tagt nach dieser Klausur die Tarifkommission von Baden-Württemberg. (10.12.1975)

Von der Klausur liegen keine Ergebnisse vor, die Ergebnisse werden sich erst in den Anträgen der Bezirksleitungen auf den Tarifkommissionssitzungen niederschlagen. Worum es auf dieser Tagung ging, war aber vorher schon bekannt. Über das Volumen sei man sich einig, sagte Steinkühler auf einer Vertreterversammlung in Ludwigsburg, es soll bei 8 % liegen, streitig sei die Form der Forderung. Die Bezirksleitung vertrete die gesplittete Forderung 50 Mark Sockel und 4 %. Im Tarifvertrag Schleswig-Holstein würde dieses Volumen zum Beispiel bedeuten:

Lohngruppe 2
557 Pfg/std bei 8 % = 77 DM brutto
bei Sockel und Prozent = 95 DM
Ecklohn 6
709 Pfg/std bei 5 % = 88 DM brutto
bei Sockel und Prozent = 105 DM
Lohngruppe 9
943 Pfg/std bei 8 % = 130 DM brutto
bei Sockel und Prozent = 125 DM

Auf den ersten Blick kann man erkennen, daß diese Forderung weit davon entfernt ist, den Reallohn zu sichern. Diese Absicht hat die Gewerkschaftsführung auch schon aufgegeben. Ausdrücklich kritisierte Steinkühler auf der Vertreterversammlung die Forderung nach Reallohnsicherung, also Ausgleich der Preissteigerungen und aller Lohnkürzungen, als nicht zu erreichen und damit als illusionär.

Wie kann man auf die Idee kommen, daß die Arbeiter einen Lohnraubabschluß zulassen sollen? Steinkühler begründet dies so, daß die IG Metall vor einer schweren Zeit stehen würde, den Kapitalisten ginge es zwar nicht schlecht, um die Wirtschaft sei es aber nicht gut bestellt, die öffentliche Meinung sei gegen die Gewerkschaften. Der Widerstand gegen die Willkür in den Betrieben wachse zwar, aber insgesamt sei man zu schwach, um in der Krise die Kraftprobe mit den Kapitalisten durchzustehen. Von dieser Einschätzung begibt sich Steinkühler dann weiter auf das Feld der Hoffnungen. Gekämpft kann nicht werden, dann kann man nur noch hoffen, daß die Kapitalisten einer Lohnerhöhung zustimmen, die ohne Kampf erreicht werden kann.

Diese "Hoffnung" hat Schleyer, ein ausgebuffter Kapitalistenfunktionär, schon erkannt: Die IGM-Führung will keinen Kampf, sie bereitet die Arbeiter nicht darauf vor, da kann man nachsetzen. So ist es zu verstehen, wenn er am Tag der Klausur sagt, an Ausgleich der Inflationsrate sei nicht zu denken.

Steinkühlers Fehler, wie bei allen, die das Ziel Sicherung des Reallohns schon aufgegeben haben, beginnt in der Einschätzung der Lage. Gerade in der Krise haben die Arbeiter gar keinen Grund, Lohnverzicht zu üben. Genau wie im Aufschwung sind die Interessen von Arbeitern und Kapitalisten gerade entgegengesetzt, sie kommen nur schroffer zum Ausdruck. Die Arbeiter sind stärker gezwungen, den Kampf um den Lohn zu führen, weil die Kapitalisten alles daran setzen, den Lohn zu drücken, um die Profite zu steigern. Genauso wie die Kapitalisten den Kampf um den Lohn führen, müssen die Arbeiter den Kampf aufnehmen.

Wer sich in dieser Lage auf eine durch nichts begründete Hoffnung verläßt, der Lohn könne ohne Kampf gehalten werden, der tappt geradewegs in die Fallen des Feindes. Das Leitmotiv der Kapitalisten ist der Profit, und von diesem Leitmotiv lassen sie sich durch Bezirksleiter, die in Klausur ihre Hoffnungen pflegen, nicht abbringen. Warum sollten sie? Die Metallarbeiter haben ihre Erfahrungen damit, wie der Lohnkampf geführt werden muß, um ihn siegreich zu bestehen. Klar ist: Um einen Lohnkampf zu führen, braucht man Solidarität und Einheit. Wie kann diesen Einheit hergestellt werden?

Viele Belegschaften haben in den letzten Wochen und Monaten Streiks gegen die Kürzung von betrieblichen Zulagen geführt. Hervorstechend ist dabei der Kampf der Arbeiter von Mailänder. Sie haben diesen Kampf gewonnen, weil sie sich stützen konnten auf eine breite Solidarität über den Bereich Ludwigsburg hinaus. Steinkühler führte auf der Vertreterversammlung noch ein anderes Beispiel an, den Kampf bei Südrad in Ebersbach. Er nannte ihn eine Niederlage und als Grund dafür die Zerrissenheit, den schwachen Vertrauensleutekörper, die schlechte Organisierung. Welche Rolle der zuständige Bevollmächtigte der IGM bei dem Streik spielte, erwähnte er nicht. Er ist aufgetreten mit der Forderung an die Arbeiter, den Streik einzustellen, die IGM könne ihn nicht unterstützen. Das ist ja wohl ein entscheidender Grund für den Abbruch des Streiks.

Die in der letzten Zeit geführten Streiks waren alle nicht zu vermeiden, wie es sich die IGM-Führung für die Tarifauseinandersetzung wünscht, sie mußten geführt werden, sollte der Lohnraub nicht geschluckt werden. Die Frage ob Kampf oder nicht Kampf steht also gar nicht, sondern nur die Frage, wie der Kampf geführt und beendet wird. Jeder Kampf gegen die Kapitalisten muß vorbereitet sein, die Forderungen, die erhoben werden, müssen der Herstellung der Einheit dienlich sein und ihr nicht entgegenwirken. Das 8 %-Volumen des Hauptvorstandes ist ganz und gar von "Hoffnung" geprägt, und nicht von Vorbereitung auf den Streikkampf. Nur die höchsten Lohngruppen hätten bei voller Durchsetzung der Forderung eine akzeptable Lohnerhöhung, für die unteren ist es nichts. Dieses "Volumen" sichert nichts als den Profit der Kapitalisten und nicht den Lohn der Metallarbeiter, stärkt die Kapitalisten in ihrer Lohndrückerei und nicht die Front der Metallarbeiter.

Die Sozialdemokraten sagen: "Mehr ist nicht drin" und versuchen, dies mit der Schwäche der Arbeiterbewegung zu begründen. Was sie als eine Schwäche der Arbeiterbewegung ausgeben, soll nur vertuschen, daß sie tatsächlich keine Lohnpolitik zur Sicherung des Reallohns betreiben, sondern zur Auffütterung der Kapitalisten. Das "Volumen" der Sozialdemokraten entspricht bei weitem nicht dem, was die Metallarbeiter in einem Streik gegen die Kapitalisten durchsetzen können, denn die Bedingungen für einen Kampf sind gut. Die Kapitalisten stehen unter großem Konkurrenzdruck, wenn ihre Produktion auf nicht absehbare Zeit still steht, müssen sie nachgeben. Auf der anderen Seite hat sich die Einsicht unter den Arbeitern gestärkt, daß der Kampf um den Lohn unvermeidlich ist und geführt werden muß. Ausdruck davon sind die Streiks, die geführt wurden um die nicht tariflich gesicherten Teile des Lohns, die Warnstreiks der Stahlarbeiter, der Beschluß des Klöckner (Bremen) Vertrauensleutekörpers auf Ablehnung des Tarifabschlusses und Bekräftigung durch die Betriebsversammlung.

Die Kapitalisten wollen in den Tarifauseinandersetzungen einen Lohnraubaschluß durchsetzen, sie hoffen, die Belegschaften in einzelnen unvermeidlich nachfolgenden Kämpfen leichter schlagen zu können. – **(db)**

‚Wir schaffen mehr, verdienen aber weniger'

Unterschriftensammlung bei Teldix für 140 DM

Heidelberg. Über zweihundert von sechshundert Kollegen hatten bis zum Ende der letzten Woche mit einer Unterschriftensammlung eine Lohnerhöhung von 140 DM mehr für alle monatlich gefordert. Außer den Meistern und den Vorarbeitern hatten in mehreren Abteilungen alle Kollegen unterschrieben.

Einige Kollegen waren der Meinung: *"Wenn man vergleicht, was wir vor drei oder vier Jahren gefordert*

Einige Kollegen waren der Meinung: *"Wenn man vergleicht, was wir vor drei oder vier Jahren gefordert*
haben, so sind die 140 DM fast lächerlich. Unsere Forderungen sind ja immer kleiner geworden. Es sieht doch so aus, daß wir immer mehr schaffen, aber weniger verdienen sollen. Wenn wir auf den Philosophenweg (Villengegend in Heidelberg) *schauen, so sieht man, für wen man das ganze Jahr geschuftet hat. Die 140 DM muß man als* **Mindestes** *für alle Lohngruppen fordern!"*

In einer Abteilung versuchte der Meister die Kollegen von der Unterschriftensammlung abzuhalten. Er begründete es damit, daß eine Lohnerhöhung von 140 DM netto nicht für alle das Gleiche sein würde, da die Steuerprogression bei den höheren Einkommen mehr wegnehmen würde. Bei einer prozentualen Erhöhung würde sich das mehr Verdienen mit der höheren Steuer kompensieren. Die Kollegen lachten. Einer meinte: *"Ich will erst einmal seine Nettobezüge mit meinem Lohnzettel vergleichen, dann werden wir sehen, wer Grund zum Jammern hat."* Die Mehrheit des Betriebsrates hat sich ebenfalls an der Unterschriftensammlung beteiligt.

Einige Kollegen meinten: *"Ich finde die 140 DM zwar gut, glaubt ihr aber im Ernst, daß sich die Große Tarifkommission um die Resolution kümmern wird? Wir haben doch schon so viele Resolutionen beschlossen und an die abgeschickt, aber passiert ist darauf nie etwas."*

Darauf antworteten die Kollegen, daß man die Große Tarifkommission nicht sich selbst überlassen darf. Es kommt darauf an, daß sich die Mitglieder der Tarifkommission nach einem Abschluß wie im letzten Jahr nicht mehr in die Betriebe getrauen dürfen. Den Kapitalisten muß gezeigt werden, daß die Arbeiter und Angestellten nicht bereit sind, einen Lohnraubabschluß hinzunehmen. Am Montag wurde die Forderung dem Vertrauensleutekörper vorgelegt, der einen Beschluß faßte und jetzt die Forderung von 140 DM mehr für alle unterstützt. – (Zelle Teldix)

Heidelberg. Bei Harvester wurden ebenfalls Unterschriften gesammelt für eine Forderung von 140 DM mehr für alle. Der Antrag wurde mit 42 Unterschriften am letzten Mittwoch dem Vertrauensleutekörper zugeleitet. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Der Antrag wurde an die Ortsverwaltung weitergeleitet.

VW Wolfsburg

VW Wolfsburg

Schmücker plant Angriff auf den Haustarif

Wolfsburg. In einem Interview mit der DGB-Zeitung "Welt der Arbeit" Nr. 46 hat der Vorstandsvorsitzende des VW-Konzerns Schmücker den langfristigen Plan zur Erhöhung des Profits des VW-Kapitals umrissen und im Hinblick auf die Tarifverhandlungen gefordert, daß der Haustarifvertrag herabgestuft wird. Schmücker behauptet, daß der Haustarif höher sei als bei anderen Autofabriken.

Schmücker in der "Welt der Arbeit": *"Ein erster Schritt zur Verbesserung der Produktivität ist die Freisetzung der 25 000 Leute, daran besteht kein Zweifel."*

Durch die Entlassungen von 25 000 Kollegen hat das VW-Kapital die Lohnsumme um zig Millionen DM gesenkt. Aber das ist nur die eine Seite. Gleichzeitig ist mit den Entlassungen die Arbeitshetze erhöht worden. Aus dem Geschäftsbericht des VW-Vorstandes geht hervor, daß im 1. Halbjahr 1975 ein Arbeiter, würde er einen Wagen nach den abgestoppten Zeiten allein produzieren, 15,4 Tage braucht, gegenüber 16,5 Tagen im Vorjahr 1974.

Erhöhung der Produktivität heißt auch, daß schlechteres Material verarbeitet werden muß. Das wirkt sich so aus, daß z.B. die Kollegen im Presswerk an den Ziehpressen jedes Teil schmieren müssen, damit das Blech nicht reißt oder, daß in der Polsterei so schlechtes Material verarbeitet werden muß, daß die Maschinen es oft nicht mehr können. Die Kolleginnen müssen dann mit der Hand nähen – bei gleicher Stückzahl versteht sich.

Schmücker: *"Schließlich bedeutet Produktivität nicht, daß der einzelne Mann schlecht arbeitet oder faul ist. Das sind organisatorische und kosteneingebaute Dinge. Es ist aber leider Tatsache, daß wir gemessen an den beiden Konkurrenten ein Auto teurer auf die Straße bringen. Das müssen wir in Ordnung bringen."*

Die Arbeiter sind nicht faul, aber die Arbeitshetze muß erhöht werden und der Lohn soll gedrückt werden, so will es das VW-Kapital.

Bei VW gibt es keine übertariflichen Zulagen. Deshalb höhlt der VW-Vorstand den bestehenden Tarifvertrag aus.

Mit Einführung des neuen Modellprogramms sind die Arbeitsplätze insgesamt niedriger bewertet worden. Durch Umsetzungen von Facharbeitern in die Produktion und durch Umsetzungen innerhalb der Produktion wird der Lohn abgebaut. Diese Umsetzungen wirken sich als Zeitbombe aus, da durch eine Betriebsvereinbarung eine bestimmte Zeit Lohnausgleich gezahlt werden muß, selbst diese Betriebsvereinbarung versucht der Vorstand zu unterlaufen. Kollegen mit hohen Lohngruppen werden oft versetzt. Man sagt ihnen, sie könnten sofort einen festen Arbeitsplatz haben, wenn sie auf ihre Lohngruppe verzichten. Es gibt Kollegen, besonders Kranke und Frauen, deren Männer auch arbeiten, die einwilligen. Auch bei den Angestellten werden die Arbeitsplätze neu bewertet. Bis zu 15 % Lohnverlust kann das bedeuten.

Der Angriff auf den Haustarif

Das VW-Kapital hat seinen Heißhunger nach unbezahlter Mehrarbeit mit den bisherigen Maßnahmen nicht gestillt. Schmücker: *"Das ist ein Brocken, daran besteht kein Zweifel, aber der wird nicht genügen. Wir haben auch zugegeben, daß wir hinsichtlich des Haustarifs zwei bis drei Prozent schlechter liegen. Diese Dingen werden wir anpacken."* Tatsache ist aber, daß die Löhne bei VW, Opel, Mercedes und Ford ziemlich auf einem Niveau liegen. Worum es Schmücker tatsächlich geht, ist die Löhne der VW-Arbeiter auf das Niveau der Metallverarbeitenden Industrie Niedersachsens zu drücken, um dann möglicherweise den Haustarifvertrag ganz zu kündigen und dem Kapitalistenverband Gesamtmetall beizutreten. Schmücker: *"Eines ist doch klar: Wenn wir uns auf die Gesamtmetall-Arbeitgeberseite stellten, würde die gegenwärtige Situation des Haustarifvertrags auch Besitzstand. Daran ist nun mal nichts zu ändern."* Das will Schmücker auf jeden Fall verhindern. Er hofft, die Arbeiter und Angestellten vor den Karren des gemeinsamen Kampfes gegen die Konkurrenz zu spannen. Schmücker: *"Noch habe ich die Hoffnung und die Überzeugung, daß Schritt für Schritt es möglich sein wird, angesichts der Schwierigkeit der Situation den Tarifpartner zu bewegen, sich der Lage entsprechend zu verhalten. Ansätze sind ja schon da. Im Frühjahr dieses Jahres betrug die Lohnerhöhung ein Prozent weniger als ursprünglich vereinbart."* Dieser niedrige Tarifabschluß im letzten Jahr war der Beginn für weitere Maßnahmen der VW-Leitung.

Was würde es den Arbeitern bringen, sich bei diesen Tarifverhandlungen "der Lage entsprechend zu verhalten", also eine Senkung des Reallohnes hinzunehmen?

Mit dem gleichen Hinweis würden die anderen Automobilkapitalisten ebenfalls die Löhne zu drücken versuchen, so daß nacheinander die Löhne aller Arbeiter "Schritt für Schritt" gesenkt werden. Das würde es bringen.

"Der Lage entsprechend verhalten"

Die IG Metall-Führung will sich der Lage der Kapitalisten entsprechend verhalten. Auf einer Ortsteilversammlung der IG Metall legte H. Ziegler, Mitglied der Lohn- und Akkordkommission im Betriebsrat und Mitglied der großen Tarifkommission die Taktik des IG Metall Hauptvorstandes dar. Danach soll auf der Tarifkommissionssitzung am 19.12. der Tarifvertrag gekündigt werden. Eine Forderung soll aber erst dann aufgestellt werden, wenn die Entwicklung des VW-Konzerns besser eingeschätzt werden kann. Der Manteltarifvertrag ist bereits gekündigt. Dazu wird die IG Metall wahrscheinlich zwei Tage mehr Urlaub fordern. Ziegler erklärte, man müsse sich darüber im klaren sein, daß der VW-Vorstand natürlich Urlaub und Lohnforderungen zusammenziehen würde. Tatsächlich kann man das von den Kapitalisten nicht anders erwarten.

Für die Arbeiter und Angestellten gilt aber genauso: Um die Arbeitskraft vor vorzeitigem Verschleiß zu bewahren, braucht man mehr Urlaub und man muß den Reallohn halten. Auf keinen Fall kann mehr Urlaub mit dem Verlust von Lohn erkauft werden.

Zusammengefaßt heißt das für die Arbeiter und Angestellten des VW-Konzerns: Sie können sich nur ihrer eigenen Lage entsprechend verhalten. – (**h.**, Betriebszelle VW)

Vertrauensleutekonferenz der IGM Verwaltungsstelle Offenbach beschließt Forderung von 180 DM zur Tarifrunde

Am 6.12.1975 fand in Offenbach eine Vertrauensleutekonferenz der IGM statt, an der sich ca. 200 Kollegen beteiligten. Obwohl auf der Tagesordnung lediglich der Punkt "Darstellung und Verbesserung der Vertrauensleutearbeit" stand, verlangten die Kollegen eine Diskussion über die Forderungen zur nächsten Metalltarifrunde. Von den Kollegen der Kraft-Werke-Union wurde ein Resolutionsvorschlag und ein Forderungskatalog vorgelegt. Die Ortsverwaltung versuchte die Abstimmung über den Vorschlag zu verhindern. In vielen Diskussionsbeiträgen gingen jedoch die Kollegen auf die nächste Metalltarifrunde ein und begrüßten den vorgelegten Vorschlag von 180 DM mehr für alle, Laufzeit 9 Monate, was von der IGM Mitgliederversammlung und den IGM Vertrauensleuten der Kraft-Werk-Union beschlossen worden war. Die Forderungen der Auszubildenden: 470 bis 500 DM netto, je nach Lehrjahr, 5 Tage mehr Urlaub, Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 75 %. Die Forderungen zur Tarifrunde wurden mit großer Mehrheit von den noch anwesenden 100 Kollegen bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

100 DM und 5 Prozent

Hannover. Bei Westinghouse hat der Vertrauensleutekörper zur IGM-Tarifrunde die Forderung von 100 DM und 5 Prozent aufgestellt.

Maurer fordern 145 DM mehr

Hamburg. Die Fachgruppenversammlung Maurer der IG Bau, Steine, Erden Hamburg faßte am 25.11. folgende Beschlüsse zur nächsten Tarifrunde (Mai 1976): Einheitliche Lohnerhöhung von 85 Pfennig, das sind zirka 145 DM, das 13. Monatsgehalt soll von 200 auf 500 DM erhöht werden. 30 bezahlte Ausfallstunden im Sommer statt bisher 20. Zahlung des Aufschlags von 2 DM pro Stunde im Winter vom 1.12. bis 1.3. (jetzt vom 16.12. bis 16.2.). Bei 80 Anwesenden gegen drei Stimmen angenommen.

wesenden gegen drei Stimmen angenommen.

Streik gegen Vorarbeit

Köln. In der Eisengießerei P. Stühlen haben etwa dreißig Kollegen, Reparaturschlosser und die Arbeiter aus dem Versand, am 26. November dagegen gestreikt, daß sie am Heiligabend vorarbeiten sollten und von der Kurzarbeit Weihnachten ausgenommen werden sollten. Der Streik hatte Erfolg.

35-Stunden-Woche gefordert

Hannover. Auf der Bezirksversammlung der IG Druck und Papier, Bezirk Hannover, am 15.11.1975 wurde von den anwesenden 100 Kollegen mit großer Mehrheit eine Resolution verabschiedet: Der Hauptvorstand wird aufgefordert, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Forderungen zu stellen. Eingebracht wurde die Resolution von den Kollegen der Firma Madsack. Vor kurzem hatte ein Teil der Belegschaft mit einem Streik sich gegen die steigende Arbeitshetze gewehrt und die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte gefordert und teilweise durchgesetzt.

Die Bezirksversammlung erklärte sich solidarisch mit dem Kampf der Kollegen der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (WAZ) und "Neuen Ruhr Zeitung" (NRZ) in Nordrhein-Westfalen gegen den Abbau der Arbeitsplätze aufgrund der Zusammenlegung.

Erfolgreicher Streik gegen Unterbesetzung

Stuttgart. Bei der Firma Körner in Maichingen legten die Arbeiter am 3.12. die Arbeit nieder gegen die Unterbesetzung an den Rollenoffsetmaschinen. Nachdem die Geschäftsleitung die Einstellung von Offset-Druckern zusagte, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

32 Pfennig mehr: Hungerlöhne in der Schuhindustrie

Offenbach. Die rund 55 000 Arbeiter in der Schuhindustrie erhalten 5,6 %, das sind 32 Pfennig mehr in der Stunde rückwirkend ab 1. November. Das ist der Schiedsspruch der paritätisch besetzten Schlichtungsstelle in Frankfurt. Der Tarifvertrag gilt für 12 Monate.

Mitbestimmung:
Von Anfang an reaktionär

Die Fraktionen der Regierungsparteien SPD und FDP haben sich auf ein neues Mitbestimmungsgesetz geeinigt. Soweit die Einzelheiten dieser Einigung bekannt geworden sind, sind sie von den Kapitalisten in Person von Hanns Martin Schleyer, dem Präsidenten des Bundes der Arbeitgeberverbände (BDA), schon gebilligt worden. Auch wenn die Kapitalisten keine begeisterten Mitbestimmungsanhänger sind, weil die Mitbestimmung durch einige Arbeitervertreter für sie eine lästige Sache ist, bleibt die Mitbestimmung von Beginn an eine durch und durch reaktionäre gegen die Einheit der Arbeiterklasse gerichtete Angelegenheit. Sie ist einerseits Ausdruck der Tatsache, daß die Kapitalisten auf Dauer sich nicht gegenüber der Arbeiterklasse behaupten können, und sie ist andererseits der Versuch, die bedrohte Kapitalistenherrschaft durch Zusammenarbeit mit einigen von der Arbeiterschaft abgelösten Arbeitervertretern zu sichern. Weil die Interessen von Kapital und Arbeit unversöhnlich sind, kann Einheit der Arbeiterklasse nur im Kampf gegen das Kapital zustandekommen. Und alle Versuche, die Gegensätze zu versöhnen, sind der Idee nach Betrug und in der Ausführung Spaltung der Arbeiterklasse.

In der letzten Ausgabe der KVZ wurde dies deutlich gemacht an dem Gegensatz von Betriebsrat und Mitbestimmungsorganen. Der Betriebsrat kann, wenn er das Korsett der bürgerlichen Gesetze, die ihn fesseln, zu sprengen vermag, Interessenvertretung der Belegschaft gegenüber dem Kapitalisten sein. Die Mitbestimmungsvertreter der Belegschaft im Aufsichtsrat – selbst wenn sie noch so reformerische Illusionen hegen – werden dagegen immer Teil der kapitalistischen Unternehmensleitung sein und als solche der Belegschaft gegenübertreten. Als Teil der Unternehmensleitung werden sie auch dem Betriebsrat, der die Belegschaftsinteressen vertritt, als Teil der Geschäftsleitung gegenübertreten. Für den Kapitalisten wird es vorteilhaft sein, sie vorzuschicken, damit sie den Kollegen erklären, wenn z. B. eine Entlassung beschlossen ist, "wir hätten es selbst gern vermieden, das könnt ihr uns als Kollegen glauben, aber es geht halt nicht anders ..." usw.

Dieses Ausspielen durch Leute aus den eigenen Reihen gegen die Geschlossenheit der Arbeiter dem Kapitalisten gegenüber wird durch die Mitbestimmung, wie sie jetzt Gesetz werden soll, noch verstärkt gegenüber dem, was es bereits an Mitbestimmung gibt. Werden zum Beispiel in der Montanmitbestimmung die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vom Betriebsrat bestimmt, so sollen sie jetzt von der Belegschaft gewählt werden. Es ist ganz falsch, das als einen Fortschritt im Sinne von mehr Demokratie zu verstehen. Denn es bedeutet, daß die Belegschaft selbst den Gegenspieler ihres Betriebsrates in die Unternehmensleitung wählt. Damit diese mitbestimmenden Arbeitnehmervertreter auch garantiert gefügiger Teil der Unternehmensleitung werden, wird die Wahl durch Gruppenwahl zersplittert. Zusätzlich wird vorgeschrieben, daß auf der Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat noch ein Vertreter der leitenden Angestellten, die selbst Teil der Geschäftsleitung sind, und zwar auf Vorschlag der Leitenden, von allen Angestellten zusammen gewählt wird. Statt des zusätzlichen Neutralen, auf den sich die Arbeitnehmer- und die Arbeitgebervertreter in der Montanmitbestimmung einigen müssen, sieht das neue Mitbestimmungsgesetz vor, daß der Aufsichtsratsvorsitzende, wenn keine Einigung erzielt wird, von der Kapitalistenseite bestimmt wird und zudem im Konfliktfall zweifach stimmberechtigt ist. Für die Wahl der Arbeitnehmervertreter ist außerdem vorgesehen, daß die Belegschaft sie nicht direkt wählt. Vielmehr wählt die Belegschaft Wahlmänner und diese Wahlmänner wählen dann – ohne Einfluß und Kontrolle, weder durch die Belegschaft, noch durch den Betriebsrat – die Arbeitnehmermitglieder des Aufsichtsrates.

Bedenkt man, daß schon bei der Montanmitbestimmung kein Fall bekannt ist, wo die Arbeitnehmervertreter einen Konflikt im Sinne und mit Unterstützung der Belegschaft gegen die Kapitalseite ausgetragen haben, daß vielmehr mit den Stimmen der Arbeitnehmervertreter Massenentlassungen großen Stils durchgesetzt wurden, und zwar immer, wenn solche den Kapitalisten notwendig erschienen, dann kann man sich ausdenken, wie dies neue doppelt und dreifach abgesicherte Mitbestimmungsgesetz, das jetzt beschlossen werden soll, funktionieren wird.

Es wird dazu beitragen, daß die Arbeiterklasse sich schneller von den Illusionen des bürgerlichen Einflusses in der Arbeiterbewegung befreit, schneller erkennt, daß jegliche Zusammenarbeit mit dem Kapital, wie sie so breit vorgeführt wird, der Arbeiterklasse nur Schaden zufügt, und daß sie ihre Einheit im Kampf gegen die Kapitalistenklasse gegen die Mitbestimmer in den eigenen Reihen bewußter und zielstrebig durchsetzt. – **(bb)**

Erfolgreiche Aktionen der Belegschaften

Als der Kalkulator kam, standen die Maschinen still

Hamburg. Bei der Firma Peters in Hamburg hat am Montag ein halbstündiger Streik der Dreher und Fräser stattgefunden. Zustandegekommen war der Streik, weil die Betriebsleitung eine Arbeitsstudie ohne Betriebsratsmitglieder oder Akkordkommissionsmitglieder an den neuen Dreh- und Fräsbänken durchführen wollte. Seit einiger Zeit werden die alten Maschinen durch neue abgelöst. Als nun etwa die Hälfte da war, kündigte die Betriebsleitung an, daß Zeitkürzungen vorgenommen werden, damit an den neuen Maschinen schneller gearbeitet werden könnte. Insgesamt sollte eine Kürzung um 10 % durchgeführt werden.

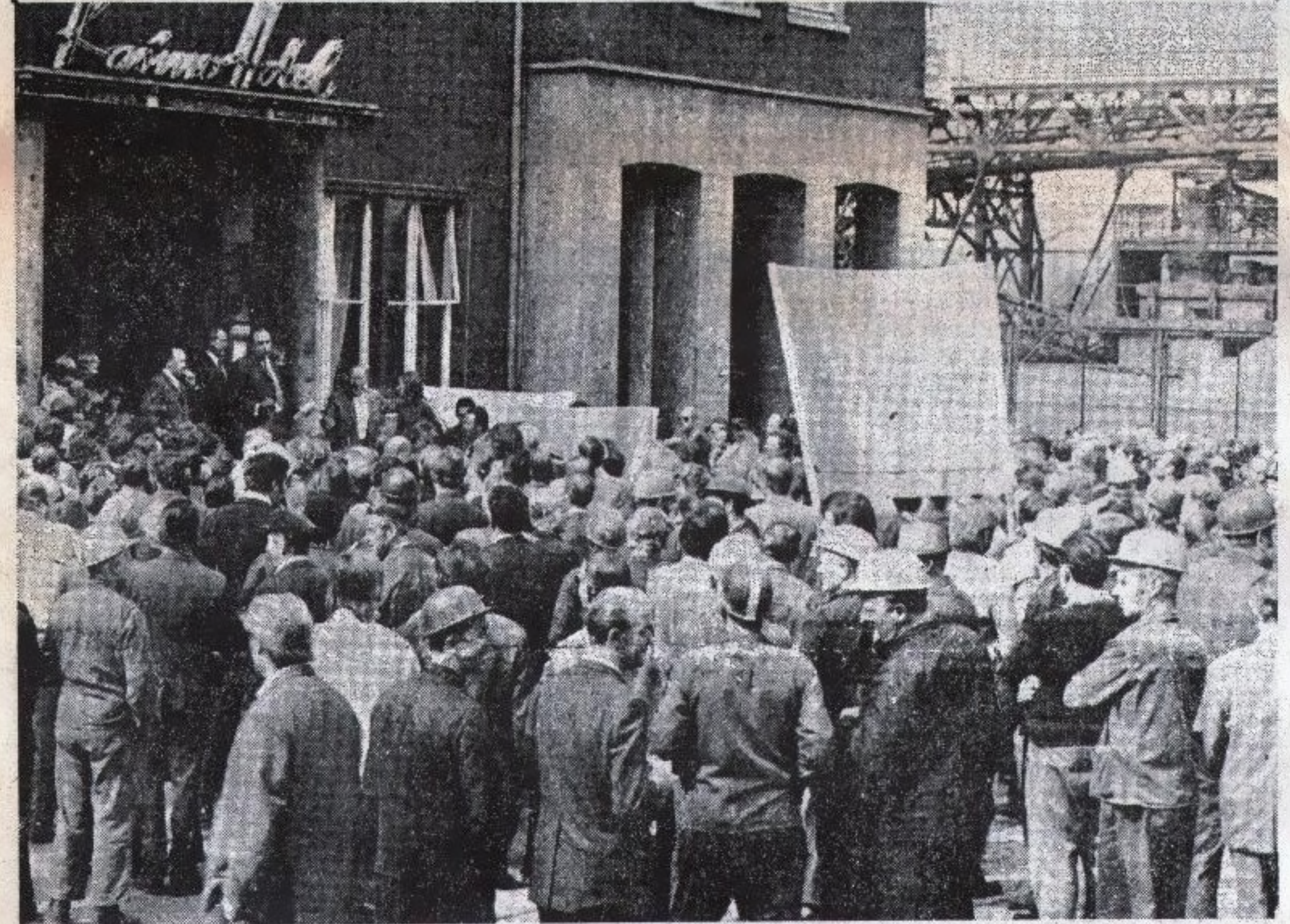
Die Maschinenarbeiter beschlossen letzten Freitag, wenn der Kalkulator Montag morgen in die Halle kommen würde, die Maschinen abzustellen. Genauso kam es. Montag um 6 Uhr kam der Kalkulator, und alle Maschinen standen. Daraufhin mußte der Kalkulator unverrichteter Dinge wieder abziehen. Die Kollegen hatten aber den Eindruck, daß damit noch nicht genügend klar wäre, daß sie nicht bereit wären, so etwas hinzunehmen. Darauf wurde mittags, von 13.30 bis 14 Uhr, noch einmal eine halbe Stunde gestreikt.

Dienstag morgen war die Betriebsleitung zu folgendem Kompromiß bereit: Die Arbeitsstudie wird nur eine Woche dauern statt zwei, nur in der Tagschicht wird die Studie durchgeführt, nicht in der Nachtschicht. Außerdem kann der Betriebsrat oder die Akkordkommission die ganze Zeit dabei sein. – **(k,** Hamburg)

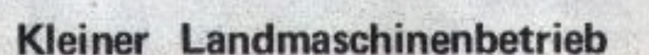
Aus Lohngruppe 2 höhergestuft

Freiburg. Auf der letzten Betriebsversammlung bei Hellige stellte ein Kollege und Genosse die Forderung auf: Weg mit der Lohngruppe 2! In dieser Lohngruppe war bisher ein kleiner Teil der Frauen eingestuft. Die Begründung für die Forderung war, daß diese Lohngruppe netto in der Nähe des Existenzminimums liegt. Der Betriebsrat ergriff gleich das Wort und sagte: Eigentlich sind wir auch dafür, aber in unserem Haus gibt es meines Wissens diese Lohngruppe allerhöchstens noch in der Probezeit! Damit sollte die Sache gegessen sein. Da stand spontan eine Kollegin mitten im Saal auf und rief voller Empörung: "Ich bin jetzt ein Jahr hier und immer noch in der Lohngruppe 2!" Geschäftsleitung und Betriebsrat guckten dumm aus der Wäsche. Am nächsten Tag gingen Kolleginnen hin (zu den Meistern, Betriebsräten, Eingruppierungskommission) und forderten, daß sie aus der Lohngruppe 2 herauskommen. Diese Aktionen drückten dem Kapitalisten auf den Nerv, der laufend versucht, durch Maßnahmen den Gedanken der Zusammenarbeit mit ihm zu nähren.

So gab es z.B. zum Weihnachtsgeld noch eine Prämie von 100 DM extra und am letzten Freitag konnten alle Kollegen, die Kinder haben, ein Weihnachtsgeschenk abholen. Heute, vier Wochen nach der Betriebsversammlung, sind die Kolleginnen, die bisher in Lohngruppe 2 waren, eine Lohngruppe höher. Der Kapitalist hat nachgegeben! Die selbständigen Aktionen der Kolleginnen haben den Erfolg gebracht. – (Hellige-Zelle Freiburg)



Auf der mitbestimmten Georgsmarien-Hütte: Klöckner-Kollegen streiken im Dezember 1971 gegen Stillegungspläne



Kleiner Landmaschinenbetrieb

1 DM mehr die Stunde durchgesetzt

Celle. In der Firma "Ripke Landmaschinen", einem Kleinbetrieb mit 25 Beschäftigten in Eicklingen (bei Celle) wurde eine Lohnerhöhung zum 1.11.1975 von 60 Pfennig die Stunde und zum 1.1.1976 nochmals 40 Pfennig durchgesetzt. Die Angestellten bekommen 170 DM im Monat mehr.

Die Kollegen arbeiten im Winter weniger Stunden. Im Sommer, zur Erntezeit, werden wiederum mehr Stunden gearbeitet. Im Winter verlangen die Kollegen einen übertariflichen Lohnausgleich schon vor den nächsten Tarifverhandlungen. Die tarifliche Lohnerhöhung wird später dann angerechnet.

Die Kollegen im Betrieb unterhielten sich seit Mitte November, was gefordert werden muß und einigten sich auf 1 DM die Stunde mehr. Am 29.11.75 gingen drei Kollegen zum Chef und trugen die Forderung vor. Nach einer kurzen Diskussion darüber einigten sie sich, daß der Chef es sich überlegen wolle. Am Montag darauf wollten sie nochmals und abschließend darüber diskutieren.

Am Montag kamen die Kollegen dahinter, daß der Chef gar nicht mehr diskutieren wollte und schon 6 % als Lohnerhöhung festgesetzt hatte. Daraufhin gingen sofort die drei Kollegen wieder in das Büro.

Der Chef jammerte und sagte, daß er keine Mark mehr die Stunde zahlen könne und daß es bald ja auch mehr Urlaubsgeld und einen Tag mehr Urlaub geben würde.

Ein Kollege hielt dem Chef entgegen, daß er von 300 DM Urlaubsgeld keinen Urlaub machen könnte und er sich seinen Urlaub zusammensparen müsse, und wenn seine Frau nicht mitarbeiten würde, könne er sowieso nicht in Urlaub fahren.

Die Kollegen blieben hart, schlugen aber einen Kompromiß vor: 60 Pfennig jetzt und 40 Pfennig ab 1.1.1976. Nach einigem Hin und Her willigte der Chef scheinbar ein. Er sagte: "6 Prozent jetzt und 4 Prozent ab 1.1.1976." Hiermit gaben sich die Kollegen nicht zufrieden. Denn für die einen würden das 230 DM mehr sein, und für die anderen nur 150 DM. Da es aber für alle gleich teurer geworden ist, müssen auch alle gleich viel bekommen. Nach einer guten halben Stunde hatten die Kollegen die Forderung dann durchgesetzt. – (a, Ortsgruppe Celle)

DGB Ludwigsburg: Gemeinsame Veranstaltung der IG Metall und der ÖTV

Im öffentlichen Dienst Beschäftigte und die Arbeiter gehören zusammen

Ludwigsburg. Am Donnerstag, den 4. Dezember, wurde vom DGB Ludwigsburg eine auf Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute erweiterte Kreisdelegiertenversammlung unter dem Thema: "Der öffentliche Dienst und die Industriegesellschaft" durchgeführt. Dazu haben je ein Vertreter der ÖTV Ludwigsburg und der IG Metall Referate gehalten, wobei es darum ging, immer wieder auftauchende Meinungsgegensätze zwischen dem öffentlichen Dienst und den Industriearbeitern abzubauen. "Wir müssen eine gemeinsame Sprache sprechen, denn wir haben gemeinsame Interessen" – betonte in seiner Rede der 1. Vorsitzende der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigsburg. Welch wichtiger Stellenwert diesem Problem von den Kollegen eingeräumt wurde, zeigte sich an der vollen Stadthalle in Ludwigsburg mit 300 bis 400 Metallern und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Die Ausführungen von Edgar Schmidt, IG Metall, begannen mit einen Situationsbericht über die Lage der Industriearbeiter im Kreis Ludwigsburg. "Von Dezember 1974 bis Sommer 1975 hat sich die Zahl der Arbeitsplätze um ca. 2 500 verringert. Davon sind vorwiegend Jugendliche, Ausländer und Frauen betroffen." Er erinnerte an die Angriffe auf übertarifliche Leistungen bei der Firma Mailänder (siehe KVZ Nr. 37/75). *"Der Druck und die Angst, die in den Betrieben herrscht, wird vervollständigt durch psychologische Kriegsführung der Arbeitgeber. So gibt es eine 36-Seiten-Broschüre des Arbeitgeberverbandes verbunden mit einem Preisausschreiben und als ersten Preis einen Mercedes 200."*

Wer dies finanziert hat, ist klar, und was auch klar wird: **gegen** Arbeiterinteressen ist genug Geld vorhanden!

Nach dem Ende der Reden begann sofort die Diskussion. Ein Kollege erhielt besonders starken Beifall, als er feststellte, daß die im öffentlichen Dienst Beschäftigten und die Industriearbeiter zusammengehören und forderte: *"Die Solidarität muß gegen alle Widerstände hergestellt werden!"* Zusammen mit verschiedenen anderen Kollegen entlarvte er die Investitionszuschüsse der Regierung als Mittel zur Rationalisierung und Entlassung von Arbeitern in den Betrieben. *"Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich."* Die Notwendigkeit der Solidarität mit dem öffentlichen Dienst, brachte ein anderer Kollege auf den einfachen aber richtigen Nenner: *"Der, der Karren bei der Bahn schiebt, setzt sich genauso ein wie ein Arbeiter im Betrieb."*

Dann sprach SPD-Landtagsabgeordneter Beestecher vom sozialen Frieden, der mit den Gewerkschaften aufrechterhalten werden kann und gegen Streik, wegen dessen schlimmen Auswirkungen z. B. in Italien. Für den öffentlichen Dienst hatte er nur die Bemerkung: *"Klare Verwaltungsstrukturen müssen geschaffen werden."*

Als die CDU-Abgeordneten Späth und Schöck des baden-württembergischen Landtags auf das Sachverständigengutachten hinwiesen und erklärten, daß Sparmaßnahmen notwendig seien und Abstriche bei überbetrieblichen Leistungen überprüft werden müßten, ernteten sie Pfiffe und Zwischenrufe wie "aufhören!"

Auf die von den bürgerlichen Politikern beklagte schlechte Ertragslage der Unternehmer bezogen, hatte ein Kollege zur Antwort: "Der Verdienst der Unternehmer war anscheinend so groß, daß sie im Ausland investieren konnten." Er erhob weiter die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung, da sich die Produktionsgeschwindigkeit in den letzten Jahren ja vervielfacht habe. Er erzählte noch kurz von einem Krankenhausaufenthalt: "Die Bedingungen, unter denen Krankenschwestern zum Teil arbeiten müssen, sind eine Schweinerei!"

Der Wunsch eines Kollegen nach Selbstbestimmung im Betrieb wird wohl so nicht in Erfüllung gehen, er rief: "Die Arbeitgeber sollen das Kapital an die Arbeitnehmer verschenken." Da wurde der nächste Sprecher schon deutlicher: "Die Produktionsmittel werden von den Arbeitern geschaffen, sie gehören den Arbeiter. Dies muß erkämpft werden." Er erinnerte dabei an die Verhältnisse nach dem II. Weltkrieg, indem er sagte: "Der Arbeiter hat aufgebaut, die sogenannten Arbeitgeber sind später hereingekommen."

Ein Vertreter der Postgewerkschaft stellte dann noch einmal die Verhältnisse im öffentlichen Dienst klar: "Wenn ich vom öffentlichen Dienst spreche, spreche ich nicht von Ministerien, ich spreche von denen, die schaffen!" Dies wurde von einem anderen Kollegen noch ergänzt: "Oben lebt man in Saus und Braus, unten schmeißt man die Putzfrau raus." – (M.,Ortsgruppe Waiblingen des KBW)

Eine Front für Festgeldforderungen steht / Druck der Mitglieder erfolgreich

ÖTV-Vorstand gibt jetzt Diskussion offiziell frei

September, Oktober und noch November war die Presse voll von Klunckerworten. Man werde sich den Zeitpunkt für das Aufstellen der Forderung von niemanden aufzwingen lassen. Man werde in die Diskussion erst eintreten, wenn sich die wirtschaftliche Lage bis vermutlich im Januar geklärt habe. Man werde auf alle Fälle erst nach der IGM mit einer Forderung auftreten.

Es ist bemerkenswert. Die bürgerliche Pressemeute hat den Sozialdemokraten Kluncker dahin gehetzt, daß er das Recht der ÖTV, sich **nicht auf den Kampf vorzubereiten,** wie ein Löwe verteidigt hat. Man kann sich vorstellen, in welch homerisches Gelächter die Bourgeoisjournalisten ausgebrochen sein müssen, jedesmal wenn Kluncker die Redaktionsstuben verlassen hat.

Prompt ist auch die Kernmannschaft der sozialdemokratischen Fraktion in der ÖTV hart eingestiegen. Gegenüber den Mitgliedermassen sollte dies als schlaue Taktik und Erfordernis des Kampfes ausgegeben werden.

Indessen ist die Mitgliedschaft der ÖTV lange nicht so naiv, sondern hat Erfahrungen im Kampf. Die großartige Taktik, den Gegner durch mehrere Schweigemonate zu erschrecken, ist nicht auf Gegenliebe gestoßen. Der Bezirksvorstand Hessen hält in einem Beschluß zur Lohnbewegung 76 fest, daß der überwiegende Teil aller hessischen Kreisdelegiertenkonferenzen Anträge vorliegen hatte, die für die Tarifrunde 1976 eine Forderungsstruktur in Form eines gleichen und einheitlichen Betrages für alle Arbeitnehmer verlangen. Der Bezirksvorstand fährt fort, daß er "eine solche Forderungsstruktur für angemessen und politisch überlegenswert" halte.

Letztes Jahr waren die Erfahrungen so. Gegen den Willen der Mitgliedermassen und gegen den Willen eines erheblichen Teils der Großen Tarifkommission wurde das bekannte Forderungsungetüm von 6 %, 50 DM, 300 DM Urlaubsgeld sowie 50 DM für jedes Kind durchgedrückt.

Die Dienstherren haben daraufhin von Anfang an festgestellt, daß sie bei den Prozenten nachgeben würde, die Festbeträge aber niemals annehmen würde. Damit war eine Spaltung gelungen, die es den Belegschaften nicht mehr ermöglicht hat, in selbständigen Aktionen die Dienstherren zu bekämpfen.

Diese Erfahrung sitzt tief und tief sitzt auch die Erfahrung, daß vor zwei Jahren mit der Mindestbetragsforderung von 185 DM sich alle in machtvollen Aktionen gegen den Dienstherren zusammenschließen konnten.

Der 74er-Abschluß war ein Erfolg. Er war ein Alptraum für die Dienstherren. Der 75er-Abschluß war so beschaffen, daß im Herbst diesen Jahres die Regierung herausgelassen hat, daß sie selber nicht mit so etwas Niedrigem gerechnet hätte.

So steht jetzt eine Front für Festgeldforderungen, an der der Bezirksvorstand Hessen nicht mehr vorbei kann oder will.

Das ist der Klugheit der Mitgliedermassen verdankt, die sich auf die Klunckeridee, man müsse eine Schweigepause einlegen, nicht eingelassen haben.

Jetzt muß der Hauptvorstand selber diese Taktik aufgeben. Die Diskussion wird jetzt offiziell zugelassen. Noch für diese Woche hat der Hauptvorstand bekanntgegeben, will er einen Forderungsvorschlag herauslassen. Ein 'Positionspapier' des Tarifsekretariats geistert bereits durch die ÖTV. Wir zitieren daraus auführlich:

"5. Grundsätze zum Aufbau einer Forderung für 1976

Bei dem Aufbau der Forderung ist mit zu berücksichtigen, daß die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen eine höhere Konsumquote als die Bezieher höherer Einkommen haben. Sie werden deshalb von der Preissteigerung stärker belastet.

Wenn man vom Grundsatz des Ausgleichs der Teuerung bei den anstehenden Tarifverhandlungen ausgeht, dann verbietet es sich, eine Forderung aufzubauen, die entweder den einheitlichen Festbetrag vorsieht oder sehr stark in die Nähe des einheitlichen Festbetrages kommt.

Ein einheitlicher Festbetrag hätte die Konsequenz, daß in den mittleren und unteren Einkommensbereichen durch die stärkere prozentuale Auswirkung ein realer Zuwachs – und damit mehr als ein Teuerungsausgleich – eintreten würde, währenddessen auf der anderen Seite die höheren Einkommensbezieher einen realen Verlust bei ihrer Kaufkraft in Kauf nehmen müßten – mithin einen Teuerungsausgleich nicht erhielten.

Das Prinzip des Teuerungsausgleichs verlangt aber, daß alle *Arbeitnehmer entsprechend der tatsächlichen Belastung durch die Preisentwicklung einen Ausgleich erhalten.*

Augenblicklich ist eine konkrete Aussage über Volumen und Aufbau einer Forderung noch nicht möglich. Denkbar wäre u. a. eine kombinierte Forderung mit einem Prozentsatz und einem Sockelbetrag."

Wer soll auf diesen schwülstigen Unsinn hereinfallen? Wiegt sich das Tarifsekretariat in der Hoffnung, die Mitglieder könnten nicht Dreisatzrechnen. Machten diese Leute ihre Spesenabrechnungen genauso, wären sie schon arm wie die Kirchenmäuse.

Wer soll so töricht sein, nicht zu bemerken, daß eine Forderung von 140 DM erst bei einem Einkommen von 2 800 DM schlechter wird als 5 Prozent?

Schon richtig, "realer Verlust der höheren Einkommensbezieher" wird **eintreten.** Aber **wen trifft er denn?**

Er trifft die Maihofers und Konsorten, die sich Jahr für Jahr unter der Flagge der 'Gleichbehandlung' aus den öffentlichen Haushalten bereichern. Soll man sich wirklich die Augen naß weinen, weil man einen Abschluß getätigt hat, der die ganze höhere Beamtenschar zwingt, offen zu sagen: Die 140 DM, die für die Arbeiter viel zu viel sind, bedeuten für uns ehrenwerten Leute einen Bettel, der uns nicht genügt!

Dazu noch: Letztes Jahr hatte die Presse herausgelassen, daß man 1 % Lohnerhöhung mit einer Haushaltsbelastung von 1,4 Milliarden ansetzen muß. Das mögen in diesem Jahr vielleicht 1,47 Milliarden sein.

Eine Erhöhung von 140 DM für alle würde die öffentlichen Haushalte mit allerhöchstens 7,3 Milliarden belasten. Das entspräche einem Prozentabschluß von noch nicht 5 Prozent. (berechnet auf 3,5 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst; der Arbeitgeberanteil wurde berücksichtigt) Man sieht gleich, die gewundene Polemik des Tarifsekretariates ist durch und durch haltlos.

Das Einzige, was bleibt, wäre, daß die innige Bruderschaft zwischen verschiedenen Sozialdemokraten und höheren Beamten ins Wackeln käme und daß die Arbeiterbewegung im öffentlichen Dienst sich freimachen könnte von der Verwechslung mit dem im Volk nun in der Tat verhaßten hochbezahlten Unterdrückerpack von Dienstherren.

Bis zum 13. Januar wird Zeit bleiben, den verdrehten Auffassungen, wie sie das Tarifsekretariat und auch der Hauptvorstand vertritt, entgegenzuwirken. Am 13. wird die Große Tarifkommission zusammentreten und über die Forderung beschließen. Sicher ist: Die Dürftigkeit der Argumente der Sozialdemokraten allein macht die fällige Auseinandersetzung noch nicht zu einem Spaziergang. Erstens wird die führende Sozialdemokratie wild entschlossen sein, alles zu unterbinden, was die Initiative der Mitglieder freisetzt. Zweitens muß man sehen: Fraglos wird eine Forderung von 130 bis 140 DM nur im Streik durchgesetzt werden können. Das darf man nicht verschweigen. Darauf muß man hinarbeiten.

Die Sozialdemokraten werden behaupten, man könne den Kampf vermeiden. Das ist völliger Unsinn. Man sieht es doch. Entweder man läßt den Dienstherren freie Hand, dann werden sie die **einzelnen wegrationalisieren, Lohndrückerei durch Umsetzungen und Lohndrückerei durch Gesetzesmaßnahmen betreiben, werden einzelne herauspicken, um alle politisch zu unterdrücken.**

Oder, man schließt sich zusammen und tritt kollektiv gegen die Dienstherren auf. Dann kann man sie auch schlagen. Zwischen diesen beiden Wegen hat man die Wahl. – (m.f.)

Lohnerhöhung mit einer Haushalts-
gen hat man die Wahl. – (m.f.)

Beschluß des ÖTV-Bezirksvorstandes Hessen vom 24.11.1975 "Gleicher und einheitlicher Betrag ist angemessen"

1. Der Bezirksvorstand stellt mit Befriedigung fest, daß sein Antrag vom 7.11.1975 an den gHV (geschäftsführenden Hauptvorstand) von diesem positiv aufgenommen wurde und er die Absicht hat, am 24.11.1975 über die Herausgabe eines Positionspapiers zur 408-Mitgliederdiskussion Beschluß zu fassen. Dieses Positionspapier wird den Kreisverwaltungen unmittelbar zugehen.

2. Der Bezirksvorstand geht davon aus, daß damit von dieser Woche an die Mitgliederdiskussion im Sinne des Beschlusses Nr. 408 Gewerkschaftstag in allen hessischen Kreisverwaltungen beginnen kann.

3. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes haben zur Kenntnis genommen, daß der überwiegende Teil aller hessischen Kreisdelegiertenkonferenzen Anträge vorliegen hatte, die für die Tarifrunde 1976 eine Forderungsstruktur in der Form eines gleichen und einheitlichen Betrags für alle Arbeitnehmer verlangten.

In Anbetracht der gegebenen Situation hält auch der Bezirksvorstand – ohne der Mitgliederdiskussion vorgreifen zu wollen – für die Tarifrunde des Jahres 76 eine solche Forderungsstruktur für angemessen und politisch überlegenswert.

Die Diskussion darf nicht daran vorbeigehen, daß gerade diese Forderungsstruktur bei der bekannten Haltung der öffentlichen Arbeitgeber in erheblichem Maße konfliktträchtig ist.

Die Höhe der Forderung muß daran orientiert werden, daß gemessen am Durchschnittsverdienst aller Arbeitnehmer keine Einkommensminderungen durch die Preissteigerungsrate und die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge eintreten.

GEW-Veranstaltung gegen Berufsverbot und Entrechtung im öffentlichen Dienst fordert:

GEW-Veranstaltung gegen Berufsverbot und Entrechtung im öffentlichen Dienst fordert:

Weg mit dem KPD-Verbot!

Frankfurt/M. Am 8. Dezember fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Veranstaltung der GEW gegen die Berufsverbote und Entrechtung im öffentlichen Dienst statt, zu der etwa 300 Kollegen kamen.

Aufgerufen dazu hatte der Bezirksvorstand der GEW. An vielen Schulen haben Kollegen bereits gegen die Welle von Disziplinierungsmaßnahmen des Staatsapparates die Forderungen nach freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung erhoben. Dieser Protest sollte auf der Veranstaltung zusammengefaßt und ihm eine einheitliche Stoßrichtung gegeben werden.

Nachdem der Vorsitzende des Bezirksvorstandes Frankfurt und fünf Kollegen anhand verschiedener Fälle die politische Lage dargelegt hatten, entwickelte sich unter den anwesenden Kollegen eine Kontroverse, welche Forderungen geeignet sind, den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Kollegen und den Kampf des Volkes gegen die politischen Angriffe der herrschenden Klasse zu organisieren.

Vertreter der Reformisten und DKP schlugen vor, den Kampf gegen die politische Entrechtung auf der Grundlage der Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte aufzunehmen, was auf nichts anderes hinausläuft als mit Hilfe "linker" Verfassungsinterpretationen an dieser und jener Disziplinierungsmaßnahme des Dienstherren herumzumäkeln, grundsätzlich aber dessen Recht unangetastet läßt, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu bespitzeln und zu bestrafen.

Viele Kollegen machten in Redebeiträgen deutlich, daß es vielmehr darum geht, dieses Recht dem Staatsapparat streitig zu machen und uneingeschränkt für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst die freie gewerkschaftliche und politische Betätigung zu fordern.

Die Ergebnisse der dreistündigen Debatte wurden in einer Resolution der Fachgruppe Gymnasien zusammengefaßt, die der Bezirksvorstand den Anwesenden zur Abstimmung vorlegte. Die Revisionisten, die selber keine Gegenresolution verfaßt hatten, machten an dieser Stelle deutlich, was sie von der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes halten: Die meisten von ihnen verließen vor der Abstimmung den Saal. Mit großer Mehrheit wurde die Resolution und ein Ergänzungsvorschlag gegen das KPD-Verbot angenommen.

Wortlaut der Resolution

"Die GEW Frankfurt wendet sich entschieden gegen die sich in letzter Zeit häufenden Berufsverbote, Disziplinierungen und politischen Anhörungsverfahren gegen Kollegen und GEW-Mitglieder in Hessen. Zur Rechtfertigung seines Vorgehens beruft sich der Staat auf die freiheitlich demokratische Grundordnung, auf die Beamtengesetze und das Disziplinarrecht . . . Als Gewerkschaftler können wir diese Angriffe nicht hinnehmen . . . Gerade in einer Situation, in der er Angriffe auf ihre Arbeitsbedingungen und ihre wirtschaftliche Lage unternimmt, unterstreicht er (der Staat) zugleich die Rechtlosigkeit und besondere Treuepflicht, die für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst aus ihrem Arbeitsverhältnis folgen sollen. Mit den Bestimmungen der Beamtengesetze, des Disziplinarrechts sucht er die Bewegungsfreiheit seiner Bediensteten einzuschränken. Wir erklären hingegen, daß wir auf die Wahrnehmung unserer gewerkschaftliche und politischen Rechte ebensowenig verzichten können wie die übrigen lohnabhängig Beschäftigten in dieser Gesellschaft. Insbesondere legt der Staat Wert auf die Loyalität seiner Bediensteten gegenüber der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung. Diese beruht auf der Tatsache, daß die Mittel der Produzenten hauptsächlich in den Händen weniger privater Eigentümer konzentriert sind, während die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeiter, Angestellten und Beamten gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu Marktbedingungen zu verkaufen. Seit mehr als 100 Jahren haben die Krisen und alles soziale Elend ihren Ursprung in diesem Gegensatz.

Um hingegen ihre Interessen zur Geltung bringen zu können, brauchen die Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst die elementaren demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte. Diese Rechte bestreitet ihnen der Staat. Auch die sich häufenden Berufsverbote und politischen Disziplinierungsversuche stellen den Angriff auf diese Rechte dar, weil der Staat damit seine Politik der Einschüchterung und politischen Knebelung seiner Bediensteten bekräftigt.

So hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Urteilsbegründung zum KPD-Verbot die freiheitlich demokratische Grundordnung dahingehend definiert, daß mit ihr die Bezeichnung der kapitalistischen Lohnarbeit als Ausbeutung verboten ist und zugleich untersagt wird, daß Lohnabhängige sich organisiert gegen die Grundlage ihrer Lohnarbeit wenden. Mit der Verpflichtung der Beamten auf die derart definierte freiheitlich demokratische Grundordnung will der Staat den Beamten verbieten, sich auf die Seite der übrigen Lohnabhängigen zu stellen und die Ausbeutung zu bekämpfen. Er will sie positiv verpflichten, uneingeschränkt für die Erhaltung der Lohnarbeit einzutreten.

Wir fordern deshalb:

Keine Ablehnung, Entlassung oder politische Disziplinierung von Bewerbern und Angehörigen des öffentlichen Dienstes aus politischen Gründen! Streichung der Gesetzesbestimmungen, mit denen der Staat die Beamten auf die bestehende Wirtschafts- und Sozialordnung verpflichtet und ihnen bei öffentlicher Betätigung eine besondere 'Mäßigung' abverlangt! Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung an den Schulen! Weg mit dem KPD-Verbot!"

– (r, Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Frankfurt)

Erneute Überprüfung bei Versetzung nach Baden-Württemberg

Stuttgart. Die baden-württembergische Landesregierung, die schon bisher jeden Bewerber für den öffentlichen Dienst bis zur letzten Hilfskraft auf seine treue Staatsgesinnung untersuchte, hat verfügt, die Staatsgesinnung der Bewerber noch genauer zu untersuchen. So wurde bekannt, daß Bewerber, die schon einmal einer Überprüfung unterworfen worden waren, bei ihrer Versetzung in den öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg erneut überprüft werden sollen.

Demonstrationen gegen politische Entrechtung

Westberlin. Am Mittwoch demonstrierten 10 500 gegen die politische Entrechtung und die Verschärfung der Studienbedingungen. Aufgerufen hatte die SEW, die der Demonstration jegliche Stoßrichtung gegen den bürgerlichen Staat zu nehmen versuchte. Etwa ein Drittel bis die Hälfte demonstrierte unter Forderungen, die sich eindeutig gegen den bürgerlichen Staat richteten.

Stuttgart. Am Samstag, 6.12., demonstrierten in Stuttgart mehr als 4 000 gegen die Berufsverbote.

ÖTV-Beschlüsse zur Tarifrunde

Köln

Mit zwei Stimmen Mehrheit wurde auf der ÖTV-Mitgliederversammlung der Unikliniken Köln am 2.12. 8,5 Prozent, mindestens aber 140 DM als Forderung zur Tarifrunde aufgestellt. Die starke Minderheit hatte sich für eine 130 DM-Festgeldforderung ausgesprochen, die von verschiedenen Klinikabteilungen aufgestellt worden war.

Hanau

Auf der Wahlversammlung des GEW-Kreisverbandes Hanau am 26.11. wurde von den 100 anwesenden Mitgliedern eine Entschließung gegen die staatlichen Sparmaßnahmen angenommen. Darin wird gefordert: Anerkennung der arbeitslosen Lehrer und Bewerber für das Lehramt als Arbeitslose, Arbeitslosengeld für arbeitslose Lehrer und Bewerber für das Lehramt, Bezahlung durch den Staat! Weg mit dem Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur! Für eine Festgeldforderung in der nächsten Tarifrunde im öffentlichen Dienst! Tarifautonomie und Streikrecht für die Beamten!

Der DGB-Kreis Hanau soll vor und während der laufenden Tarifrunde eine öffentliche Versammlung aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten in Hanau organisieren.

Westberlin

Die Vertrauensleuteversammlung vom 27.11. im Klinikum Steglitz fordert für die Tarifrunde Lohnerhöhung von mindestens 140 DM mehr für alle. Die Koppelung der tariflichen Vereinbarungen über den Ortszuschlag an die entsprechenden beamtenrechtlichen Regelungen soll aufgehoben werden. Damit würde auch die indirekte Koppelung des Sozialzuschlages für Arbeiter an das Beamtenrecht entfallen. 700 DM für alle Auszubildenden.

Die Betriebsgruppe der ÖTV der Bundesanstalt für Materialprüfung tritt für einen Festbetrag von mindestens 140 DM für jeden ein bei 13 Monatsgehältern. Der Bezirksvorstand wird aufgefordert, eine Demonstration und Kundgebung zu organisieren zur Vorbereitung der Lohnrunde, um einer Isolierung von den Kollegen in der "freien" Wirtschaft entgegenzuwirken und das Selbstbewußtsein über die Berechtigung und Notwendigkeit von Streiks in dieser Tarifrunde zu stärken. Zu diesem Zweck soll der Bezirksvorstand eine Aktionseinheit mit den anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst wie z. B. der GEW suchen. Der ÖTV-Tarifabschluß ist auch der Maßstab für die Bezahlung der Lehrer. Die anderen Gewerkschaften müssen deshalb zur Unterstützung der ÖTV in diese Lohnrunde einbezogen werden.

Westberlin

Die OTV-Betriebsgruppe des Fritz Haber Instituts der Max-Planck-Gesellschaft: 150 DM für alle mehr!

ÖTV-Betriebsgruppe Technische Universität: 180 DM. In 19 von 32 Bereichsversammlungen der Technischen Universität wurden Festgeldforderungen von 140 DM bis 200 DM gefordert.

Frankfurt/M.

Die Mitgliederversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe Universität Kernbereich am 8.12.: 150 DM, 300 DM Urlaubsgeld. Weiter wurde gefordert: Anfang Januar soll eine öffentliche Mitgliederversammlung an der Universität stattfinden, die mit Flugblatt und Teilbereichsversammlungen vorbereitet werden soll. Außerdem soll der Kreisvorstand die Kreisdelegiertenkonferenz Anfang Januar zu einer Betriebsfunktionärskonferenz Frankfurt ausweiten.

Hannover

Die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV hat mit großer Mehrheit einen Antrag gegen die Empfehlung der Antragskommission verabschiedet, der für Januar eine Komiteemitgliederversammlung vorsieht, auf der eine Demonstration gegen Rationalisierung und Sparmaßnahmen besprochen werden soll.

Der Vertrauensleutekörper Landkreis Hannover hat am 24.11. einen Festbetrag von 130 DM gefordert.

Die ÖTV-Gruppe im Annastift hat die Forderung von 150 DM aufgestellt.

Unterstützung der antifaschistischen Kräfte in Spanien und Chile

Oldenburg

Die ÖTV-Betriebsgruppe der Universität Oldenburg fordert den ÖTV-Hauptvorstand auf, sich im DGB für die finanzielle und tatkräftige Unterstützung aller antifaschistischen Kräfte in Spanien einzusetzen.

Entsprechend fordert sie den ÖTV-Hauptvorstand auf, den Widerstand des chilenischen Volkes gegen die Militärjunta zu unterstützen sowie für die Erfüllung der Plattform der chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT einzutreten. Diese Beschlüsse werden auch der Kreisdelegiertenkonferenz als Anträge vorgelegt.

Gegen den Maulkorberlass an den Schulen in Hessen

Die Schüler nehmen den Angriff auf ihre Vertretungsorgane nicht hin / Konferenz von über 500 Darmstädter Schülervertretern ruft zu Streiks und zur Demonstration auf

Darmstadt. Der Versuch des hessischen Kultusministeriums, durch eine neue Rechtsverordnung die Schülervertretungen an die Kette zu legen, ihnen das politische Mandat und überhaupt jede selbständige Äußerung und Tätigkeit zu verbieten, ist bei den hessischen Schülern auf heftigen Widerstand gestoßen. Wie wir schon in der KVZ Nr. 47 berichteten, hat der Landesschülerrat sofort gegen die geplante Verordnung Protest eingelegt und zu einer öffentlichen Konferenz am 18. 12. nach Frankfurt aufgerufen, auf der Kampfschritte gegen den Maulkorberlaß des Ministeriums beschlossen werden sollen. In Darmstadt hat am Montag eine Konferenz aller Klassensprecher, Tagessprecher und Schulsprecher stattgefunden, zu der der Stadtschülerrat aufgerufen hat. Über 500 Schülervertreter haben einen Streikaufruf an alle Darmstädter Schulen und die Durchführung einer Demonstration gegen den Erlaß beschlossen. An 2 Gymnasien sind die Schüler bereits in den Streik gegen die geplante Rechtsverordnung getreten.

Schon am 22.11. hatte der Stadtschülerrat in einem Beschluß den Krollmannentwurf abgelehnt. Eine Unterschriftensammlung war vom 28. November an in Gang gesetzt. Zu Beginn der Konferenz wurden die Vertreter der beiden Gymnasien, die mit dem Streik gegen die Rechtsverordnung schon begonnen haben, Schuldorf Bergstraße und Bert-Brecht-Schule, stürmisch begrüßt.

Dann berichtete eine Delegation der AES-Schüler, die gerade einen Streik gegen die Entlassung der Lehrerin Regina Schäfer führen, über ihren Kampf. Das machte noch einmal deutlich, wie nötig die Schülerschaft ihre Rechte braucht.

Nachdem Solidaritätsgrüße der ASten der Technischen Hochschule und der Fachhochschule verlesen worden waren, begann die Debatte über die Rechtsverordnung und wie sie verhindert werden kann. Der anwesende Verbindungslehrer mühte sich vergeblich, die Schüler von Streiks abzubringen. Das würde dem Kultusministerium nur Möglichkeiten bieten, die Schülervertretungen anzugreifen, meinte er. Er erntete ein gellendes Pfeifkonzert. Wie solle man um seine Rechte kämpfen, wenn man sie vorher selbst aufgibt, wurde ihm entgegengehalten.

Ein Vertreter des Landesvorstands der hessischen Schülervertretungen kam mit der Position, sich jetzt gegenüber dem Kultusministerium erst mal klein zu machen.

Man solle doch nicht immer von Kampf reden, sondern erst mal an der Basis was machen. Gerade damit die Mehrheit der Schüler für den Kampf gegen den Maulkorberlaß gewonnen werden kann, und damit der Kampf sofort eine einheitliche Stoßrichtung gewinnt, sei es notwendig, daß die Vertretungsorgane der Schüler sofort eine klare Position beziehen, wurde ihm erwidert.

Die Konferenz einigte sich darauf, daß es nicht ausreicht, jetzt nur die Stimmung zu testen, sondern daß Beschlüsse über Kampfschritte gefaßt werden müssen und zwar nicht bloß für die nächste Woche. Obwohl der Verbindungslehrer während der gesamten Konferenz keine Gelegenheit ausließ, mit dem Gesetzbuch und seinen Verboten zu wedeln, der Vertreter des Landesvorstandes die Vorschläge ablehnte und auch der Stadtschulsprecher in seiner Haltung schwankte, beschloß die Konferenz dann alle weiteren Schritte mit überwältigender Mehrheit (siehe Resolution).

Dem Landesvorstand der hessischen Schülervertretungen schlugen die Versammelten vor, die Unterschriftensammlung gegen die Rechtsverordnung auf alle hessischen Schulen auszuweiten, für Beginn des nächsten Jahres einen landesweiten Streik zu organisieren und eine Demonstration zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Verordnung und gleichzeitig öffentliche Aktionen in allen hessischen Städten.

Die Versammlung hat gezeigt, daß sich das Kultusministerium mit seiner Rechtsverordnung in die Nesseln gesetzt hat.

Wenn das Ministerium meint, die Rebellion der Schüler gegen die elenden Verhältnisse an den Schulen mit solchen Verordnungen abzuwürgen, dann täuscht sich das Ministerium. Solche Verordnungen geben der Rebellion nur neue Nahrung.

Die Versammlung hat vor allem dazu beigetragen, den Zusammenschluß der Schüler aus den verschiedenen Schultypen einen guten Schritt vorwärts zu bringen. Darin liegt nicht nur die Möglichkeit, die Rechtsverordnung zu verhindern, das schafft auch bessere Voraussetzungen, den Kampf für eine einheitliche Ausbildung voranzubringen und die Einsicht zu verbreiten, daß die Volksbildung überhaupt der Aufsicht und Kontrolle des bürgerlichen Staates entrissen werden muß. – (a, Darmstadt)

(Auszug aus der Resolution der Darmstädter Schülervertreter)

Gegen den Maulkorberlaß an den hessischen Schulen!
Für freie politische Betätigung an den Schulen!

Die versammelten Schülervertreter der Darmstädter Schule erklären:

Die Maßnahmen der Bundesregierung und Landesregierung werden die Lage der lernenden Jugend ständig verschlechtern. An den Schulen werden für die Arbeiterjugend nicht einmal die notwendigsten Bedingungen zum Ablegen einer erfolgreichen Abschlußprüfung bereitgehalten.

Für die arbeitslosen Jugendlichen wird an den Schulen nichts anderes bereitgehalten als ein Dahinsiechen im Elendssuff. Für die anderen Teile der lernenden Jugend verschlechtern sich die Verhältnisse ebenfalls. Für die Teile der werktätigen Jugend, die eine Weiterbildung an öffentlichen Schulen anstreben, werden diese Möglichkeiten durch das Streichen von Mitteln von seiten der Landesregierung verbarrikadiert. Wir können also insgesamt feststellen, daß eine tatsächlich ausreichende Ausbildung nur einem ganz minimalen Teil der Gesellschaft vorbehalten bleibt, und der Staat weitere Maßnahmen im Auge hat, diese Lage zu verschlechtern. Er tut nicht nur dieses, sondern er macht gleichzeitig Anstrengungen den Schülern die Mittel aus der Hand zu schlagen, die sie brauchen, um diese Lage zu verändern.

Die vom Kultusminister geplante Rechtsverordnung für die Schülervertretungen hat zum Ziel, die Schülerschaft einer tatsächlichen Interessenvertretung zu berauben und die Schülervertretungen zum Organ der Schulleitungen zu machen. Der sich entwickelnde Widerstand der Jugend an den Schulen, der sich zum Ziel setzt, eine Verbesserung der Ausbildungssituation zu erreichen, soll jetzt erstickt werden. Dieser Kampf ist notwendig, um eine umfassende Ausbildung für die lernende Jugend zu erreichen. Weil wir uns nicht mit unserer Lage zufrieden geben, sondern dagegen kämpfen, brauchen wir unsere Rechte. Brauchen wir Schüler und Lehrlinge unsere Versammlungsfreiheit und brauchen das Recht uns Schülervertretungen zu wählen, die unsere Interessen vertritt und nicht die der Kultusbürokraten. In mehreren Schulen sind daher in Darmstadt schon Protestmaßnahmen ergriffen worden und diese Protestmaßnahmen werden zusammengefaßt in der Demonstration am 13.12.75. Auf dieser Demonstration werden wir eintreten gegen die Beschränkung der Rechte der Schülervertretungen und für freie politische Betätigung an den Schulen.



Krefeld. 400 Jugendliche demonstrierten am Samstag durch die Innenstadt von Krefeld zu dem ehemaligen Kaufhaus Sinn und besetzten das leerstehende Haus, um dort ein selbstverwaltetes Jugendzentrum aufzubauen. Es war die größte Demonstration in Krefeld seit über 10 Jahren. Die Mauern, die die Stadtverwaltung vor den Eingängen hatte errichten lassen, um die Besetzung zu verhindern, wurden niedergerissen. Das Haus wurde aufgeräumt und gleich am Abend ein großes Fest gefeiert. Polizei ließ sich nicht blicken. Das war ein erster Erfolg von Kampfaktionen, die die ganze Woche über unter der Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum im ehemaligen Sinn-Kaufhaus durchgeführt worden waren. Immer mehr Jugendliche hatten sich daran beteiligt. In kurzer Zeit waren über 1 500 Unterschriften für die Forderung der Jugendlichen gesammelt worden.

Die Aktionen waren von einer Initiativgruppe organisiert worden, die sich kurz vorher gebildet hatte, und wurden von der Kommunistischen Gruppe Krefeld, der Roten Garde und einem Teil einer älteren Initiative für ein Jugendzentrum (dort hatte die DKP das Wort geführt) unterstützt.

Gegen den Krollmann-Erlaß!

Wiesbaden. Die Vollversammlung der Schülervertreter an der Kerschensteiner Schule (Berufs- und Fachoberschule), hat am 2.12. einstimmig eine Resolution gegen die geplante Rechtsverordnung zu den Schülervertretungen verabschiedet.

Technische Hochschule Darmstadt

Mit drei Stellen lassen wir uns nicht abspeisen

Darmstadt. Drei bis vier Stellen, das war das Angebot des Präsidenten der Technischen Hochschule bei seinen Verhandlungen mit dem Personalrat über die Forderung der Lehrlinge, daß alle 23 fertig ausgebildeten Lehrlinge übernommen werden. Über dieses Ergebnis hat, wie vorher beschlossen, eine erneute Jugendversammlung an der Technischen Hochschule Darmstadt am 5.12.beraten. (Siehe KVZ Nr. 48)

65 Kollegen waren auf der Versammlung anwesend, viele sind nicht gekommen, weil sie die Werkstatt putzen mußten. Die Versammelten waren sich schnell einig, mit diesem Angebot will die Hochschulleitung ein Hick-hack unter den Lehrlingen anzetteln und ihre Einigkeit zerbrechen. Das Angebot ist unannehmbar, wir brauchen nicht drei Stellen, ondern Stellen für alle, die jetzt nach Beendigung ihrer Ausbildung rausgeschmissen werden sollen, und das sind 23.

Von der Hochschulleitung ließ sich keiner blicken

Die Kollegen fanden es ziemlich unverschämt, daß sich auf der Versammlung von der Hochschulleitung niemand blicken ließ.

Zu Anfang wurden weitere Solidaritätsadressen verlesen, die zeigen, daß unser Kampf breite Unterstützung findet: vom Ortsjugendausschuß der Deutschen Postgewerkschaft, von der Jugendgruppe der DPG, von der Jugendvertretung beim Fernmeldeamt, von der GEW Sektion Technische Hochschule.

Die drei Stellen nehmen wir, zwanzig wollen wir noch haben, wird beschlossen.

Einzelne Stimmen dafür, den Kampf jetzt aufzugeben, finden keinen Anklang; das Angebot mit den drei Stellen wäre ohne unseren Kampf auch nicht gemacht worden.

Es wird beschlossen, sofort zum Präsidenten zu ziehen und danach die Versammlung fortzusetzen. Also los. In den 6. Stock. Der Präsident Böhme ist nicht da, davon haben wir uns überzeugt. Der Abteilungsleiter Seidler wird herausgeholt und gefragt: 1. warum niemand zur Versammlung gekommen ist, 2. was die Hochschulleitung inzwischen gegen ausbildungsfremde Arbeiten unternommen hat (Seidler hatte fest das auf der letzten Versammlung versprochen), 3. was sie unternommen hat , um die Übernahme der 23 zu sichern.

Es wurde ihm mitgeteilt: Das Angebot lehnen wir ab, wir halten an der Forderung: alle müssen übernommen werden, fest.

Er redet sich raus. Es habe keine neuen "Aspekte" gegeben, deshalb sei er nicht gekommen, außerdem, er habe noch anderes zu tun. Von ausbildungsfremder Arbeit habe er in den Werkstätten nichts gesehen.

Er habe ja auch das Interesse, daß alle Lehrlinge übernommen würden und ausbildungsfremde Arbeiten abgeschafft würden. Und Präsident Böhme werde sich beim Ministerium für uns einsetzen.

Wenn er ein Interesse an der Weiterbeschäftigung habe, warum er dann nicht gekommen sei?

Es wird beschlossen, einen Brief an das Kultusministerium zu schreiben. Den soll er unterschreiben! Also wieder zurück. Der Brief an den obersten Dienstherrn wird aufgesetzt und von allen unterschrieben. Darin heißt es: "Drei bis vier Stellen sind von der Hochschulleitung angeboten worden. Dieses Angebot reicht nicht aus. Wir fordern die Übernahme aller . . . Herr Seidler, Abteilungsleiter an der THD, hat uns versichert, daß er und Präsident Böhme ebenfalls für die Übernahme aller Lehrlingeeintreten . . . "

Gegen Mittag ziehen wir wieder zu Seidler hoch. Er will nicht mit uns reden. "Ich habe keine Lust." Wir sollen ihm den Brief geben. "Also gehn wir alle rein", der soll uns nicht verarschen.

Die Hälfte ist im Büro, die Hälfte draußen. Er will vorbei, aber es macht ihm keiner Platz. War er vorher schon käsig, jetzt ist er noch weißer geworden. Er wird aufgefordert, zu unterschreiben. "Das mach ich nicht, ich schreibe einen Begleitbrief ans Kultusministerium." "Der soll unterschreiben, der Lügner!" Er unterschreibt nicht. Wir sagen ihm, daß wir jetzt überall bekannt machen, daß er uns belogen hat und daß wir uns weiter an die Öffentlichkeit wenden werden.

Wir stehen nicht alleine

Wir gehen, um die Kollegen durch eine Kundgebung zu informieren. Eine Presseerklärung und Flugblätter sollen gemacht werden. Für die nächste Woche wird ein Treffen angesetzt, um die weiteren Schritte festzulegen. Noch am selben Tag erklärt sich der DGB-Kreisjugendausschuß mit uns solidarisch und verfaßt eine Presseerklärung dazu.

Die Jugendvertretung hat die anderen Darmstädter Jugendvertretungen und die Kreisjugendausschüsse der Gewerkschaften eingeladen, um ein Aktionsprogramm gegen die miserablen Ausbildungsverhältnisse und gegen die Nichtübernahme von Lehrlingen zu debattieren.

Wir haben gemerkt, daß wir nicht alleine stehen. Die Hochschulleitung wird keine Ruhe mehr haben. – (m, Darmstadt)

Die Versammlung fand doch statt

BASF-Lehrlinge kämpfen gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen

Ludwigshafen. Wie wir in der letzten Nummer der KVZ berichtet haben, streikten bei BASF am Dienstag, den 25. November, die Lehrlinge aus der Lehrwerkstatt in Friesenheim und am Freitag darauf die Lehrlinge von H 400 gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen. Für den folgenden Donnerstag war eine Jugendversammlung für H 400 beschlossen worden.

Die Einschätzung, die wir in bezug auf die Woche nach dem Streik gemacht haben, hat sich bestätigt. Man hat uns bearbeitet und versucht, uns von weiteren Kampfschritten abzuhalten. Gleich am Montag sind die Gruppen einzeln zum Meister gerufen worden. Die Werksleitung hätte schon Zusagen zur Schallisolierung gemacht und weitere Streiks hätten Folgen für uns, sagte der Meister. Das hat uns nicht sonderlich beeindruckt, und wir haben beschlossen, auf der Versammlung am Donnerstag, 4. Dezember, die aufgrund unseres Streiks zugesagt wurde, unsere Forderung nach Schallisolierung weiter zu vertreten. Wir wollten von den zuständigen Herren schriftliche Zusagen.

Die ganze Woche über fragten wir rum, um wieviel Uhr und wo die Jugendversammlung denn nun wäre. Keiner gab uns klare Auskunft. Am Donnerstagmorgen kam dann alles ganz anders. Uns wurde mitgeteilt, es gebe keine Versammlung für die Halle, nur die Vertrauensleute sollten zusammenkommen. Vielen Kollegen wurde klar, die Herren der Werksleitung wollen uns verwirren und spalten. Wenn sie die Vertrauensleute allein haben, belabern sie die und machen sie fertig.

Die Vertrauensleute gingen trotzdem erst mal alleine. Der Chef der Ausbildung war anwesend und begann gleich mit einem langen Vortrag über Schallmessung, Schallwellen und gesetzliche Zulassungswerte. Oft wurde er durch Zwischenrufe unterbrochen: "Das interessiert uns nicht!" "In der Halle ist es zu laut, da muß sofort was passieren!" "Wenn dich das nicht interessiert, können wir dich ja gleich in einen anderen Betrieb versetzen", fuhr der Ausbildungsleiter einen Vertrauensmann an. So wurden wir mal eingeschüchtert und mal wurde was versprochen. Als der Vortrag beendet war, kamen wir zu Wort. Wir bestanden auf der Versammlung für die ganze Halle. Erst mal sind die Ausbildungsleiter um diese Forderung rumgeschifft und haben weiter Versprechungen gemacht. Als sie aber merkten, daß die Versprechungen unglaubwürdig werden, wenn sie nicht bereit sind, sie vor allen Lehrlingen zu machen, mußten sie zustimmen.

Wir haben dann unsere Gruppen zusammengerufen, und die Ausbildungsleitung hat nochmal ihre Sache vorgebracht.

Jetzt wurde von einem Kollegen der Vorschlag gemacht, sich die Zusagen schriftlich geben zu lassen. Da griff die Jugendvertretung ein. Sie sagte, sie wolle die Sache in die Hand nehmen und eine schriftliche Zusage machen lassen. Das war kein guter Vorschlag. Wenn wir jetzt ohne schriftliche Zusage auseinandergehen, rutscht uns die Sache leicht aus der Hand und wir sind auf das Wohlwollen der Werksleitung angewiesen. Und auf die Standhaftigkeit der Jugendvertretung. Auf das Wohlwollen der Werksleitung aber kann man sich nicht verlassen. Und an Standhaftigkeit hat es unserer Jugendvertretung schon einige Male gemangelt.

Aber die Mehrheit der Kollegen meinte, man könne sich auf diesen Vorschlag einlassen.

Wir gingen also ohne schriftliche Zusage.

Die Werksleitung setzt jetzt wohl darauf, daß in zwei Wochen Urlaub ist (Zwangsurlaub, der Betrieb wird für zwei Wochen zugemacht) und danach viele Kollegen in andere Betriebe kommen. Dann, meint sie, hätte sie erst mal Ruhe.

In der Zeit, wo wir noch in der H 400 sind, werden wir also aufpassen müssen, daß die Versprechungen eingehalten werden. eine Sache können wir überprüfen: In den nächsten zwei Wochen soll praktisch die erste Isolierplatte verlegt werden nach Angabe der Ausbildungsleitung. Sollte das nicht passieren, wird was passieren von uns aus.

In der Lehrwerkstätte Friesenheim ist schon begonnen worden, Forderungen der Kollegen dort zu erfüllen und Heizungen und Entlüftungen zu installieren. Unser Kampf war also nicht zwecklos. Diese neue Erfahrung werden die Kollegen zu nutzen wissen. – (BASF-Zelle)

„Rechtsunsicherheit" - das Problem ?

Anke Fuchs vom Hauptvorstand der IG Metall hat sich in der Gewerkschaftszeitung "Metall" erneut zum § 218 geäußert. Sie erklärt, daß für die Gewerkschaften weiterhin die Fristenregelung anzustreben ist, aber jetzt nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und den Gesetzentwürfen im Bundestag gelte es, den SPD/FDP-Entwurf zu akzeptieren, also die Indikationslösung. Anke Fuchs tritt als Gegnerin des § 218 auf, um dann der organisierten Arbeiterbewegung den Vorschlag der Unterwerfung unter den Richterspruch und die Parlamentariermachenschaften anzuraten.

Dahin kommt man, wenn man die Fristenlösung als erstrebenswert verkaufen will. Zwischen ihr und dem jetzigen Entwurf der Regierungsparteien besteht nämlich kein wesentlicher, sondern nur ein geringer Unterschied. Die Fristenlösung bedeutet nichts weiter als die Anerkennung und Aufrechterhaltung des § 218 als Strafparagraf und die Unterwerfung unter die staatliche Bevormundung und Schikane, Zementierung des § 218 bedeutet auch die Indikationslösung. Stimmt man schon der Fristenlösung zu, ist der Schritt zur Anerkennung des SPD/FDP-Entwurfs nicht weit.

Anke Fuchs sagt zwar: "Der hundert Jahre alte § 218 StGB ist seit jeher ein Klassenparagraf und hat die arbeitenden Frauen besonders hart betroffen." Nun, diese Aussage muß sie machen, ist doch die Tatsache nicht zu leugnen, daß der Paragraf von der herrschenden Klasse gemacht, um die Arbeiterklasse und das Volk zu unterdrücken. Gleich danach führt Anke Fuchs aber aus, daß deshalb die Gewerkschaften immer für die Fristenlösung gekämpft hätten, also für die "Reform des Klassenparagrafen" statt für seine Beseitigung eingetreten seien. Darum gehe es weiterhin. "Nach dem unglaublichen politischen Nein des Bundesverfassungsgerichtes zum demokratisch beschlossenen Fristengesetz – die Richter haben damit die Kräfte unterstützt, die Frauen in Abhängigkeit halten wollen – müssen wir als Übergangslösung eine Indikationslösung akzeptieren. Wir begrüßen, daß der neue Gesetzentwurf der SPD/FDP-Koalition den Raum ausgenutzt hat, den das BVG-Urteil noch läßt. Wir begrüßen das einfache Beratungssystem im Gegensatz zu dem Mehrstufensystem des CDU/CSU-Entwurfs." – "Beratung, die echte Hilfe und keine Bevormundung für die Frau bedeutet, halten wir für notwendig." Haben die Sozialdemokraten zuerst versucht, die Bewegung gegen die ersatzlose Streichung zu spalten und an den bürgerlichen Staat zu binden durch die Fristenlösung, verlangen sie jetzt von den Arbeitern die Unterwerfung unter den Richterspruch und einen weiteren Rückzug. Wenn jetzt eine rasche Regelung verlangt wird, geht es tatsächlich schon nimmer um die "Reform des Klassenparagrafen", sondern nur noch um die "Rechtsunsicherheit". "Das Reformgesetz sollte zügig beraten werden und bald verabschiedet werden. Denn unter der augenblicklichen Rechtsunsicherheit leiden die Frauen, während konservative Kräfte das ausnutzen, um denen Schwierigkeiten zu machen, die mit Beratung helfen wollen." Über Fristenlösung und Indikationslösung landet man endgültig bei den Argumenten der Reaktion.

Nicht unter der "Rechtunsicherheit" leiden die Frauen der arbeitenden Klasse, sondern unter der Existenz des § 218. Unter dieser Rechtsunsicherheit "leidet" einzig und allein die herrschende Klasse. Denn diese Rechtsunsicherheit untergräbt das Vertrauen in das Parlament und in die Institutionen des Staates und hält die Frage offen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes konnte die Auseinandersetzung um den § 218 nicht beenden. Sie dauert fort. Es wächst die politische Klarheit in der Bewegung gegen den Paragrafen für die Forderung nach seiner ersatzlosen Streichung. Die Risse in der Front der Reaktion werden genutzt, um die Bewegung zu stärken.

Daß der § 218 noch nicht vom Tisch ist, schmerzt die herrschende Klasse, "Ruhe" an dieser Front ist noch nicht eingekehrt. Dieses Argument nimmt Anke Fuchs auf. Es kann in den Gewerkschaften nicht greifen. – (jk)



Göttingen: Demonstration zum Arbeitsamt

Demonstration gegen Entlassung von Gegnern des § 218

Göttingen. 180 Menschen demonstrierten am Dienstag vergangener Woche zum Göttinger Arbeitsamt, um die Rücknahme der politischen Entlassungen von zwei Kolleginnen zu fordern.

Im Kündigungsschreiben wurde den Kolleginnen vorgeworfen, daß sie im und vor dem Amt unter ihren Kollegen Unterschriften gegen den § 218 und für Volksentscheid gegen den § 218 gesammelt haben.

In der Begründung des Arbeitsamtes für die Abweisung der gerichtlichen Klage der Kolleginnen gegen die Entlassungen heißt es dazu: "Das Verhalten der Klägerin stellt einen Verstoß gegen die Pflichten (aus dem Arbeitsverhältnis) dar, insbesondere weil die Klägerin sich mit dem Inhalt der von ihr verteilten Flugblätter identifiziert." Gegen diese Entlassungen hat sich ein breiter öffentlicher Protest entwickelt: Die Abteilungen Gesundheitswesen und Wissenschaft und Forschung der ÖTV, die GEW-Studentengruppe, die Vollversammlungen der Studenten von Universität und Pädagogischer Hochschule und der Kreisvorstand der Deutschen Jungdemokraten forderten die Rücknahme der Kündigungen. Dennoch behauptete Arbeitsamtsdirektor Knappe – im Arbeitsamt von einer Delegation der Demonstration zur Rede gestellt –, die Entlassungen gingen die "Öffentlichkeit" nichts an. Politische Betätigung sei im Arbeitsamt nun mal verboten. Daß der Herr Direktor den Zorn der "Öffentlichkeit" fürchtet, zeigt die Tatsache, daß er sein Arbeitsamt durch ein massives Polizeiaufgebot schützen ließ. Außerdem will das Arbeitsamt den Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Entlassungen aus Göttingen wegverlegen nach Hannover. Darüber wurde drei Tage nach der Demonstration vor dem Göttinger Arbeitsgericht entschieden. Wieder war ein Polizeiaufgebot aufgefahren worden, "weil aufgerufen worden ist, die Klägerin bei der Durchsetzung ihres Rechts durch Öffentlichkeit zu unterstützen", wie der Richter sagte. Dennoch konnte der Richter keine ausreichende Begründung für die Verlegung des Prozesses finden. - (h.)

Hannover. Die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Hannover vom 27. November hat mit überwiegender Mehrheit die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert. Die Antragskommission hatte dagegen empfohlen, eine Änderung im Rahmen des Bundesverfassungsgerichtsurteils zu fordern.

Österreich: Eine Niederlage der Reaktion

Ein Volksbegehren für die Verschärfung der Strafjustiz gegen die Abtreibung ist in Österreich praktisch gescheitert. Das Volksbegehren wurde unterstützt von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der katholischen Kirche. Es richtete sich gegen die geltende Fristenlösung. 896 579 Österreicher unterstützten das Volksbegehren, für das in Stadt und Land die Pfaffen predigten. Das sind 17,9 Prozent der Wahlberechtigten. "Für die katholische Kirche muß das enttäuschende Abschneiden dieses Volksbegehrens ein Warnsignal sein. Es beweist, wie wenig Einfluß die Kirche heute noch im katholischen Österreich hat", schreibt sorgenvoll die "Frankfurter Allgemeine" (9.12.). Das um so mehr, wenn man bedenkt, mit welch zweifelhaften Methoden das vorliegende Ergebnis zustande gekommen ist. "In ländlichen Gebieten", schreibt die Zeitung des Kommunistischen Bundes Tirol, "nahmen Gemeindeärzte die Unterschriftenlisten bei ihren Krankenbesuchen mit oder legten sie in der Ordination auf; Pfarrer, Bürgermeister und örtliche Honoratioren übten jede nur mögliche Art von Druck aus, um Unterschriften zu erhalten." (aus: Klassenkampf, Dezember 1975)

Klinikum Steglitz Westberlin:

Die Geschäfte des Professor Oeff

Im Institut für Nuklearmedizin am Klinikum Steglitz residiert Herr Professor Dr. med. K. Oeff. Die Leitung des Instituts bringt ihm rund 60 000 DM jährlich. Man könnte meinen, damit wäre der Professor ausgelastet. Doch weit gefehlt. Gleichzeitig hat Oeff das Recht, im Klinikum Steglitz eine Kassenpraxis zu führen. Das ist sehr praktisch. Die Ärzte, die die Patienten untersuchen, werden aus dem Staatshaushalt bezahlt. Die medizinisch-technischen Assistentinnen für die Laboruntersuchungen werden aus dem Staatshaushalt bezahlt. Die Sekretärinnen des Herrn Professors werden aus dem Staatshaushalt bezahlt. Die Reinigungskräfte werden aus dem Staatshaushalt bezahlt. Gearbeitet wird mit Geräten des Klinikums usw.

Kassieren allerdings tut der Herr Professor. Nur 15 Prozent seiner Einnahmen müssen ans Klinikum übergeben werden.

Die Zelle des KBW hat sich die Mühe gemacht, auszurechnen, wieviel Oeff einstreicht. Allein die Untersuchungen der Schilddrüsenfunktion machen ein hübsches Sümmchen aus.

So werden pro Quartal zirka

400	Radio-Jod-Teste	a 80,- DM
700	T3/T4-Teste	a 43,- DM
250	T3-Teste	a 45,- DM
250	TRH-Teste	a 90,- DM

durchgeführt. Die Preise beziehen sich auf die Mindestsätze der Krankenversicherung. Bei Privatpatienten darf der Professor bis zum sechsfachen Mindestsatz verlangen. Als Ergebnis ergibt sich mit anderen Nebeneinnahmen ein geschätzter Jahresverdienst von mehr als 700 000 DM für den Professor Dagegen ist. sein Gehalt in der T nur ein Taschengeld.

Dabei handelt es sich keineswegs um ungesetzliche Machenschaften, sondern diese Möglichkeiten, des Geschäfts mit der Krankheit sind staatlich sanktioniert. Der Kanzler der Freien Universität Bormann stellte dies ausdrücklich auf einer Personalversammlung am Klinikum fest, als obige Rechnung vorgetragen wurde. Er sah keinerlei Möglichkeiten, diese Praktiken zu verhindern. Stattdessen sprach er von Planstellenstopp und Mehrarbeit für die Arbeiter und Angestellten. Aus Sparsamkeitsgründen und Geldmangel im Haushalt.

Dem gegenüber steht, daß ein Arbeiter heute im Durchschnitt einen Monat pro Jahr arbeiten muß, um die Beiträge für die Krankenkassen zu bezahlen.

Die Einkünfte von Professor Oeff entsprechen ungefähr dem jährlichen Krankenkassenbeitrag von 700 Arbeiter, oder: Der Lohn von etwa 60 Arbeitern ist gleich dem Verdienst von Oeff. Auch die Vorstellung, daß ein Arbeiter ein Jahr dafür arbeiten muß, was der Professor in nicht einmal 14 Tagen bekommt, macht die Summe recht plastisch.

‚Damit wird auch klarer, warum die Krankenversorgung keineswegs besser wird, obwohl jeder Arbeiter einen ganzen Monatslohn pro Jahr dafür aufwendet. Das System der Krankenversorgung ist alles andere als gut. Gut ist dieses System der Krankenversorgung für die Kapitalisten der Pharma-Industrie und für die vielen Oeffs, Brauss und wie die Klinikdirektoren alle heißen. Sie profitieren alle gut daran. Sie alle verteidigen die "freie Leistungsgesellschaft", wo die Leistungen honoriert werden, den Arbeitern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Berufen können sie sich alle auf die Gesetze (besonders gerne auf die "freiheitlich demokratische Grundordnung"), mit denen der Staat ihre Praktiken absichert.

Die Zelle des KBW am Klinikum Steglitz in Westberlin schrieb in ihrer Betriebszeitung, dem "Schrittmacher":

"Fleiß oder geschickte Ausnutzung des Systems?

Wird ein Patient von einem niedergelassenen Arzt per Überweisungsschein für eine dieser speziellen Schilddrüsenuntersuchungen ins Klinikum Steglitz geschickt, kommt er über den Klinikumspförtner in die Institutsanmeldung, wo er, ohne daß er es merkt, sich plötzlich in der privaten Kassenpraxis von Professor Oeff wiederfindet. Mit einem kleinen Zettel (siehe Abbildung) wird er nämlich zum privaten Kassenpatienten des Institutsdirektors gemacht. Dann geht es erst richtig los: Anstatt dem überweisenden Arzt mitzuteilen, daß zum Beispiel der angeforderte Radio-Jod-Test medizinisch überholt und wegen der nicht wegzudiskutierenden Strahlenbelastung für den Patienten nicht ganz unbedenklich ist, wird dieser Test erst einmal gemacht: 80 DM. Bevor das Ergebnis überhaupt auf Oeffs Schreibtisch liegen kann, schickt er dem einweisenden Arzt einen Schein (siehe Abbildung).

Prof. Dr. med. K. Oeff
Facharzt für innere Medizin
Leiter des Instituts für Nuklearmedizin
Klinikum Steglitz der Freien Universität
Berlin 45
Hindenburgdamm 30 - Telefon 798 2845/46

den

Rp.

Sehr geehrte Frau Kollegin!
Sehr geehrter Herr Kollege!

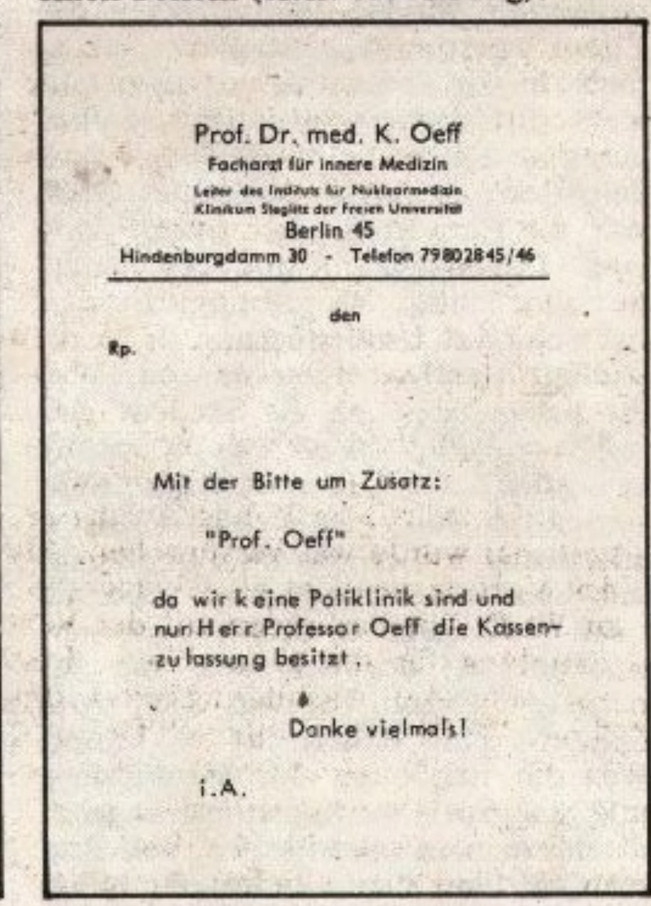
Wegen einer gewissen Diskrepanz zwischen klinischem Befund und dem Ergebnis der Radiojodstoffwechsel-Untersuchung haben wir zusätzlich die Konzentration des Schilddrüsen-Hormons im Blut mit speziellen in vitro-Methoden (T_3-T_4-Test) ermittelt.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Untersuchung auf dem Überweisungsschein noch aufführen würden als

"T_3-T_4-Test".

Mit kollegialen Grüßen

gez. K. Oeff


Prof. Dr. med. K. Oeff
Facharzt für innere Medizin
Leiter des Instituts für Nuklearmedizin
Klinikum Steglitz der Freien Universität
Berlin 45
Hindenburgdamm 30 - Telefon 79802845/46

den

Rp.

Mit der Bitte um Zusatz:

"Prof. Oeff"

da wir keine Poliklinik sind und nur Herr Professor Oeff die Kassenzulassung besitzt.

Danke vielmals!

i.A.

Der Betrug ist offensichtlich. Erstens gibt es zu diesem Zeitpunkt noch gar keine Diskrepanz und zweitens sagt der zweite Test nichts anderes aus als der erste.

Da man den Überweisungsschein schon mal hat, muß man ihn auch ganz auslasten. Deswegen müssen auch noch die arbeitsaufwendigen und einträglichen radioimmunologischen Untersuchungen gemacht werden. Ergebnis: rund 500 000 DM a Konto. Dafür könnte man übrigens 20 Krankenschwestern bezahlen."

Mit dieser Aufdeckung war die gesetzliche Absicherung der Oeffschen Praxis überschritten. Auch nach bürgerlichem Recht ist damit der Tatbestand des Betrugs erfüllt.

Der Professor war über diese Enthüllung so aufgebracht, daß er in seiner ersten Wut seine Sekretärin fristlos entlassen wollte am Tage als die Betriebszeitung erschien. Die Kündigung ist allerdings wirkungslos. Einige Tage später wurde er von einem Vertreter der anderen Dienstkräfte im Direktorium der WE 10 (einem Universitätsgremium) gebeten, zu den Anschuldigungen im "Schrittmacher" Stellung zu nehmen. Er behauptete dort, er hätte den Artikel nie gelesen und wüßte nicht, wovon gesprochen wird. Mittlerweile haben die Vertreter der anderen Dienstkräfte eine schriftliche Anfrage in das Direktorium gereicht. Jetzt sitzt der Herr Professor in der Klemme. Keiner will ihn mehr so richtig verteidigen. Seine Kollegen sind sauer, weil er sich erwischen lassen hat.

Die Zelle des KBW hat schon die Forderung erhoben nach der Übertragung des Gesundheitswesens an eine sich selbstverwaltende Krankenkasse. Ärzte sollen Angestellte dieser Krankenkasse sein. Als ein Schritt in die Richtung wird die Auflösung der Kassenpraxis des Professor Oeff am Klinikum Steglitz und die Einrichtung einer Poliklinik gefordert. Professor Oeff hat bereits verlauten lassen, daß eine solche Forderung seinen Besitzstand gefährdet und er gerichtlich dagegen vorgehen will.

Richtig ist, daß wir seinen Besitzstand angreifen. Dieser Besitzstand besteht in dem Recht, sich auf Kosten der Arbeiter und des Volkes zu bereichern. Dagegen sind wir, das betrifft nicht allein Professor Oeff.

- (s., Westberlin)

Der Kampf der Studenten und die Sorge der Staatsmacht

Ein ziemliches Durcheinander und große Panik ist in der vergangenen Woche in den Kultusministerien und Regierungen entstanden. Eilig wurden Beratungen anberaumt und sind die Vertreter der Regierung und der Opposition, des Bundestages und des Bundesrates sowie der drei darin vertretenen bürgerlichen Parteien an einem Tisch zusammengeströmt, um zu beraten, wie die "Funktionsfähigkeit" der Hochschulen wieder hergestellt werden könne.

In diesen Beratungen haben die bürgerlichen Politiker einen schon mehrfach totgesagten Hund erneut ausgegraben: das Hochschulrahmengesetz. Dieses Gesetz soll jetzt, so lassen sie verlauten, wieder Ruhe und Ordnung an den Hochschulen herstellen. Dafür haben sie es gemeinsam ausgerüstet mit einem "Gewaltschutzparagraphen". Mit diesem Paragraph wird jedem die Beseitigung von der Hochschule angedroht, der den "bestimmungsgemäßen Betrieb einer Hochschuleinrichtung" stört oder Hochschulmitglieder an "der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten" hindert. Gleichzeitig werden mit dem Gesetz die Rechte der Verfaßten Studentenschaften weiter beschnitten und der Druck auf die Masse der Studenten durch schärfere Studien- und Prüfungsbestimmungen wird größer.

Was ist der Grund für die Eilfertigkeit, mit der die bürgerlichen Politiker dieses reaktionäre Gesetzeswerk zusammenschustern und auf die Parlamentsbühnen schleifen?

Streiks und Boykottaktionen an vielen Hochschulen, Demonstrationen Zehntausender von Studenten in Landeshauptstädten oder an ihren Hochschulen in diesen Wochen: Damit haben die Studenten Protest erhoben gegen das Diktat unerträglicher Studienbedingungen und kämpfen gegen ihre wachsende politische Abhängigkeit und Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat.

Die Studentenmassen erkennen: Diese Ausbildung, der sie an den Hochschulen unterworfen sind, wird bestimmt vom bürgerlichen Staat und geht auf ihre Kosten. Dies beginnt mit den Beschränkungen des Hochschulzugangs, nimmt seinen Fortgang mit dem System der Siebungen, mit Willkürakten von Hochschulbeamten, mit politischer Bespitzelung und polizeimassiger Säuberung und schließt Stipendienkürzungen ein, die das Studium unmöglich machen. Mit der Duldung all dieser Schikanierung, politischen Unterdrückung und Unsicherheit der materiellen Existenz sollen die Studenten bezahlen für die Unfähigkeit des bürgerlichen Staates, ihre Ausbildung zu organisieren. Dies ruft Widerstand hervor. Der Widerstand hat sich in den Aktionstagen, zu denen die Vereinigte Deutsche Studentenschaft (VDS) aufgerufen hat, in den Hochschulen breite Bahn gebrochen.

Den bürgerlichen Politikern ist dies in die Knochen gefahren. Sie wissen: Wenn die Studentenmassen sich entschließen zur selbständigen Aktion gegen die staatlich diktierten Ausbildungsbedingungen, dann schwächt dies notwendig die Autorität des bürgerlichen Staates, schadet ihrem politischen Einfluß unter den Studenten und erschüttert das Gefüge der bürgerlichen Ideologie in der ganzen Gesellschaft. Der Bremer Hochschulsenator Franke hat diese Erfahrung in der vergangenen Woche persönlich machen müssen: sein Versuch, über 1 000 Bremer Studenten von den Forderungen ihres Streiks abzubringen und sie der Sozialdemokratie bei der Stange zu halten, scheiterte kläglich. Die "Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Machtübernahme der Kommunisten", vom Senator als Sündenfall der Menschheitsgeschichte und Schreckensherrschaft ausgemalt, wurde von den Studenten mit Beifall begrüßt und der Erwiderung, solche Leute wie er hätten einen Schrecken von dieser Herrschaft zu fürchten.

Solche Erschütterung ihres politischen Einflusses in der Studentenschaft ist den bürgerlichen Politikern unerträglich. Sie haben alles unternommen, um diesen Zusammenschluß der Studenten gegenüber der staatlichen Politik zu unterbinden und zu unterdrücken: an verschiedenen Hochschulen ließen sie Gerichte den Boykott der Lehrveranstaltungen für gesetzeswidrig erklären und dem AStA den Aufruf zu verbieten. An der Marburger Hochschule z. B. sperrte der Rektor die streikenden Studenten aus und an der Freiburger Hochschule ließ der Rektor die Lehrveranstaltungen ausfallen, nachdem auch die Drohung mit der Polizei die Studenten nicht in die Hörsäle gebracht hatte. Selbst dort, wo die Reaktion in ihrem Vorgehen unterstützt wurde durch spaltende und gegen den selbständigen Zusammenschluß der Studenten gerichtete Politik der Sozialdemokraten in der Studentenschaft, haben diese Unterdrückungsmaßnahmen Beschlüsse zu Protestaktionen nur in wenigen Fällen verhindern können. Selbst dort, wo die Reaktionäre dabei die volle Unterstützung der Jusos hatten, wie z. B. an der Heidelberger Universität, waren es trotzdem 1 600 Studenten, die für sofortigen Streik bis zum Fall der reaktionären Anmaßungen des Rektorats gegenüber der Studentenschaft angetreten sind.

Das Hochschulrahmengesetz, dessen Verabschiedung jetzt von den bürgerlichen Parteien gemeinsam betrieben wird, ist politische Reaktion auf den Kampf der Studenten. Sein Ziel ist die Stärkung der Staatsgewalt, der Kultusbehörden, der Rektoratsbeamten und der Professoren, gegenüber dem Widerstand der Studenten. Die Hochschulen sollen sich in ein Treibhaus verwandeln, in dem das politisch Reaktionäre blühen kann, während alles politisch Fortschrittliche wie Unkraut beseitigt wird.

Gegenüber dieser Reaktion der Staatsmacht sind für die Studentenmassen die Erfahrungen der Streiks und Protestaktionen während der Aktionstage: Sie sind der Reaktion des bürgerlichen Staates nicht ausgeliefert, sondern können sich einigen zur selbständigen politischen Aktion gegenüber dieser Staatsmacht.

Wenn die Staatsmacht jetzt neuerlich mit Gesetzesvorhaben auftritt, so beweist das bloß, daß sie die entstandene Bewegung der Studenten mit den alten Gesetzen sich nicht zutrauen im Zaum zu halten.

Das Gerede von der "politischen Tendenzwende an den Hochschulen" entpuppt sich als die blöde Ideologie von Reaktionären, die immer noch hoffen, sie könnten verbergen, daß sie vollständig abgewirtschaftet haben. – (hj)



3 000 bis 4 000 Studenten demonstrierten am 3.12. vor dem Landtag in Stuttgart. Der SPD-Bildungsexperte im Landtag erinnerte sich: "1968 sind wir hinter Stacheldraht gesessen . . . Es war heute ein bißchen Stimmung wie '68." – Demonstrationen und Vollversammlungen fanden während der Aktionstage an fast allen westdeutschen Hochschulen statt: unter anderem in Bochum mit 1 500, Bremen mit 1 400, Kiel 2 000, Köln 1 000, Koblenz 800, Mainz 1 000, Mönchengladbach eine Kantinenbesetzung mit 400, München 2 500, Wuppertal 500, Westberlin 11 000 Studenten. In Niedersachsen, wo die Aktionstage in dieser Woche stattfinden, entschieden sich trotz Verbots des Rektors 67,5 % an der Technischen Universität Braunschweig für Streik, 92,8 % an der Pädagogischen Hochschule und 96 % an der Fachhochschule. An den niedersächsischen Fachhochschulen streiken insgesamt 86,4 % der Studenten.

Universität Bremen

„Kommst Du mit 500 DM aus, Senator?"

Bremen, Mittwoch, zweiter Streiktag. Der Abend wird zu einem Höhepunkt des Streiks. Angekündigt ist der Hochschulsenator Franke. Er soll den Studenten Rede und Antwort stehen.

In Amt und Würden ist er erst wenige Wochen. Viel vorgenommen hat er sich. Den Studenten will er zeigen, wer "Herr an den Hochschulen" ist (so ein Abgeordneter der Bürgerschaft im Sommer bei der Verabschiedung des Fachhochschulgesetzes). Sie fühlen sich nicht als Herren, deshalb soll Franke "Ordnung" schaffen. Dafür ist der Bourgeoisie nichts zu teuer. Weil an den Hochschulen wichtige Aufgaben anstehen, die die "Kraft eines ganzen Mannes" (Bürgermeister Koschnick nach der Wahl) erfordern, wurde der Bildungssenat geteilt. Bremen leistet sich den "Luxus" eines Hochschulsenators. Auf Kosten der Steuerzahler. Eine runde Million kostete die Einrichtung der neuen Behörde. Dies Geld soll sich verwerten. Franke soll's machen. Der Zweck der Hochschule muß gesichert werden, treue Staatsdiener werden gebraucht, Bürokratenseelen gegenüber den Massen. Nachwuchs wird gebraucht zur Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung. Dies ist Frankes Geschäft. Dies will er gegenüber den Studenten verteidigen.

Die Studenten versammeln sich. Die Kommilitonen von der Hochschule für Sozialökonomie und Sozialpädagogik und der Hochschule für Technik kommen in geschlossenen Blöcken mit ihren Forderungen: Für kostendeckende Ausbildungsförderung – 600 Mark sofort – 1 200 Mark Elternfreibetrag.

Sofortige Einrichtung einer Mensa im AB-Trakt als Übergangsregelung. Selbstverwaltung des Sozialwerkes durch die Organe der Studentenschaft.

Einspruchsrecht der Studentenvertreter gegen Änderungen der Studien- und Prüfungsbedingungen, fordern die Kommilitonen der Hochschule für Sozialökonomie und Sozialpädagogik.

Und überall: Für den Erhalt der Organe der Verfaßten Studentenschaft mit politischem und imperativem Mandat! Freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf – Weg mit dem Berufsverbot!

Die Fachhochschulblöcke werden von den anwesenden Studenten mit großem Jubel begrüßt. Dies u.a. sind unsere gemeinsamen Forderungen, dafür streiken wir. Dazu soll Franke sich verhalten. Klare Antworten, kein Rumgerede um den Brei – dies ist die einhellige Meinung.

Franke ist da. Er wird begrüßt von den Vertretern der Konferenz Bremer Allgemeiner Studentenausschüsse. In diese Begrüßung mischen sich Pfiffe und Buh-Rufe. Schnell geht's zur Sache. Franke werden die ersten Fragen gestellt, sie betreffen vor allem die BAFöG-Forderung und die steigenden Kosten im Sozialbereich. Mensapreise sind gestiegen, die Sozialwerksbeiträge werden erhöht, die Wohnheimmieten steigen. Ein Zwischenruf: "Kommst du mit 500 Mark aus?" Der Senator windet sich: Er könne beim BAFöG keine Kürzung sehen, "wenn jetzt 80 Mark weniger ausgezahlt würden, dann hätten die Eltern bestimmt 160 Mark netto mehr in der Tasche als vor zwei Jahren". Preisanstieg, Inflation, Lohnkürzung durch die Kapitalisten sind dem Herrn Senator unbekannt. Groß war die Empörung über solche Antwort. Das macht ihn unsicher, macht in unvorsichtig: "Der Student Franke hat sich ohne Unterstützung als Werkstudent durchschlagen müssen. Was ihr habt, hätte ich als Student mal haben mögen." "Und was ist aus dir geworden" wird ihm entgegengehalten. Und daß hier keine Wahlveranstaltung sei, er sich zu den gerechten Forderungen verhalten solle. Er merkt: So geht es nicht, wird vorsichtiger bei der Beantwortung der nächsten Fragen, verlegt sich aufs Spalten; dies beherrscht er besser. Was die Erhöhung der Mensapreise und der Sozialwerksbeiträge angehe, da müsse man schon sehen, daß Bremen hier von allen Ländern am billigsten ist, dies solle man sich mal merken. Er habe die Vergleichstabellen da, die könne man sich ansehen. Dies wird den Studenten doch zu bunt. "Was kostet denn ein Fischbrötchen in Kiel", will einer wissen. "Und warum, meinst du, streiken denn die anderen Studenten alle?" "Wir haben hier zuwenig Geld , darum streiken wir!" Auch der zweite Versuch, das kleinere Übel zu propagieren und die Front zu spalten, scheitert kläglich. Anhänger kann er so nicht gewinnen, der Senator.

In der Debatte erfolgt nun der Angriff. Ein Genosse der Hochschule für Technik legt dar, was er vom Senator hält: "Ob Senator oder Rektor, immer das Gleiche. Wir brauchen eine neue Mensa – der Rektor sagt, der Senat genehmigt das nicht; der Senat sagt, die Entscheidung liegt beim Rektor. Hier und heute sollst du dich klipp und klar zu dieser Frage äußern. Die Forderung steht." Das ist die richtige Sprache, riesiger Beifall. Franke taktiert. Er unterstütze die Forderung der Studenten, nur wegen der Hochschulautonomie könne er nicht per Dienstanweisung dem Rektor Order geben. Er muß nachgeben, muß abwiegeln, verschiebt die Lösung auf die Institutionen. Ebenso bei den Sportstudenten. Zur Lösung ihrer vorgetragenen Probleme verspricht er den baldigen Besuch im Akademischen Senat, wo er die vorhandenen Mißstände beraten will. Eine klare Antwort ist dies nicht, ausweichen möchte er in das Gremiendickicht der Universität. Dies wird leicht durchschaut. Einen guten Eindruck macht der Senator nicht. "Schlecht gebrüllt, Löwe!"

Politisches Mandat der Studenten: richtig gebraucht unbedenklich!

Mehr und mehr kommt der Senator ins Lavieren. Zum politischen Mandat befragt, muß er Farbe bekennen, ein allgemein-politisches Mandat dürfe er nicht unterschreiben, doch er werde sich um eine Auslegung "so extensiv wie möglich" des hochschulpolitischen Mandats einsetzen. Nun, recht hat er, denn niemand im Senat würde sich dagegen wenden, wenn z. B. die Vollversammlung der Universitätsstudenten erklären würde, die soziale Indikation, wie sie von der SPD vorgeschlagen werde, sei genau das Richtige. Solche Aussagen entsprechen auch den Aufgaben und Zielen der Hochschulen, Wahrnehmung der Interessen der herrschenden Klasse in allen Fragen. Deswegen wird sicher kein Hochschulangehöriger diszipliniert werden. Nun erklärt aber die Studentenschaft in ihrer Mehrheit solches nicht; grad deshalb wird ihr Recht auf freie politische Betätigung angegriffen. Dies "vergaß" der Senator!

Die Diskussion wurde schärfer geführt. Berufsverbote stand jetzt zur Debatte. "Scheiß Berufsverbote", meinte der Senator. Sicher, ihm wär's lieber, alles wär' ruhig, es würde keine Gegner der herrschenden Gesellschaftsordnung geben, die so gefährlich werden, daß man sie aus ihren Ämtern entfernen muß. Doch es gibt diese Gegner, und sie äußerten sich auch auf dieser Veranstaltung. Professor Scheer, der noch im Dezember rausfliegen soll wegen Kleben eines KPD-Plakates und wegen Verhinderung einer Veranstaltung des RCDS. Personalratsmitglied Dieter Mützelburg, beim KVZ-Verkauf bespitzelt und vom Senat zur Äußerung aufgefordert, hatte mit einer öffentlichen Erklärung geantwortet.

Muß der Senator arbeiten?

Auf diese Erklärung wollte sich der Senator einschießen. Wer wie Mützelburg erkläre, daß "dieser westdeutsche Staat nicht etwa verändert, nicht etwa in seiner sozialen Gerechtigkeit entscheidend verändert, nein, daß dieser westdeutsche Staat zerschlagen werden muß . . ." – hier wurde er von großem Beifall unterbrochen, der offene Brief des Kollegen Mützelburg hat große Unterstützung gefunden, eine breite Bewegung führt den Kampf gegen die drohenden Entlassungen. Der Senator kann fortfahren: ". . . was heißt, daß damit auch das Recht auf Opposition und andere unverzichtbare Freiheitsrechte zerschlagen werden . . ." – hier ist es genug, es gibt große Empörung über soviel Verlogenheit. Spontan kommt die Forderung auf: Franke raus! Sprechchöre. Doch mit der Unterstützung der Vertreter der Konferenz Bremer Allgemeiner Studentenausschüsse kann er schließlich weiterreden. "Bei einer Machtergreifung des KBW . . . würden euch Heulen und Zähneklappern kommen" ruft er. "Dann müßtest **du** arbeiten gehen!" schallt es zurück. Der Senator will jetzt rangehen: "Wir müssen das Grundgesetz sehr offensiv und aggressiv auslegen, aber wer sich zum Zerschlagen des Grundgesetzes bekennt, ja, klatscht ruhig noch mal, damit ich euch alle sehen kann . . ." Auch diese Drohung wirkt sich nicht aus, der Beifall wird nicht dünner, eine große Zahl von Studenten bekennt sich zu dieser Position, nimmt die Herausforderung an. Franke winkt ab, sein Versuch, die Kommunisten zu isolieren, ist gescheitert.

Die Veranstaltung nähert sich dem Ende. Noch einmal wird dem Senator die Forderung der Studenten der Hochschule für Technik vorgetragen. Er soll seine mündlich vorgetragene Unterstützung durch seine Unterschrift bestätigen. Er verweigert dies. Eine Resolution, die von der Konferenz Bremer Allgemeiner Studentenausschüsse eingebracht wurde, die im wesentlichen noch einmal die Forderungen des Streiks zusammenfaßt, den Besuch des Senators und sein Auftreten nicht erwähnt, wird mit Mehrheit abgestimmt. Eine Resolution, die der Kommunistische Studentenbund einbrachte, wird geschickt von der Konferenz Bremer Allgemeiner Studentenausschüsse alternativ dazu abgestimmt. Dies war ein taktischer Fehler von uns, der Boden für eine Verurteilung Frankes war vorhanden.

Was hat die Veranstaltung gebracht?

Franke konnte nicht auftreten als der harte Deichgraf, er mußte vor den Forderungen wegtauchen, mußte Zugeständnisse machen, auch wenn sich herausstellen wird, daß aus diesen Zugeständnissen positiv nichts folgen wird, er mußte gegenüber der Bewegung Tribut zahlen.

Gegen die Spitze der Bewegung versuchte er den Schlag zu führen, jedoch auch die Isolierung der Kommunisten ist ihm nicht gelungen. Dies trug ihm die Kritik der zentralen Kapitalistenzeitung, der "Frankfurter Allgemeinen", ein.

Die Forderungen der Studenten stehen. Franke konnte keine neuen Anhänger gewinnen, seine studentischen Hilfstrupps, die Jusos, die offen gegen diesen Streik aufgetreten sind, trauten sich auf dieser Veranstaltung nicht aus ihren Löchern.

Die Revisionisten sind dem Senator entgegengetreten nur mit der Klage: "Vor der Wahl versprochen, nach der Wahl gebrochen." Ihr Vertreter beschuldigte ihn, sich nicht gegenüber der Politik der rechten SPD-Führung durchsetzen zu können. Die Mehrheit der anwesenden Studenten hat in dieser Veranstaltung sicher erfahren, daß dieser Senator kein "linker" Senator ist! – (r., Kommunistischer Studentenbund Bremen)

Soldaten erfolgreich gegen Streichung des Schwimmunterrichts

Hildesheim. Überall im Volk wächst der Widerstand gegen die Sparmaßnahmen der Regierung und des Staates. Im öffentlichen Dienst will die Regierung 1,14 Milliarden DM einsparen, davon entfallen 294 Millionen DM auf Zeit- und Berufssoldaten und 140 Millionen DM auf Wehrpflichtige. Diese sind besonders hart betroffen, denn ihr Sold liegt bei 165 oder 210 DM monatlich. Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die geplante Erhöhung von Tabak- und Branntweinsteuer werden den Wehrpflichtigen zusätzlich Gelder aus den Taschen gezogen. Außerdem treffen sie die Erhöhungen der Tarife bei Bahn und Post, wie auch die geplante Erhöhung der Bustarife in Hildesheim. Hinzu kommt: "Wehrdienst leistende Söhne wurden bislang bei der Bemessung des Ortszuschlages berücksichtigt; damit wurden die Aufwendungen abgegolten, die auch während des Wehrdienstes weiterlaufen (z.B. für den Wohnraum bei den Eltern, Zivilkleidung usw.). Mit der beabsichtigten Streichung dieser Vorschrift trifft der Gesetzgeber – einer minimalen Einsparung wegen – eine sozial unvertretbare Regelung." (Zitat aus: "Die Bundeswehr")

Den Abbau bereits erkämpfter und gesetzlich geregelter Rechte hat die Regierung durch das Haushaltssicherungsgesetz abgesichert.

Bundeskanzler Schmidt reichen jedoch diese Maßnahmen noch nicht. Weshalb er die Offiziere auf der 20. Kommandeurstagung der Bundeswehr zu weiteren Sparmaßnahmen auf dem Versorgungs- und Erlaßwege aufforderte. In diesem Sinne handelte Oberst Meyer vom Felde, Standortkommandant der Hildesheimer Kasernen. Er befahl die Streichung des Schwimmunterrichts für die Soldaten. Gegen diesen Befehl richtete sich der Widerstand der Soldaten.

Die Soldaten der 6. Kompanie des Sanitätsbataillons 1 forderten weiterhin die Aufrechterhaltung des Schwimmunterrichts und die Bezahlung durch die Standortverwaltung. Während bei den Soldaten und den unteren Dienstgraden an allen Ecken und Enden gespart wird – manchmal werden sie sogar zur Kasse gebeten, um das Kompaniegebäude zu renovieren (Ledebur- und Gallwitzkaserne) – werden die Gelder für die hohen Offiziere mit vollen Händen ausgegeben. Der Kurierfahrer wird für sie zum kostenlosen Taxifahrer, der sie von einem Fest zum anderen oder von einem Saufgelage nach Haus fährt. Hinzu kommen noch die Dienstwagen und Chauffeure.. Auch wird man kaum auf die Idee kommen, im Offiziersheim am Galgenberg zu sparen, wo die Offiziere wie Meyer vom Felde von den Köchen und Dienern, die von unseren Steuern bezahlt werden, von vorn bis hinten bedient werden.

Viele Soldaten sahen die Verschwendung auf der einen Seite und erklärten: Bei uns darf nicht gespart werden !

Nachdem sich einige Soldaten zusammengesetzt hatten, versuchten sie, die Einheit der Kameraden auf der Forderung: Keine Streichung des Schwimmunterrichts! Bezahlung durch die Standortverwaltung! herzustellen, denn die Empörung gegen den Befehl war groß. Fast 50 Soldaten der 6. Kompanie aus dem Sanitätsbataillon 1 stellten sich auf diese Grundlage. Die Vertrauensmänner wurden beauftragt, zum KP-Chef zu gehen. Dieser erklärte zuerst Unterstützung. Das wurde auf der wöchentlich stattfindenden Truppeninformation berichtet. Doch dann zog der Kompanie-Chef seine anfängliche Unterstützung zurück. Was aber nichts nützte, denn die Soldaten beharrten auf ihrem Standpunkt und forderten ihre Vertrauensleute weiterhin auf, ihre Forderungen gegenüber dem Bataillonskommandeur zu vertreten. Die Vertrauensleute hielten sich an ihren Auftrag und brachten die Forderung auf der letzten Zusammenkunft mit dem Bataillonskommandeur wiederum vor. Das Ergebnis dieser Zusammenkunft brachte für die Soldaten einen Erfolg. Den Vertrauensleuten wurde zugesichert, daß der Schwimmunterricht weitergeführt wird und daß die Soldaten nichts bezahlen brauchen. Dieser Erfolg konnte errungen werden, weil die Einheit der Soldaten auf den beiden Forderungen hergestellt werden konnte und weil die Vertrauensleute vertrauensvoll mit den Soldaten zusammenarbeiteten. – (g./t., Hildesheim)





Leben im Felde. Links: Die Herren Offiziere auf dem "Bataillonsgefechtsstand", der sich im Bauernhof befindet. – Rechts: Zwei Soldaten, die einen "Gefechtsstand" bewachen müssen.

Mannschaften und Offiziere - Zwei Welten!

I. Die Mannschaften:

Zur Zeit befinden sich zwei Kompanien des "Technischen Bataillons Sonderwaffen 160" in Übung.

Wir hatten den Auftrag zu Beginn des Manövers, als Sicherungstrupp mit elf Kameraden für dreieinhalb Tage den Bataillonsgefechtsstand zu sichern. Drei von uns bekamen eineinhalb Stunden vor dem Abmarsch ins Gelände erst Bescheid über ihren Einsatz. Sie hatten kaum Zeit, zu Hause anzurufen, daß sie am Wochenende nicht kommen konnten.

Das Sichern des Gefechtsstandes bedeutete für uns rund zwei Stunden Wache, vier Stunden frei, rund um die Uhr.

Wer so etwas schon einmal mitgemacht hat, weiß, wie das schlaucht.

Auf Strohballen übernachteten wir in einem alten Schuppen. Das reichte gerade aus für acht Schlafplätze, dicht an dicht. Die alte Wache mußte deshalb immer die Schlafplätze der Ablösung benutzen. Bei Temperaturen unter 0 Grad waren wir auf die "Wärme" einer Petroleumlampe angewiesen.

Vor allem in den Morgenstunden war es eiskalt. Auch die Verpflegung war miserabel. Am ersten Tag gab es nur am Abend etwas zu essen.

Am zweiten Tag z.B. wurde morgens Frühstück und Abendbrot zusammen ausgegeben. Sie bestanden aus zwei Brötchen, einer Packung Hartkeks, Marmelade, Margarine und einer 200-Gramm-Dose Leberwurst.

II. Die Herren Offiziere:

Sie hatten es dagegen bedeutend besser. In der sogenannten Operationszentrale, einem mannshohen Zelt, das von Ölöfen beheizt wurde, ließen sie sich's wohlergehen. Ein eigens für die Bewirtung der Offiziere abgestellter Wehrpflichtiger des Stabes servierte die Mahlzeiten. Außerdem mußte der Kamerad in der mitgeführten Kaffeemaschine den Kaffee kochen und auf einem Elektroherd Würstchen und Eier.

Für die Unterhaltung am Abend stand selbstverständlich ein Fernsehapparat bereit. Zur sanften Ruhe standen den Offizieren und Feldwebeldienstgraden zwei extra Zelte, natürlich beheizt, zur Verfügung.

Noch strapaziöser als für die Offiziere war das Manöver für die Herren Teichmann (Sicherheitsoffizier des Bataillons) und Bleil (Oberstleutnant und Kommandeur), die als Schiedsrichter fungierten.

Wie der Kamerad mir berichtete, haben sich die beiden in einem Wochenendhaus eingenistet, selbstverständlich mit Zentralheizung. Der Kamerad mußte dort einige Kisten mit persönlichen Gegenständen für den Kommandeur abliefern.

Wirklich, zwei Welten!

Die Offiziere machen Camping im Grünen, lassen sich obendrein noch bedienen.

Die Mannschaften dürfen frieren und Kohldampf schieben.

Angesichts solcher Erfahrungen kann man sich gut ausmalen, für was uns die Offiziere halten: für Kanonenfutter. – (Ein Soldat des Technischen Bataillons Sonderwaffen 160)

einer Petroleumlampe angewiesen. sehapparat bereit. Zur sanften waffen 160)

Koblenz: Soldaten stellen sich

Koblenz: Soldaten stellen sich gegen die Absetzung ihres Vertrauensmannes

Koblenz. Gegen die Absetzung des Gefreiten N. Ruh als Vertrauensmann haben sich zwei Drittel der Mannschaften seiner Einheit in einer Unterschriftensammlung ausgesprochen. Ruh war abgesetzt worden nach dem neuen Vertrauensmännerwahlgesetz. Danach kann jeder Vertrauensmann für abgesetzt erklärt werden, der disziplinarisch bestraft wird. Ruh hatte wegen der Teilnahme in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 eine Disziplinarstrafe erhalten. Zwei weitere Koblenzer Soldaten, die Gefreiten Kilian und Fischer, die wegen derselben Sache bereits disziplinarisch bestraft worden sind, wurden jetzt erneut den Feldjägern gegenübergestellt, die am Tag der Demonstration vor Abfahrt des Sonderzuges in Koblenz auf dem Bahnhof die mitfahrenden Soldaten festzunehmen versuchten. Die Feldjäger mußten die beiden Soldaten "identifizieren". Der Zweck dieser "Übung", nachdem die beiden Soldaten bereits bestraft worden sind, ist, "Beweise" für ein Verfahren wegen "Meuterei" zu sichern. Ein solches Verfahren war den Soldaten bereits mehrfach angedroht worden. Gegen die Verfolgung der Soldaten wegen der Teilnahme in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 hat sich inzwischen der 2. Bevollmächtigte der IG Metall Heidelberg Fischer, der der Vater des einen Soldaten ist, gewandt. In einem Brief an den Staatssekretär Fingerhut im Verteidigungsministerium protestierte er gegen die Bestrafung mit dem Hinweis, daß an dem SPD-Parteitag auch ein Offizier in Uniform teilgenommen habe. – (nach einem Bericht aus Koblenz)

Solidaritätsresolutionen mit den Soldaten sind weiterhin eingegangen, so eine Unterschriftenliste der Schulung der DGB-Jugend

Bühl/Rastatt, eine Resolution der Vollversammlung der Werkstatt 68

Bühl/Rastatt, eine Resolution der Vollversammlung der Werkstatt 68 – Jugendzentrum in Selbstverwaltung **Karlsruhe** sowie der Fachgruppenversammlung des Fachbereiches Sozialwesen der Fachhochschule Niederrhein, Abteilung **Mönchengladbach**, und der Initiative gegen den § 218 in **Uelzen**.

Weitere Bestrafungen wegen Teilnahme in Uniform an der Demonstration gegen den § 218

Lüneburg. Nachdem inzwischen in Koblenz acht Soldaten disziplinarisch bestraft wurden, weil sie in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn teilgenommen hatten, werden Disziplinierungsmaßnahmen auch aus anderen Standorten berichtet. Die "Initiative Weg mit dem § 218" in Lüneburg hat sich mit Aktionen in der Innenstadt und an der Pädagogischen Hochschule gegen den Versuch von Oberstleutnant v. Wedel gewandt, den Gefreiten Christoph Fietze aus der 3./82 wegen der Teilnahme an der Demonstration disziplinarisch zu belangen. Die Vertreterversammlung der Pädagogischen Hochschule Lüneburg hat sich gegen eine eventuelle Disziplinarstrafe gewandt und generell das Recht für Soldaten gefordert, an politischen Veranstaltungen in Uniform teilzunehmen.

Wiesbaden. Ebenfalls wegen der Beteiligung an der Demonstration gegen den § 218 wurde dem Pionier Köhler eine Disziplinarstrafe angedroht. Zugleich wurde er von seinem Posten als Vertrauensmann abgesetzt wegen einer Disziplinarstrafe von sieben Tagen Bau, die gegen ihn im Oktober verhängt wurde. Der Grund war die Teilnahme des Pioniers an der 1. Mai-Demonstration.

Aufschwung der französischen Soldatenbewegung

Paris. Wegen Wehrkraftzersetzung sind inzwischen 22 Personen angeklagt, 16 Soldaten und 6 Personen, die nicht der Armee angehören, darunter Vertreter der Gewerkschaft CFDT. Diese Gewerkschaft unterstützt die Soldatenkomitees und besonders die Initiative einiger Soldaten in Besancon, die zur Gründung einer "Soldatengewerkschaft" aufgerufen hatten. Die Angeklagten sollen vor dem "Gerichtshof für Staatsschutz" abgeurteilt werden. Dieses Gericht wurde Anfang der 60er Jahre eingeführt, um die Offiziere, die damals in Algier gegen die Regierung de Gaulles putschten, abzuurteilen.

Im Zusammenhang mit der Verfolgung der Soldaten in Besancon fanden Durchsuchungen von Wohnungen in fünf bis zehn Städten statt. Gegen die Verfolgung der Soldaten hat die CFDT am Freitag, dem 5.12., in Paris eine Demonstration organisiert, an der 20 000 bis 30 000 Menschen teilnahmen. Zu dieser Demonstration hatten auch die Soldatenkomitees CDA und CAM aufgerufen.

Einen Tag später fand eine weitere Demonstration in Paris statt. Der ursprüngliche Zweck dieser Demonstration war, gegen die geplante Verwaltungsneuordnung von Paris zu protestieren. Organisiert wurde diese Demonstration, an der mehrere 10 000 Menschen teilnahmen, von den Reformisten, der Sozialistischen Partei (PS), und den Revisionisten, der KPF. Aber diese Demonstration stand ebenfalls bald im Zeichen des Protests gegen die Verfolgung der Soldaten.

Um die Verhältnisse in der französischen Armee wird derzeit in Frankreich eine breite Auseinandersetzung geführt. Der Regierung und dem Generalstab geht es dabei um die Zerschlagung der Soldatenbewegung, um die Wiederherstellung der Ruhe. Der PS und der KPF – dem Linksbündnis – geht es darum, sich an die Spitze der Soldatenbewegung zu stellen, um sie in ihre Bahnen zu lenken. Besonders offensiv wurde die PS, die neuerdings den Komitees mit einer Zeitung – "Neue Armee" – Konkurrenz zu machen versucht. In einer Flugblattaktion, die breite Beachtung in den Kasernen fand, rief sie zur Gründung von Komitees auf. Zugleich distanzierte sich der Vorsitzende dieser sozialdemokratischen Partei, Mitterand, von den bereits bestehenden Soldatenkomitees, indem er für die Aufrechterhaltung der Disziplin und der Ordnung in der Armee eintrat. Der PS geht es um eine Verbesserung der bestehenden Armee. Damit hat sie Einfluß gewonnen bei den höheren Offiziersdienstgraden.

Die Soldaten haben dagegen seit langem den Kampf aufgenommen für eine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen in den Kasernen und für demokratische Rechte. Vertreter der Komitees, die an den einzelnen Standorten arbeiten, erklärten, daß ihr Kampf der Zersetzung der Armee diene, die ein Instrument der Reaktion sei zur Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes. Weil offenbar diese Auffassung von immer mehr Soldaten geteilt wird, die Bewegung unter den französischen Soldaten derzeit einen erneuten Aufschwung nimmt, steigt die Nervosität des Regierungslagers ebenso wie der bürgerlichen Opposition. Denn beide wollen die Armee als bürgerliche Armee funktionsfähig halten und die Offiziere für sich gewinnen. (Nach Le Monde vom 6.–8.12.)

Vertrauensmann mit Programm gewählt

Walldürn. Am 24.11.1975 wurde in der 4. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 362 der Grenadier Schwarz mit 50 von 61 abgegebenen Stimmen zum Vertrauensmann gewählt. Lange vor der Wahl wurden auf den Stuben folgende Forderungen besprochen:

1. Dienstausgleich für Sonderdienste am Wochenende (Atombereitschaft, Wache, Wachbereitschaft usw.)
2. Aushang aller Pläne mindestens 3 Wochen im voraus
3. Bessere Sportausbildung
4. Schriftliches Abmelden der Stuben und Reviere
5. Monatliche Verfügungsstunde für die Mannschaften
6. Öffnung des Leseraumes
7. Auswahl von Zeitschriften und Zeitungen durch die Mannschaften
8. Neue Vertrauensmannwahl sofort nach Ausscheiden des Vorgängers.

In einer Verfügungsstunde vor der Wahl diskutierte die Mannschaft noch einmal dieses Programm, das gleichzeitig Grundlage der Wahl war. Der 1. Stellvertreter, der im wesentlichen auch hinter diesen Forderungen stand, erhielt 41 Stimmen.

Interview mit einem Vertreter der PFLO (Teil 2)

„Die Massen mobilisieren und die Einheitsfront des Volkes aufbauen"

Nach der Rundreise mit dem Vertreter der PFLO Rashid Said fanden weitere Veranstaltungen zur Unterstützung des gerechten Kampfes des Volkes von Oman in verschiedenen Städten statt. Auf einem Treffen am 23. November in Köln hat der Genosse Rashid Said die westdeutschen Solidaritätskomitees und Ausländerorganisationen inzwischen aufgerufen, die Unterstützung verstärkt fortzusetzen und dafür Ende Januar 1976 erneut eine Woche lang Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des Volkes von Oman durchzuführen. Grundlage dafür soll nach wie vor der Aufruf der PFLO vom Oktober 1975 sein. Auf die Bedeutung und Aufgaben der Solidaritätsbewegung geht der Genosse von der PFLO im nachfolgenden zweiten Teil des Interviews ein, das wir in der KVZ Nr. 46 begonnen haben. Das Interview wurde von einem Mitglied des Palästina-Komitees Freiburg am 14. November durchgeführt.

Wie sieht die politische Propaganda des Sultans und der Imperialisten gegen die Revolution in Oman aus?

Der Geheimdienst in Oman ist noch neu. Er wurde vom britischen und vom jordanischen Geheimdienst aufgebaut. Der SAVAK (Geheimdienst und Terrortruppe des iranischen Schah-Regimes) spielt dabei eine begrenzte Rolle, obwohl er in Oman ebenfalls anwesend ist. Die Propaganda entspricht der des jordanischen Regimes gegen die palästinensische Revolution: "Das sind alles Kommunisten, deren Ziel es ist, die moralische Grundlage der Gesellschaft zu zerschlagen; sie führen ein zügelloses Leben und wollen Gottes Gesetze auf Erden abschaffen, vor allem die, die die Besitz- und Einkommensverhältnisse betreffen."

Diese antikommunistische Propaganda ist häufig anzutreffen in Gesellschaften, die hauptsächlich auf Stammesbeziehungen beruhen. Die religiösen Bindungen sind hier notwendigerweise sehr stark. Hinzukommt, daß das Bildungsniveau rückständig gehalten wird. Deshalb kann die Propaganda über die Fragen, die das Stammes- und das Klassendenken und die religiösen Bindungen betrifft, verfangen, solange die Revolution keine breite Überzeugungsarbeit dagegen leistet.

Was zeitweilig dazu beigetragen hat, daß diese Propaganda des Feudalregimes verfangen hat, ist der Weg, den die Revolution eine Zeitlang eingeschlagen hatte. Das ist eine Selbstkritik, die wir festhalten müssen. Wir sind jedoch der Meinung, daß der Grund, weshalb wir elf Jahre lang Widerstand leisten konnten und noch doppelt so lang Widerstand leisten werden, um die Revolution in diesem Raum voranzutreiben, auch daran liegt, daß wir in der Lage sind, unsere Fehler zu erkennen und zu korrigieren; daß wir in der Lage sind, die Etappe, in der wir uns befinden, richtig einzuschätzen und die Positionen und Programme, die ihr entsprechen, zu entwickeln.

Die Errungenschaften der Revolution, die ihr die Fähigkeit verliehen haben, der Konterrevolution Widerstand zu leisten, ist die breite Unterstützung, die sie in den Massen gefunden hat, und das Bewußtsein der Massen, welche große Bedeutung die Revolution für sie hat. Dieses Bewußtsein kommt von den Errungenschaften, die in den elf Jahren ihres Bestehens erreicht werden konnten in der medizinischen Versorgung, Erziehung, der Mechanisierung in der Landwirtschaft, bei der Abschaffung der Stammesstrukturen und dem Aufbau der Volksherrschaft. Sie hat die Grundlagen für ein revolutionäres Erziehungswesen gelegt, das die nationale Kultur des Volkes festigen soll, und ist ständig bemüht, unter den Massen zu sein. Diese Bedingungen machen es möglich, daß die Revolution weiter existiert. Nur so konnte sie die wiederholten Angriffe zurückschlagen. Auf militärischer Ebene sind alle Offensiven des Regimes erfolglos geblieben. Die befreiten Gebiete sind Zeugnis genug für den heldenhaften Kampf der Mitglieder der Volksbefreiungsarmee, der Volksmiliz und aller Bewohner gegen die barbarischen Angriffe der Feinde, vor allem, wenn wir die materiellen Möglichkeiten der Revolution vergleichen mit dem ständig steigenden Potential der Konterrevolution.

Die wichtigste Frage, die wir betonen müssen, wenn wir von der Widerstandsfähigkeit der Revolution sprechen, ist die, daß wir in der Lage waren, im Süden der Arabischen Halbinsel den bewaffneten Kampf in dieser Flut der Reaktion zu beginnen und zu entfalten. Wir sind fest entschlossen, diesen Versuch fortzusetzen und die Bedingungen dafür zu schaffen. Wir sind überzeugt, daß wir dabei nicht alleine stehen. Unser wissenschaftliches Herangehen an unsere revolutionäre Arbeit, die Richtigkeit unserer Programme und unserer Taktik, unsere Fähigkeit, an allen Fronten, an denen wir kämpfen, gleichzeitig zu operieren, sei es auf arabischer, auf omanischer oder auf internationaler Ebene, helfen uns. Wir haben beim Aufbau der nationalen Einheitsfront des Volkes große Erfolge erzielt, weil wir ein Programm entwickelt haben, das es uns ermöglicht, die Imperialisten und ihre Pläne zurückzuschlagen. Wir wollen hier folgendes festhalten: Falls wir feststellen sollten, daß wir uns in einer Phase befinden, die von uns eine neue programmatische Festlegung erfordert, so werden wir das ohne Zögern tun. Unsere Hauptaufgabe ist es, die Massen zu mobilisieren und die Einheitsfront des Volkes aufzubauen.

Wir sind sicher, daß die, die diese Fähigkeiten, diese Waffen und diese breite Basis an Freunden und Sympathisanten im Ausland besitzen, mit Sicherheit ihr Ziel erreichen.

Es ist eine Rundreise zur Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes des omanischen Volkes organisiert worden. Was ist deiner Meinung nach das wichtigste Ziel dieser Rundreise, und was sind die Aufgaben, die sich für die Solidaritätsbewegung stellen?

Prinzipiell ist es so, daß die revolutionären und demokratischen Kräfte auf der ganzen Welt ein strategischer Verbündeter der Revolution in Oman sind. In der BRD speziell ist eine Solidaritätsbewegung im Entstehen, die ständig größer wird. Ihre Stimme ist deutlich zu hören im Rahmen der Aktivitäten zur Unterstützung der Revolution im Ausland. Die Solidaritätsbewegung in der BRD erhält ihre besondere Bedeutung dadurch, daß sie in einem Land ist, das versucht, sich einen Teil des Kuchens in unserem Gebiet zu sichern, und mit den anderen imperialistischen Monopolen im Golfgebiet um Einflußsphären kämpft. Die BRD-Regierung ist ebenfalls einer der wichtigsten Verbündeten des aggressiven iranischen Regimes. Wir können sogar feststellen, daß die westdeutschen Monopole Erfolge in der Konkurrenz mit anderen imperialistischen Monopolen erzielen. Der Kampf in unserem Gebiet wird ständig eskaliert. Die Imperialisten sind darauf angewiesen, in Oman sich wegen seiner strategischen Bedeutung festzusetzen, denn wir haben es hier mit dem ölreichsten Gebiet der Erde zu tun. Hier befindet sich also der Rohstoff, der das Rückgrat der Industrie in den kapitalistischen Ländern bildet (80 Prozent des Bedarfs der BRD, 90 Prozent Japans und 30 Prozent der USA kommen aus dem Golfgebiet).

Wir sind aber auch der Meinung, daß in der BRD aktive revolutionäre Kräfte wachsen, die mit Recht der Meinung sind, daß der Kampf der Völker überall in der Welt die Kräfte der Revolution international stärkt. Wir gehen davon aus, daß die Bedingungen für eine breite Solidaritätsbewegung in der BRD auf der Ebene der Volksmassen und der Organisationen, sei es Gewerkschaften, sei es religiöse Vereinigungen, ausgezeichnet sind.

Hinzu kommt noch, daß es eine breite Basis arabischer Arbeiter und Studenten in der BRD gibt, die ebenfalls einen guten Beitrag für die Solidaritätsbewegung leisten können, wenn wir sie dafür mobilisieren. Es ist tatsächlich so, daß wir in Oman uns auf die Erfolge, die die Solidaritätskomitees in der BRD erzielen, verlassen. Von daher meinen wir, daß diese Rundreise von großer Bedeutung ist, weil sie zu einem Zeitpunkt organisiert wurde, zu dem die konterrevolutionären und imperialistischen Kräfte in unserem Gebiet neue Angriffe gegen die Revolution gestartet haben. Wir sind weiterhin der Meinung, daß es uns gelingen wird, die Grundlage für eine kontinuierliche, weitverzweigte und breite Solidaritätsarbeit in der BRD zu legen.

In dieser Hinsicht sind wir sehr optimistisch. Die weitere Frage, die für uns dabei wichtig ist, ist die, daß wir in Oman nie das Gefühl haben dürfen, daß wir alleine kämpfen. Wir müssen davon ausgehen können, daß die Kämpfer, die in den Bergen von Oman fallen, in der Gewißheit sterben, daß die Revolution Freunde in einer der Hochburgen des Imperialismus, was die BRD ist, hat. Wir sagen dies, weil wir meinen, daß wir unsererseits uns mit dem Kampf der deutschen Volksmassen für Freiheit, Demokratie und für eine neue Gesellschaft solidarisieren.



In ihren "befreiten Gebieten" haben die Revolutionäre der Volksfront für die Befreiung Omans die alte Ordnung der Stammesgesellschaft beseitigt, um die Bevölkerung nach Prinzipien zu organisieren, die sie selber will: nach demokratischen Prinzipien. Die Frauen, unterdrückt in der Vergangenheit und von der Tradition her, nehmen Schritt für Schritt das Problem ihrer Befreiung selber in die Hand und haben den Zustand beseitigt, unter dem sie an ihren Mann verkauft wurden. Sie wählen jetzt frei und beteiligen sich an allen Tätigkeiten, die die alte Stammesgesellschaft nur den Männern zugestanden hat. Das zeigt sich auch darin, daß derzeit ein Viertel der Kämpfer der Befreiungsarmee Frauen sind.

Wir unterstützen hier den Aufbau der Schulen in den befreiten Gebieten. Wie sieht die Situation in den Schulen aus angesichts der verstärkten militärischen Angriffe der Imperialisten?

Die Schulen sind in der Strategie unserer Feinde eines der wichtigsten Angriffsziele. Die iranischen Flugzeuge fliegen ständig Angriffe gegen die Schulen der Revolution in einem vergeblichen Versuch, den Schülern Angst einzujagen. Es besteht ein fast ständiger Alarmzustand in den Schulen, was natürlich einen geregelten Unterrichtsablauf stark behindert. Die Imperialisten versuchen das Experiment, das die Revolution darstellt, zu zerschlagen. Die Schaffung der Vorbedingungen für ein Erziehungswesen, sowohl was die Lehrer als auch was das Lehrmaterial betrifft, wird durch diese Angriffe stark verzögert. Wir sind überzeugt, daß die politischen und militärischen Angriffe der Konterrevolution eng miteinander verknüpft sind, die nicht nur die militärische Schlagkraft zum Ziel haben, sondern genauso den Aufbau eines neuen Systems, einer neuen Gesellschaft anstelle des verrotteten Regimes, das die Imperialisten mit allen Mitteln aufrechterhalten wollen.

Was die Schulen angeht, gibt es Hunderte Projekte, die als Unterstützung für die Schulen dienen können, z.B. Sportgeräte, Geometrieinstrumente, physikalische und chemische Labors, Mikroskope, vielleicht können wir die Grundlagen für ein Sprachlabor legen ... Wir könnten eine Schreinerwerkstatt bauen zur Ausbildung von Kadern, aber auch andere Projekte, wie z.B. mobile medizinische Einheiten oder Landrover als mobile Propagandaeinheiten ausgebaut, sozusagen eine bewegliche Schule, ein bewegliches Instrument im Kampf gegen die Unwissenheit. ... Eine ausgezeichnete Sache wäre es, wenn es uns gelingen würde, eine richtige Druckmaschine zu bekommen. Wir haben nur eine kleine Offsetmaschine, die natürlich nicht ausreicht. Wir würden uns sehr freuen über eine Druckmaschine, zumal wir wissen, daß dieser Industriezweig in der BRD sehr fortgeschritten ist. Wir werden euch dann sicher regelmäßiger als bisher mit dem Material versorgen können, daß die Solidaritätskomitees für ihre Arbeit brauchen ...

Wir wollen hier nochmals all denen danken, die bei der Organisierung dieser Kampagne mitgewirkt haben. Unsere Genossen wissen genau, wie groß die Anstrengungen sind, die notwendig sind, um diese Kampagne zu einem Erfolg werden zu lassen. Sie waren sicherlich nicht gering. Wir sind jedoch überzeugt, daß unsere deutschen Genossen in den Solidaritätskomitees über große Möglichkeiten und Fähigkeiten verfügen, die sie schöpferisch für die Unterstützung des omanischen Volkes eingesetzt haben und weiter einsetzen werden.
Rashed Said.

Druckmaschine für die PFLO

"Eine ausgezeichnete Sache wäre es, wenn es uns gelingen würde, eine richtige Druckmaschine zu bekommen", stellt Rashed Said, Vertreter der PFLO, in seinem Interview in der Kommunistischen Volkszeitung fest. "Wir haben nur eine kleine Offsetmaschine, die natürlich nicht ausreicht. Wir würden uns sehr freuen über eine Druckmaschine, zumal wir wissen, daß dieser Industriezweig in der BRD sehr fortgeschritten ist. Wir werden euch dann sicher regelmäßiger als bisher mit dem Material versorgen können, das die Solidaritätskomitees für ihre Arbeit brauchen ..."

In einem Gespräch mit Vertretern des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) hat Rashed Said ebenfalls auf die Notwendigkeit einer funktionstüchtigen Druckmaschine hingewiesen.

Das dringende Erfordernis einer Druckmaschine für die Arbeit der PFLO hat uns dazu bewegt, so rasch wie möglich die Mittel für diese Druckmaschine bereitzustellen. Sie betragen rund 45 000 Mark. Wir fordern all unsere Mitglieder, die Leser der Kommunistischen Volkszeitung und alle, die den Befreiungskampf des Volkes von Oman unterstützen wollen, auf, sich an der Beschaffung dieser Druckmaschine zu beteiligen. Wenn wir mit allem Nachdruck und der notwendigen Opferbereitschaft an die Erfüllung dieser Aufgabe herangehen, werden wir die Druckmaschine bereits bis zum Januar beschaffen können.

Dies zu ermöglichen, fordern wir euch auf.

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Joscha Schmierer
(Sekretär des ZK)

Spenden für die Druckmaschine an das Konto des KBW Commerzbank Mannheim Nr. 325 85 89 Kennwort: Druckmaschine für die PFLO

Oman-Solidaritätsaktionen

Verden/Aller. Eine Solidaritätsveranstaltung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman führte die Sympathisantengruppe des KBW zusammen mit dem Nahost-Komitee Bremen durch. Die 60 Teilnehmer – zumeist Schüler und Lehrlinge – spendeten dabei 190 DM.

Düsseldorf. Zugunsten des Befreiungskampfes des Volkes von Oman hatte die Kommunistische Gruppe Düsseldorf in der Innenstadt einen Bazar aufgebaut. Der Verkaufserlös – 220 DM – wurde auf das Spendenkonto für die zerstörte Schule überwiesen.

Türkei: Studenten demonstrieren gegen die Regierung

Istanbul. Seit Tagen folgen immer neue Protestaktionen der Studenten der Stadt gegen die Regierung. Auf Demonstrationen, an denen sich Tausende beteiligen, werden Spruchbänder mitgeführt, auf denen es unter anderem heißt: "Fluch der mörderischen Regierung" und "Nieder mit den Faschisten". Die Polizeieinheiten, die zur Unterdrückung der Studentenkämpfe eingesetzt wurden, blieben erfolglos, obwohl sie mit brutalstem Terror gegen die Massenaktionen vorgingen und in die Menge schossen. Von Faschisten waren zuvor zwei Studenten ermordet worden, die als Mitglieder der türkischen Arbeiterpartei unter den Arbeitern der Stadt auftraten. Inzwischen haben die Studenten aller Universitäten sich am Kampf ihrer Kommilitonen in Istanbul beteiligt

In der UdSSR entwickelt sich die Krise

Resultat der Restauration des Imperialismus

Der 25. Parteitag der KPdSU steht im kommenden Februar bevor. Die neue Ausbeuterklasse der UdSSR zieht über ihre Politik Bilanz. Diese sieht schlecht aus. 1975 wurden in der Landwirtschaft statt der geplanten 216 Millionen Tonnen nur 139 Millionen Tonnen Getreide geerntet.

Ergebnisse in der Industrie

Schon 1972 wurden die Wirtschaftszieleüberhaupt nur bei Elektrizität und Kohle erreicht. Bei den Beratungen des Haushalts- und Wirtschaftsplanes 1973 machte der Finanzminister Garbusow vor dem Obersten Sowjet für die zu hohen Produktionskosten die Löhne und Gehälter verantwortlich (Neue Zürcher Zeitung, 27. April 1973). Auch im darauf folgenden Jahr wurden die Pläne gegenüber den ursprünglichen Direktiven weiter herabgesetzt. In einer Rede in Kishinew am 11. Oktober 1974 sprach Breschnew von ernsten Schwierigkeiten in der Industrie. Besonders wies er dabei darauf hin, daß die Zahl der unvollendet stehengebliebenen Fabriken anwachse. Seine Lösungsvorschläge lauteten: Einsparung von Material, "vernünftige Investitionspolitik", volle Auslastung der Maschinen, d.h. Betrieb rund um die Uhr, Mehrarbeit für die Arbeiter, Bauern "und die Ingenieure" (Neue Zürcher Zeitung, 25. Oktober 1974).

Auch im ersten Quartal 1975 wurden die Ziele des Wirtschaftsplanes nicht erreicht (Prawda laut Frankfurter Rundschau vom 2. April 1975). Das heißt, der Bedarf an Schwefelsäure, Waschmitteln, Kombines, Erdölapparaturen, Stoff, Schuhen und Fett (laut der sowjetischen Zeitung "Freundschaft" vom 22. April) sowie Schulbüchern konnte nicht gedeckt werden. Wie weit dies gehen kann, zeigen die Ausführungen der sowjetischen Zeitschrift "Neues Leben" (Nr. 14/75), daß in einem bestimm-
(Nr. 14/75), daß in einem bestimmten Gebiet 30 Prozent der Schulen zu wenig Schulbücher haben, unter ihnen "auch ganze Klassen der Oberstufe, in denen es kein einziges Lehrbuch gibt".

Aus der Unionsrepublik Kasachstan wird im April gemeldet: Die "Inbetriebnahme vieler Objekte" ist "vereitelt" worden, in der Eisenindustrie, in der NE-Industrie, in der chemischen Industrie. "Ernsthafte Mängel gibt es im Wohnungsbau sowie im Bau von kulturellen und sozialen Einrichtungen." Die Schulbauten sind ungenügend, die Ziele für Wasserleitungs- und Kanalisationsarbeiten sind nicht erreicht worden. Beim Bau von Schwerindustriebetrieben haben 27 von 53 Bautrusts ihre Vorhaben nicht fertiggestellt. Im Bereich der Landwirtschaft haben 126 von 359 Kolonnen und Verwaltungen ihre Vorhaben nicht verwirklicht (alle Angaben nach "Freundschaft" vom 29. April).

Laut Mitteilung der Zentralverwaltung für Statistik zur Jahresmitte für die gesamte UdSSR konnte der Bedarf an den im April fehlenden Gütern auch bis Jahresmitte nicht erfüllt werden ("Freundschaft" vom 22. Juni).

Nach der Ministerratssitzung der UdSSR am 13. Oktober wurde bekanntgegeben, daß ganze Wirtschaftszweige und Unionsrepubliken den Bedarf, den sie zu erfüllen hatten, nicht gedeckt haben ("Freundschaft" vom 15. Oktober).

Die krasse Zunahme der Zahl der Güter, bei denen der Bedarf nicht erfüllt werden konnte, beweist die Mitteilung der Zentralverwaltung für Statistik Ende Oktober: Walzgut, Stahlrohre, Soda, Schwefelsäure, Waschmittel, Elektromotoren, Maschinen, Erdölanlagen, Ausrüstungen für die Leicht-, Nahrungsmittel-, Fleisch-, Milch- und Fischindustrie, Güterwagen, Nutzholz, Karton, Stoffe, Oberbekleidung, Schuhe, Butter Geschirr, Kühlschränke ("Freundschaft" vom 23. Oktober).

Landwirtschaft

Noch schlimmer sieht es in der Landwirtschaft aus. Mit Ausnahme des Jahres 1973 wurde der 1971 festgesetzte Bedarf in keinem Jahr erfüllt. Das wird besonders deutlich bei Getreide, dem landwirtschaftlichen Schlüsselprodukt als Grundnahrungsmittel und wichtigem Bestandteil der Viehfütterung. 1972 betrug die Ernte nur 168 Millionen Tonnen im Plan (Neue Zürcher Zeitung vom 27. April 1973). Für 1975 war der Bedarf an Getreide mit 216 Millionen Tonnen angesetzt.

Die am 2. bis 4. Dezember auf der öffentlichen Sitzung des Obersten Sowjets bekanntgegebene Zahl zeigt, daß die Mißwirtschaft zu einer verheerenden Mißernte geführt hat: nur 139 Millionen Tonnen Getreide konnten eingebracht werden.

Ursache: Restauration des Kapitalismus

Was sind die Ursachen? Liegen sie, wie der Finanzminister 1972 meinte, in den zu hohen Löhnen und Gehältern? Wohl kaum. Ein ungelernter Arbeiter verdient 72 Rubel im Monat, das sind laut offiziellem Umrechnungskurs etwa 210 Mark. Ein Verkäufer verdient 100 Rubel, also etwa 370 DM. Der Durchschnittslohn beträgt 140 Rubel, also etwa 445 DM. Dabei muß man jedoch berücksichtigen, daß in diesem Durchschnitt die in der Statistik bescheiden unter "Angestellte" mit erfaßten Direktoren, Manager, Professoren und Minister mit enthalten sind. Ein Institutsdirektor an der Universität verdient an reinen Geldeinnahmen, von den zahlreichen besonderen Vergünstigungen abgesehen, 900 Rubel. Der gesetzliche Mindestlohn, also das, womit ein Arbeiter von Staats wegen sein Leben gerade fristen kann, beträgt 70 Rubel.

Die Lebenshaltungskosten muß man sich so vorstellen: Essen pro Monat, wenn man in einer Familie lebt, 30 Rubel pro Person, ein Kleid kostet 30 bis 60 Rubel, Schuhe 30 bis 40 Rubel (Angaben nach einem Korrespondentenbericht über die UdSSR vom Herbst 1974 und "Freundschaft" vom 22. Juli 1975).

Oder ist die Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie die Zeitschrift "Sowjetunion heute" (Nr. 21/75) behauptet, das "Schlüsselproblem der sowjetischen Volkswirtschaft, die Verbesserung der Arbeitsqualität" und die "Arbeitsdisziplin", also auf deutsch wohl die Faulheit und Lässigkeit der Arbeiter und Bauern? Wie es sich damit verhält, zeigt dieselbe Zeitschrift in einem Bericht über die Arbeit an der neuen Baikal-Amur-Eisenbahn: "Die ersten Arbeiter an der BAM wurden von Hubschraubern in der Taiga abgesetzt; bei 60 Grad unter Null hausten sie in Zelten. Sie fällten Bäume und schufen Platz für die nachfolgenden Bauarbeiter, die ebenfalls auf dem Luftweg eintrafen und mit der Errichtung einer Siedlung begannen."

Und wie sieht es in der Landwirtschaft aus, in der 30 Millionen Menschen arbeiten? Dazu schreibt die Zeitschrift "Neues Leben" (14. Mai 1975): "Da wird von früh bis spät gearbeitet. Manchmal stellen die Mechanisatoren die Motoren ihrer Maschinen erst um Mitternacht ab. Das ist ein tatsächlich selbstloser Einsatz, wenn man bedenkt, daß sie um 5 Uhr früh wieder am Steuer sitzen."

Die Ursachen der Krise liegen woanders. Sie liegen darin, daß in der UdSSR nicht mehr wie bis 1956 die Wirtschaft planmäßig entwickelt wird, um die Bedürfnisse der Arbeiterklasse und des Volkes zu befriedigen. Anstelle dessen wird seit 1956 und seit den "Wirtschaftsreformen" nach dem 22. Parteitag um des Profits willen produziert. "Gewinn" und "Rentabilität" der Betriebe sind die Hauptkennziffern geworden. Rentabilität heißt dabei das Verhältnis von Gewinn zu Grundmittelbestand plus Lohn (vgl. E.G. Libermann, Ökonomische Methoden zur Effektivitätssteigerung der gesellschaftlichen Produktion, Ostberlin 1973). Neuerdings sind sie ergänzt durch die Hauptkennziffer "Vergrößerung des Produktionsvolumens" (ebenda, Seite 16). Von planmäßiger gesellschaftlicher Produktion kann überhaupt keine Rede mehr sein. Vom Staat werden nur noch vorgegeben: Abgaben der Betriebe und gegebenenfalls Subventionen des Staates, Planung der zentralen Investitionen und Einführung neuer Technologien (ebenda, Seite 20). Die Zahl der Beschäftigten, die Lohnhöhe, die Arbeitsproduktivität, die Selbstkosten und die Prämien werden von den Betriebsleitungen festgesetzt.

Die Arbeiterklasse hat auf die Wirtschaftspolitik überhaupt keinen Einfluß mehr. So ist es auch nicht verwunderlich, daß am 1. Dezember im ZK der KPdSU der Wirtschafts- und Finanzplan für 1976 gebilligt und am 2. bis 4. Dezember vom Obersten Sowjet verabschiedet wurden, obwohl weder über sie noch über den Wirtschaftsplan 1976 bis 1980 irgendetwas in den sowjetischen Zeitungen gestanden hat: Dieser "Wirtschaftsplan 1976 bis 1980" wird erst auf dem Parteitag im Februar "verabschiedet".

Nicht nur die Produktionsmittel, sondern die Arbeitskraft selbst sind mittlerweile wieder zur Ware geworden, die der Arbeiter verkaufen muß, um zu leben. Das sieht bei den wohl vor allem in der Landwirtschaft tätigen Saisonarbeitern so aus: "Nicht ständig beschäftigte und Saisonarbeiter können entlassen werden, wenn die Arbeit eingestellt wird ... Zeitweilig Beschäftigte darf man schon nach der ersten Verletzung der Arbeitsdisziplin entlassen. Kommt der Saisonarbeiter einen Monat, der zeitweilig Beschäftigte zwei Wochen nicht auf Arbeit wegen zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit, können sie auch entlassen werden." ("Freundschaft" vom 8. August)

Projekte für den Export haben Vorrang

Eine weitere Folge ist, daß das Kapital in solche Projekte investiert wird, die schnell großen Gewinn versprechen, und das sind nicht die Produktionszweige, in denen Lebensmittel und die Konsumgüter für die Bevölkerung erzeugt werden. Es sind vor allem Großprojekte für den Export:

– Erdölleitungen, mit denen die UdSSR als der größte Erdölproduzent der Welt im Ausland ihr Öl verkauft, wie die Erdölleitung "Freundschaft";

– das Stromverbundsystem "Mir", ebenfalls zu Exportzwecken;

– die Gasförderung für die größte Gasleitung der Welt von Orenburg nach Mitteleuropa, zum selben Zweck (die Leitung selbst läßt sich die UdSSR von den kleineren RGW-Ländern legen);

– die Baikal-Amur-(Eisenbahn-)Magistrale, Investitionssumme 6 Milliarden Rubel; Zweck: Erschließung der Rohstoffvorkommen Sibiriens, v.a. Erdöl, Kohle, Gold, Nichteisenmetalle, Eisen, Stahl, Holz zum Export in die USA und nach Japan;

– ein Zellstoffkombinat, ein Asbestkombinat, das Hüttenwerk bei Kursk, alle zum Teil auch mit Kapital aus den RGW-Ländern erbaut, zu Exportzwecken (alle Daten aus DWI-Berichte, 24. April 1975);

– 40 000 Arbeiter bauen zur Zeit das größte Lastwagenwerk der Welt, KAMAS, das eine jährliche Kapazität von 150 000 Lastwagen haben wird (Neues Deutschland, 8. November); der ungarische Markt wird für diese Lastwagen dadurch geöffnet, daß die UdSSR im Oktober Ungarn gezwungen hat, seine Lastwagenproduktion einzustellen (Iswestija laut Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Oktober, und Neues Deutschland, 20. November);

– weiterer Ausbau der Flugzeugindustrie; TASS meldet Anfang 1975, daß schon 3 000 Flugzeuge aus der UdSSR ins Ausland verkauft wurden (nach: Neue Zürcher Zeitung, 29. Januar 1975);

– weiterer Ausbau der Automobilindustrie, hauptsächlich für Exportzwecke; 1974 wurde der sowjetische Fiat (Lada) erstmals auf dem westdeutschen Markt angeboten; 1975 wurde schon der fünffache Umsatz erzielt ("Freundschaft", 28. Oktober).

Rüstungswettlauf mit den USA

Und schließlich ist es die fieberhafte Aufrüstung der UdSSR bei ihrem Ringen mit den USA. In der heuchlerischen Sprache der neuen Zaren lautet das so:

"Obwohl die in den letzten Jahren geschlossenen Abkommen das Wettrüsten auf einigen Gebieten sicherlich hemmen, ist es nicht gelungen, der Steigerung der Rüstungen im allgemeinen ein Ende zu setzen. **Das Wettrüsten,** das zahllosen Staaten materielle und menschliche Ressourcen verschlingt und allen Staaten Schaden zufügt, **geht weiter**", schrieb Gromyko in einem Brief an Waldheim am 23. September laut "Nowosti" vom 25. September. Was nichts anderes heißt als: Die UdSSR befindet sich im Wettrüsten mit den USA, sie wetteifert mit den USA in der Rüstung.

Was Wunder, daß deshalb in die Landwirtschaft, in die Lebensmittelproduktion, in die Konsumgüterindustrie keine Kapitalien mehr investiert werden können? Was Wunder, daß laut "Voprosie Ekonomici" 1974 an die Landwirtschaft gerade 63 Prozent der nötigen Traktoren ausgeliefert wurden, daß die Maschinen nicht fahren, weil keine Ersatzteile da sind und Reparaturen unmöglich sind? (Nach: Albanian Telegraphic Agency, 22. Juli) Was Wunder, daß von den Ernten in der UdSSR im Durchschnitt 8 Prozent verkommen ("Freundschaft" 20. Juni), also vor der diesjährigen Ernte etwa 10 Millionen Tonnen?

Wie geht es weiter?

19 Jahre kapitalistischer Restauration – das Resultat ist der Ruin der wirtschaftlichen Basis des Landes, der Landwirtschaft.

Die neue Ausbeuterklasse muß sich mit jedem Schritt, den sie zur Abwendung der Krise tut, tiefer in den Widersprüchen verfangen, die sie mit der Restauration des Kapitalismus geschaffen hat: Kauft sie weiter und in noch größerem Umfang neue Technologie im Ausland, muß sie sich weiter und in sprunghaft zunehmendem Maße verschulden, nachdem sie aufgrund der gestiegenen Rohstoffpreise einen Ausgleich ihrer Zahlungs- und Handelsbilanz erreicht hatte.

Investiert sie weiter um des schrankenlosen Profits willen in den großen Exportindustrien, schlägt über kurz oder lang die Verstopfung der internationalen Märkte durch die weltweite Überproduktionskrise auf die UdSSR zurück.

Verstärkt die UdSSR die Ausplünderung der von ihr in Abhängigkeit gehaltenen Länder wie Indien oder wie die kleineren RGW-Länder oder anderer Länder, vor allem der Dritten Welt, wird sich in diesen Ländern Widerstand regen.

Rüstet sie fieberhaft auf, um den USA und den anderen imperialistischen Ländern Einflußgebiete und Märkte abzujagen und um des immer nur unterdrückten, aber nie beschwichtigten Widerstandes der Volksmassen in ihren Halbkolonien, den RGW-Ländern, Herr zu bleiben, fehlen ihr die Mittel, um wenigstens die grundlegendsten Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Werden größere Mittel in die Landwirtschaft geworfen, um dem Verlust von Dutzenden von Millionen Tonnen Getreide abzuhelfen (die die neue Ausbeuterklasse gerne als strategische Reserve sähe) – geschieht nichts anderes als ein weiterer Schub bei der Kapitalisierung der Landwirtschaft. Und das führt mit Sicherheit zu einer noch schärferen Herausbildung der Klassenwidersprüche auf dem Land. Ob es so zu einer Steigerung der Ernteerträge führt, ist durchaus offen.

Drückt sie das Lebensniveau der Arbeiterklasse und der Bauern und verschärft sie gleichzeitig die Ausbeutung durch Intensifikation, Wiedereinführung der Dreischichtarbeit usw., dann erweckt sie sich den größten, entschiedensten Gegner: die Arbeiterklasse.

Nimmt man die ersten Korrespondentenberichte über die Sitzung des Obersten Sowjet jetzt am Anfang Dezember, muß man zu dem Schluß kommen, daß die Führer der UdSSR alle diese Schritte auf einmal zu tun vorhaben.

Und so wird die Krise der Sturmvogel kommender Klassenkämpfe. – **(mo)**

Kein Ausweg aus der Krise des Maoismus

Tiefe Differenzen in der Führung der VR China / Produktionssteigerung soll durch Soldaten erzwungen werden

Die Ursache für die Krise in der maoistischen Führung der VR China liegt in dem großmacht-chauvinistischen Kurs der Pekinger Führer einerseits und im Verstoß gegen die Prinzipien des proletarischen Internationalismus und der friedlichen Koexistenz andererseits; liegt im Kurs des wirtschaftlichen Anpeitschens einerseits und dem Verzicht auf einem planmäßigen stabilen sozialistischen Aufbau andererseits, wie ihn die Entwicklungsetappe Chinas erfordert.

Auf dem Boden dieser Krise und der hektischen Versuche der letzten Zeit, Erfolge zu präsentieren, ist die derzeitige Lage innerhalb der maoistischen Führung durch tiefe Meinungsverschiedenheiten auch auf innenpolitischem Gebiet gekennzeichnet.

Die sogenannten „Linken" legen den Schwerpunkt auf administrativen, ideologischen und politischen Zwang zur Ankurbelung der Produktion, lehnen materielle Zugeständnisse ab und fordern offen eine Senkung des Lebensstandards. Die anderen, als „Rechte" charakterisiert, arbeiten mit Taktiken gewisser materieller Zugeständnisse, berücksichtigen mehr die realen Erfordernisse der Wirtschaft, wollen Störungen durch „Kampagnen" vermeiden und streben nach maximaler Ausnutzung des ökonomischen Potentials der USA, Japans und der EWG.

Diese Richtung ist zur Zeit die vorherrschende. In den letzten Wochen wurden von ihr weitere zahlreiche in der „Kulturrevolution" entmachtete Funktionäre wieder eingesetzt, vor allem Kulturfunktionäre. Auch der Lin-Biao-Gegner und ehemalige Generalstabschef Lo Jui-ch'ing tauchte wieder auf.

In den chinesischen Industriezentren herrschen nach wie vor Unruhe und Unsicherheit. Um weiteren großen Streiks im Eisenbahnnetz vorzubeugen, wurde z. B. in der Provinz Chekiang eigens eine Spezialtruppe aufgebaut, der auch Teile des Geheimdienstes angehören. Aus der Stadt Sian wurde der Einsatz von Militär gemeldet, das die Arbeiter einer Fabrik nachdrücklich von der Notwendigkeit der Produktionssteigerung „überzeugen" sollte. Die schweren Zwischenfälle des Sommers in der Stadt Hangchou, bei denen über 10 000 Soldaten gegen streikende Arbeiter vorgingen, wurden inzwischen vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Hsien-nien indirekt bestätigt. Die Meldungen seien „übertrieben", hieß es, solche „kleineren Zwischenfälle" seien „natürlich", weil immer Reibereien entstünden, wenn Soldaten von den Arbeitern höchstmögliche Produktionssteigerung erzwingen sollten. Damit wurde zugegeben, daß die Pekinger Führung Militär einsetzt, um die Produktion voranzutreiben.

Auch in der Landwirtschaft reißen die Angriffe gegen „bürgerlichen Lebensstil", d. h. gegen Forderungen der Bauern nach höherem Einkommen nicht ab, wie z. B. auf einer Landwirtschaftskonferenz der Provinz Kansu. Die neuesten Meldungen über eine „Rekordernte" 1975, die bürgerliche Kreise sogleich auf 260 Millionen Tonnen schätzten und mit antisowjetischen Tiraden verbanden, bedeuten in diesem Zusammenhang keineswegs automatisch eine Erhöhung des Lebensniveaus. Exakte Ziffern gibt es nicht.

Auch auf kulturellem Gebiet geht die Krise weiter, wie die plötzliche Kampagne gegen den jahrelang hochgeehrten Roman „Die Räuber vom Liang-schan-Moor" aus dem 14. Jahrhundert beweist. Der angegriffene Titelheld steht für alle, die einen höheren materiellen und kulturellen Lebensstandard fordern.

Das Tauziehen über den effektivsten Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hält an. Eine Lösung ist auf maoistische Weise nicht zu finden. Eine stabile Entwicklung ist nur durch die Überwindung des Maoismus möglich.

Jürgen Reusch

Während alle Zeitungen in der vergangenen Woche über die Sitzung des Obersten Sowjets berichteten, auf der Nichterfüllung des Plans und tiefgehende Krise in der sowjetischen Landwirtschaft eingestanden werden mußten, meldete "UZ", die Zeitung der DKP: "Krise des Maoismus." Worin diese Krise bestehen soll, erfährt man nicht: Die Volksrepublik China erreichte trotz widrigen Wetters eine Rekordernte. Die Industrie entwickelt sich rasch. Die chinesische Volksbefreiungsarmee, von der es in der "UZ" heißt, sie habe die Produktionssteigerungen "erzwungen", nimmt seit jeher an der Produktion teil und lebt nicht auf Kosten des Volkes. Und wenn die "UZ" behauptet, in der Volksrepublik China hätten Streiks stattgefunden, dann ist das eine gute Gelegenheit, um daran zu erinnern, daß die chinesische Verfassung im Gegensatz zu den Verhältnissen in der Sowjetunion das Streikrecht ausdrücklich garantiert. Und daß sie ausdrücklich von der Fortexistenz des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats ausgeht. Der "China-Experte" Reusch von der DKP hat also dem Sozialimperialismus in der Krise nicht viel Entlastung verschaffen können.

In Laos volksdemokratische Macht errichtet!

Am 3. Dezember verkündete der Rundfunk in Vientiane, der Hauptstadt von Laos, die Gründung der Volksdemokratischen Republik Laos und damit das Ende der Koalitionsregierung, die im April 1974 auf Grundlage des Friedensabkommens vom Februar 1973 gebildet wurde.

Wochenlang waren im ganzen Land Massendemonstrationen und Kundgebungen, die die Ersetzung der Koalitionsregierung und des Politischen Nationalen Koalitionsrates und die Beendigung der siebenhundert Jahre alten Monarchie forderten. Ein zweitägiger Kongreß von Volksvertretern hat dann in Vientiane die Volksdemokratische Republik ausgerufen.

Souvanna Phouma, Premierminister und frühere US-Marionette, ist zurückgetreten, und mehrere Mitglieder der königlichen Familie haben sich ins Exil abgesetzt.

Zehntausende haben sich in Vientiane im Stadion versammelt, um die Gründung eines Volkskongresses der Stadt Vientiane zu feiern. In einer dabei verabschiedeten Resolution forderten die Versammelten die Einsetzung einer neuen Regierung, in der "das Volk der Herr ist und sich voller Demokratie erfreut".

Der König hat abgedankt und wurde wie Souvanna Phouma zum "Berater des Präsidenten".

Die reaktionärsten US-Marionetten waren schon im Frühjahr vom Volk aus der Regierung gejagt worden, und seither hat sich die revolutionäre Volksmacht im ganzen Land ständig weiter gefestigt. Überall wurden Volkskomitees errichtet.

Neues Staatsoberhaupt wird Prinz Souphanouvong, Führer des Pathet Lao, Kaysone Phomvihan, der Generalsekretär der Partei wird Ministerpräsident.

Damit hat das laotische Volk einen weiteren großen Sieg und seine vollständige Unabhängigkeit errungen.

Entwicklung der politischen Justiz seit 1968

Gesetze gegen das Volk

Die Entrechtung der Volksmassen und die Freisetzung der Staatsgewalt von gesetzlichen Fesseln ist in der Bundesrepublik in den letzten Jahren mit großer Geschwindigkeit vorangetrieben worden. 1968 bekam die Staatsgewalt mit den Notstandsgesetzen das Recht zugesprochen, im Ausnahmezustand die absolute Willkürherrschaft gegen das Volk zu errichten. Und der Ausnahmezustand tritt immer dann ein, wenn der Ernstfall für die bürgerliche Gesellschaft gekommen ist: sei es, daß sie angegriffen wird von den arbeitenden und ausgebeuteten Klassen, die in ihr unterdrückt werden. Sei es, daß sie im offenen Kampf steht mit den bürgerlichen Klassen anderer Länder. Daß in allen diesen Fällen die bürgerliche Gesellschaft in Westdeutschland in ein Militärzuchthaus für die Arbeiterklasse und für das Volk verwandelt werden muß, das bestimmen die Notstandsgesetze.

Nach Verabschiedung dieser Gesetze, womit eine entscheidende gesetzliche Fessel für die Staatsgewalt gefallen war, gab es zunächst eine gewisse Liberalisierung in der Behandlung der "alltäglichen" unter den sogenannten Staatsschutzdelikten. Im 8. Strafrechtsänderungsgesetz vom Juni 1968 wurde der alte § 128 gegen Geheimbündelei fallengelassen, der gegen die Fortführung der verbotenen KPD unter anderem Namen bis dahin angewandt worden war. Die Neugründung unter dem Namen DKP blieb damit bis zum Verbotsantrag oder bis zur gerichtlich "unanfechtbaren" Feststellung, daß es sich um eine "Ersatzorganisation" handelt, straflos.

Das 3. Gesetz zur Reform des Strafrechts vom Mai 1970 hob die alten §§ 115 und 116 gegen Aufruhr und Auflauf auf. "Wer sich einer öffentlichen Ansammlung anschließt oder sich nicht aus ihr entfernt, obwohl ein Träger von Hoheitsbefugnissen die Menge dreimal rechtmäßig aufgefordert hat, auseinanderzugehen", macht sich danach nicht mehr strafbar wie vorher, sondern begeht eine "Ordnungswidrigkeit", gegen die eine Geldstrafe verhängt wird.

Sowohl bezüglich des 8. Strafrechtsänderungsgesetzes als auch bezüglich des 3. Gesetzes zur Reform des Strafrechts wurden jeweils "Straffreiheitsgesetze" erlassen für diejenigen, die schon wegen Verletzung der alten Paragrafen angeklagt waren.

Erkämpfte Rechte

Diese Änderungen der politischen Strafjustiz wie auch eine Änderung im Gerichtsverfassungsgesetz, wonach bei politischen Fällen eine Berufungsinstanz eingeführt wurde, die es vorher nicht gab, alle diese Änderungen sind Erfolge der demokratischen Bewegung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Die herrschende Klasse wurde gezwungen, ihre Staatsorgane an etwas kürzerer Leine laufen zu lassen und ihre Willkür zu zügeln. Das Auftreten der Staatsorgane gegenüber der Bewegung der Studenten, jungen Arbeiter, Schüler hatte angefangen, das Vertrauen in die Staatsgewalt nachhaltig zu erschüttern. Die herrschende Klasse mußte faktisch und per Gesetz einige Zugeständnisse machen. Das Demonstrationsrecht hat sich die demokratische Bewegung erkämpft. Und faktisch durchgesetzt hat sie auch, daß der Marxismus-Leninismus wieder öffentlich propagiert werden konnte. Zwar hatte sich insgesamt die Rechtslage für die Bourgeoisie mit Verabschiedung der Notstandsgesetze verbessert. Aber diese Kanone war zu groß, um damit bei jeder Gelegenheit gegen das Volk zu schießen. Und bei den leichten Waffen mußte sie sich einige Fesseln anlegen lassen. Die demokratische Bewegung gewann so Raum zu ihrer Entfaltung.

Mußte die Staatsgewalt so zurückstecken beim Versuch zur Zerschlagung der Bewegung, so baute sie doch gleichzeitig ihre Möglichkeiten zur Kontrolle und Beschnüffelung aus. Die Agenten der Staatsgewalt bekamen die Zügel weiter freigelassen als je zuvor: Im Sommer 1968 verabschiedete der Bundestag das Abhörgesetz, durch das die in Artikel 10 Grundgesetz garantierte Unverletzlichkeit des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses weitgehend außer Kraft gesetzt wurde.

1972 wurde das Verfassungsschutzgesetz verabschiedet. Als Aufgabe des Verfassungsschutzes wurde u.a. festgelegt "Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben." (Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1972, Teil I, Seite 1382) Zwar heißt es: "Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu." Aber es darf "nachrichtendienstliche Mittel anwenden", also alle Methoden der geheimen Bespitzelung des Brief-, Post-, Telefonverkehrs, der Wohnung usw. Und dabei ist festgehalten: "Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe." (§ 3, Abs. 3 und 4)

Ebenfalls 1972 trat in Kraft das Bundeszentralregistergesetz, das die Einrichtung eines zentralen Registers durch den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof festlegte. Darin sind u.a. sämtliche strafgerichtlichen Verurteilungen sowie Entscheidungen von Verwaltungsbehörden festgehalten wie z.B. die Ausweisung von Ausländern oder die Untersagung der Ausübung eines Berufs.

1973 wurden dann im Bundestag in erster Lesung ein neues **Meldegesetz** und das **Bundes-Datenschutzgesetz** behandelt, die die polizeiliche Überwachung und Kontrolle weiter vervollständigen sollen. Das Meldegesetz sieht vor die Wiedereinführung der bundeseinheitlichen Hotelmeldepflicht mit der neuen Verpflichtung des Hotelinhabers auf Überprüfung der Identität des Gastes. Weiter: die Verpflichtung des Wohnungsvermieters, bei der polizeilichen Anmeldung des Mieters mitzuwirken. Begründet wird das mit "Erwägungen der öffentlichen Sicherheit" (Bundestagsdrucksache 7/1059, Seite 16). Den "zuständigen Behörden (soll) in Krisensituationen (sich) eine Handhabe bieten, zum Zwecke der Gefahrenabwehr eine Aufenthaltsfeststellung der Einwohner eines bestimmten Gebietes durchzuführen" (ebenda).

Gleichzeitig soll ein Personenkennzeichen eingeführt werden und die zentrale Speicherung aller Daten der Bürger in einem Zentralregister. Schon heute sind im Zentralregister des Bundeskriminalamtes 133 000 Namen mit Milliarden und Milliarden von Daten gespeichert. Und der Militärische Abschirmdienst (MAD) rühmt sich, seit seinem Bestehen mehr als 3 Millionen Einwohner der BRD einer "Sicherheitsüberprüfung" unterzogen zu haben und dabei mehr als 66 000 Bürger als "Sicherheitsrisiko" deklariert und registriert zu haben (Die Welt, 20. November).

Das Bundeskriminalamt (BKA) und die Verfassungsschutzbehörden wurden in wenigen Jahren zu riesigen Apparaten ausgebaut: Die Ausgaben für das BKA stiegen von 22,4 Millionen im Jahre 1969 auf 122 Millionen im Jahre 1973, eine knappe Versechsfachung also innerhalb von drei Jahren. Die Ausgaben für den Verfassungsschutz erhöhten sich im gleichen Zeitraum von 48,1 auf 62,1 Millionen DM.

Die Tendenz zur vollständigen Lösung des Verfassungsschutzes und der Ausforschungsbehörden aus alten gesetzlichen Bindungen und ihr Ausbau zu einer Art oberster Instanz des Staatsschutzes tritt besonders deutlich hervor im Entwurf zum niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz, das im September 1975 von der SPD/FDP-Regierung in den Landtag eingebracht wurde. Danach sollen alle Behörden in Niedersachsen, auch die Gerichte, künftig verpflichtet sein, ihre "Erkenntnisse" unaufgefordert dem Verfassungsschutz zu übermitteln. Zum anderen soll der Verfassungsschutz das Recht erhalten, seine Dossiers nicht nur staatlichen, sondern auch außerstaatlichen Stellen zur Verfügung zu stellen, also z. B. den Personalbüros großer Firmen (Frankfurter Rundschau, 4. September).

Und die Verfassungsschutzbehörde bekommt nicht nur gesetzlich freie Bahn zur Überwachung des Volkes und zur Einsetzung aller Staatsorgane für diesen Zweck. Seit der Einsetzung des neuen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Richard Meier, trachtet sie auch danach, sich selbst der wohlwollenden Kontrolle der "staatstragenden Parteien" SPD, CDU/CSU und FDP zu entziehen. Bisher hatten diese Parteien eigene Vertrauensleute im Verfassungsschutzamt. Jetzt will der Präsident der Behörde diese "Vertrauensleute der Parteien" loswerden und die Unterrichtung der Parteien selber übernehmen. (Frankfurter Rundschau, 25.11.1975)

Aber nicht nur die Bewegungsfreiheit der kontrollierenden, überwachenden und bespitzelnden Staatsorgane wurde erweitert. Erweitert wurde auch Stück für Stück die Bewegungsfreiheit von Polizei, Bundesgrenzschutz und Justiz gegen das Volk, also der Gewaltorgane im engeren Sinne.

Im August 1972 wird das Vorbeugehaft-Gesetz verabschiedet. Danach kann Untersuchungshaft angeordnet werden auch wenn keine Fluchtgefahr besteht. Unter die Straftatbestände, für die das gilt, wird auch die "Körperverletzung" aufgenommen, worauf die Anklage sich bei Demonstrationsprozessen häufig bezieht.

Ebenfalls 1972 wurde das **Gesetz über den Bundesgrenzschutz** verabschiedet mitsamt den Grundgesetzänderungen, die notwendig waren, um die halbmilitärische Organisation des Bundesgrenzschutzes legal als Bundespolizei einsetzen zu können, "zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung in Fällen von besonderer Bedeutung" (Artikel 9 des Bundesgrenzschutzgesetzes). Der Bundesgrenzschutz erhält das Recht auf Anhalten von Personen (§ 17), Vorladung (§ 18), erkennungsdienstliche Behandlung (§ 19), Personen in Gewahrsam zu nehmen (§ 20), Personen, Gegenstände und Wohnungen zu durchsuchen (§§ 23–26). Er wird zur zentralen staatlichen Sicherheitspolizei gemacht und entsprechend aufgerüstet. 1975 meldet das Innenministerium: Der Bundesgrenzschutz sei so stark wie noch nie.

1972 wird der **"Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung ausländerrechtlicher Vorschriften"** vorgelegt, worin die Staatsgewalt das Recht zugesprochen erhält, die politischen und gewerkschaftlichen Rechte der mehr als zwei Millionen Ausländer in Westdeutschland zu beseitigen, wenn "auswärtige Belange" der BRD gefährdet seien.

Den ersten Vorstoß, die "Befürwortung von Gewalt" unter Strafe zu stellen, unternehmen Bundestag und Bundesrat im Zusammenhang mit der Änderung des Sexualstrafrechts. In einer Neufassung des § 131 sprechen sie der Staatsgewalt die Freiheit zu, mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe zu bestrafen, "wer Schriften, Ton- oder Bildträger, Abbildungen oder Darstellungen, die Gewalttätigkeit gegen Menschen in grausamer oder sonst unmenschlicher Weise schildern und dadurch eine Verherrlichung oder Verharmlosung solcher Gewalttätigkeiten ausdrücken ... 1. verbreitet, 2. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder 3. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist ..." **(4. Gesetz zur Reform des Strafrechts**, 23.11.1973)

Das ist ein direkter Vorläufer des gegenwärtig beratenen § 130 a bzw. 88 a, wodurch die Befürwortung von Gewalt unter Strafe gestellt werden soll.

Ist der Staatsfeind schließlich nicht nur erfaßt, kontrolliert, überwacht, verhaftet, sondern auch noch vor Gericht gezerrt, dann hat der Bundestag seit 1974 die Möglichkeit geschaffen, seine Verteidiger vom Prozeß auszuschließen, "wenn er dringend oder in einem die Eröffnung des Hauptverfahrens rechtfertigenden Grade verdächtig ist, an der Tat, die den Gegenstand der Untersuchung bildet, beteiligt zu sein oder eine Handlung begangen zu haben, die für den Fall der Verurteilung des Beschuldigten Begünstigung, Strafvereitelung oder Hehlerei wäre". (§ 138 a Strafprozeßordnung) Beim Verfahren gegen politische Gegner der bürgerlichen Gesellschaft ist damit jeder Verteidiger vom Ausschluß bedroht, der die politischen Auffassungen des oder der Angeklagten teilt.

Und in der neuen Fassung des Strafgesetzbuches vom 1.1.1975 schließlich wird der Staatsgewalt die Freiheit zuerkannt, das Volk, das sich einer verbotenen Partei anschließt, deren Propagandaschriften "verbreitet oder ... vorrätig hält", die "Bundesrepublik Deutschland ... beschimpft oder böswillig verächtlich macht", etwa indem es sagt, das sei ein Land, in dem die Reichen die Armen ausbeuten und unterdrücken, gegen alle diese Taten kann die Staatsgewalt seitdem nicht nur Gefängnisstrafen, sondern auch Geldstrafen verhängen. Das ist keineswegs eine Liberalisierung der alten Gesetze, sondern eine Maßnahme, um genügende Breitenwirkung erzielen zu können. Wie die Dinge heute liegen, muß die Staatsgewalt befürchten, eine Erschütterung im Volk auszulösen, wenn sie jeden, der ein kommunistisches Flugblatt "verbreitet oder vorrätig hält" ins Gefängnis stecken wollte. An derartige Freiheiten bei der Unterdrückung des Volkes muß die Staatsgewalt sich Stück für Stück heranpirschen, z. B. über Geldstrafen. Oder auch nur über Geldbußen, die für "Ordnungswidrigkeiten" verhängt werden, für unerlaubten Zeitungsverkauf, für Aufbau von Ständen, für Plakatieren.

In Vorbereitung befindet sich noch ein Gesetzentwurf zum § 129, wonach gegen die Bildung einer sogenannten "kriminellen Vereinigung" eine "erhöhte Strafandrohung" gerichtet wird. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß unter einer "kriminellen Vereinigung" nach § 129 keine Gangsterbanden, sondern revolutionäre politische Organisationen verstanden werden.

Lückenlos ist die politische Überwachung und Bespitzelung, die über die Angehörigen des öffentlichen Dienstes verhängt werden soll bzw. in einzelnen Ländern schon verhängt wird. Seit dem Ministerpräsidentenerlaß von 1972 gegen Radikale im öffentlichen Dienst wird an einem Gesetz gearbeitet, auf das sich CDU/CSU und SPD sowie FDP einigen können. Wenn auch die Vorstellungen bezüglich des Beamtenrechtsrahmengesetzes noch in einzelnen Punkten unterschiedlich sind: daß überwacht und gesäubert werden muß, darin besteht Einigkeit. In Baden-Württemberg ist jetzt per Erlaß auch festgelegt worden, wer im öffentlichen Dienst überprüft und überwacht werden soll: alle!

Seit Anfang der siebziger Jahre sind nicht nur die Zügel der Staatsgewalt immer lockerer gelassen worden. Es ist auch versucht worden, ihren Einsatz zu straffen und zu zentralisieren: Seit 1970 wird die ständige Konferenz der Innenminister der Länder und des Bundes immer mehr zu einem zentralen Einsatzstab ausgebaut. CDU, CSU, FDP und SPD-Minister wirken hier Hand in Hand in nicht-öffentlichen Sitzungen. Hier findet die Allparteienregierung der inneren Sicherheit statt, welche den Einsatz der staatlichen Gewaltorgane gegen das Volk festlegt.

Dort werden die Polizeigesetze der Länder aufeinander abgestimmt, von denen z. B. das neue baden-württembergische vorsieht, daß die Polizei die Wohnungen eines ganzen Stadtviertels zu jeder Tages- und Nachtzeit unangekündigt durchsuchen kann, wenn sie die Vermutung hegt, daß "eine entführte Person innerhalb eines bestimmten Bezirks festgehalten wird". – In der Innenministerkonferenz wird über die Einführung des sogenannten Todesschußgesetzes beraten, wodurch "in den Polizeigesetzen die rechtliche Möglichkeit geschaffen wird, diesen Todesschuß (durch Polizisten) zu befehlen". (Polizeipräsident Schreiber, München, nach "Stern" 17/1974, S. 115)

Regierung und bürgerliche Parteien haben in den letzten Jahren die Freisetzung der Staatsgewalt von gesetzlichen Fesseln ein großes Stück vorangebracht. Sie haben Gesetze beschlossen, wie es ihnen passend schien, um ihre Gegner zu vernichten und das Volk in Fesseln zu schlagen. Gegenwärtig streben sie mit dem Maulkorbgesetz 130 a oder 88 a noch engere Fesseln für das Volk und noch mehr Raum für die Willkür der Staatsgewalt an.

Manche liberalen Kritiker der Regierung meinen, sie würde übertreiben. So gefährdet sei die innere Sicherheit und Ordnung doch nicht, daß man Polizei, Staatsanwaltschaft und Richtern, daß man Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz derartig freie Hand lassen müsse. Aber das sind Außenseiter wie etwa der französische Professor Grosser, der den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels bekam. SPD, FDP und CDU/CSU halten ihn für etwas weltfremd. Denn wo 90 Prozent der Bevölkerung besitzlos sind und nichts zu verlieren haben, während die Produktionsmittel in den Händen einer winzigen Minderheit sich befinden und zu deren Bereicherung dienen, da ist es mit der inneren Sicherheit für die herrschende Klasse niemals glänzend bestellt. Da kann sich die besitzende Klasse nicht mehr sicher fühlen. **(wm)**

Portugal: Neue Hoffnungen der Kapitalisten

"Nach der Entmachtung der ultralinken Generäle Carvalho und Fabiao hoffen die in Portugal engagierten deutschen Firmen auf eine Entspannung in der Lohnpolitik, aber noch mehr auf eine Verbesserung des Arbeitsklimas" schreibt das "Handelsblatt" (2.12.), das Blatt der westdeutschen Börse. Seit der Revolution sei *"die Arbeitsmoral ständig gesunken"*, höhere Löhne seien *"ertrotzt"* worden. Für die Produktion in Portugal hatten sich die deutschen Unternehmen deshalb entschieden, *"weil das portugiesische Lohnniveau damals etwa ein Sechstel des deutschen betragen hatte"*, schreibt das "Handelsblatt", und es schreibt auch, daß die Löhne seitdem um 45 % bis 150 % gestiegen seien. Daß die Löhne in Portugal heute also nur noch ein Drittel statt ein Sechstel der deutschen Löhne (im günstigsten Fall) betragen, ist für die ausländischen Monopole, die die Wirtschaft Portugals beherrschen, schon gänzlich unerträglich. Vom westdeutschen Kapital sind es vor allem die Grundig AG. Sie hat in Porto ein Zweigwerk mit 2 000 Beschäftigten für Rundfunkgeräte, Schwarzweiß- und Farbfernseher, *"die fast vollkommen in den Export gehen, wegen der EFTA-Zollpräferenzen vor allem in EFTA-Länder"*. Auch Agfa Gevaert (50 % Tochter der Bayer AG) produziert fast ausschließlich für den Export. Der Siemens-Konzern *"gehört mit rund 2 400 portugiesischen Mitarbeitern zu den größten Arbeitgebern in Portugal"*. Außer für den Export produziert Siemens auch für den portugiesischen Markt, den es für seine Produkte wohl beherrschen dürfte. Weiter erwähnt das "Handelsblatt" Hoechst, Schering AG und Beiersdorf, die ebenfalls größere Produktionsfirmen in Portugal haben. Sie alle setzen darauf, daß die sogenannten *"gemäßigten Militärs"* das Regime des imperialistischen internationalen Finanzkapitals über Portugal wiederherstellen. – **(bb)**

Gegen den § 130a

Zwei völlig entgegengesetzte Linien im Kampf gegen die Reaktion

In der vergangenen Woche wurden die Verhandlungen zwischen dem KBW und der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) sowie der Gruppe Rote Fahne (KPD) fortgesetzt, um auf Grundlage einer gemeinsamen Stellungnahme den Aufbau einer demokratischen Front gegen die Reaktion und insbesondere gegen die geplante Strafrechtsänderung einzuleiten. Durch die Ablehnung des KABD, sich an diesen Verhandlungen zu beteiligen, war der Zweck, den der KBW bei diesen Verhandlungen verfolgte, von vornherein in Frage gestellt worden: Es ging uns darum, eine gemeinsame Initiative der vier Organisationen zu erreichen, die heute beanspruchen, als marxistisch-leninistische Vorhut in der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin zu arbeiten. Wir gingen davon aus, daß eine solche gemeinsame Initiative dieser vier Organisationen dem Kampf der Massen gegen die Reaktion und der Bildung einer breiten Aktionseinheit gegen die geplanten Anschläge auf die Rechte des Volkes dienen würde.

Nicht ging es uns um eine "Aktionseinheit der Marxisten-Leninisten", um anstelle der Massen zu kämpfen, sondern um die Vorbereitung der Aktionseinheit der Massen, der das gemeinsame Hervortreten der Marxisten-Leninisten dienen sollte. Unsere Bemühungen sind vorläufig gescheitert, weil sich der KABD von vornherein weigerte, mit der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) und der Gruppe Rote Fahne (KPD) zu verhandeln, und weil wir uns mit diesen beiden Gruppen nicht auf eine gemeinsame Erklärung und ein einheitliches Vorgehen einigen konnten. Diese Einigung scheiterte nicht daran, daß die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) und die Gruppe Rote Fahne (KPD) bereits vor Beginn der Verhandlungen zu Demonstrationen am 13. Dezember aufgerufen hatten, sie scheiterte auch nicht daran, daß die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) während der laufenden Verhandlungen die Ortsgruppen des KBW bereits zur Teilnahme an diesen Demonstrationen aufforderte. Über diese unkorrekten, aber nicht ungewöhnlichen Vorkommnisse wären wir hinwegzusehen bereit gewesen. Die Einigung scheiterte an der Existenz zweier völlig entgegengesetzter Linien im Kampf gegen die Reaktion und das geplante Strafrechtsänderungsgesetz.

Die Theorie des graduellen Betroffenseins

Der Paragraf 130 a spricht dem Volk in allgemeiner Form das Recht ab, zu erörtern, wie es seine Interessen gegen die Staatsgewalt durchsetzen, die Herrschaft der Bourgeoisie stürzen und den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen kann. Ohne "Landfriedensbruch" wird das kaum abgehen. Einen "Landfriedensbruch" zu erörtern,d.h. einen selbständigen Streik zu beraten und zu ihm aufzurufen, die Besetzung eines Baugeländes, auf dem gegen den Willen des Volkes ein Kernkraftwerk gebaut werden soll, zu beraten und sie durch Wort und Schrift vorzubereiten, wird dem Volk durch den geplanten Paragrafen 130 a generell verboten.

Wie jede Einschränkung und Beseitigung der Rechte des Volkes nimmt dieses Verbot die Form einer Strafandrohung gegen diejenigen an, die sich an dieses Verbot nicht halten. Die Bourgeoisie beseitigt die Rechte des Volkes immer in der Form, daß sie diejenigen, die diese Rechte wahrnehmen, verfolgt, mit Strafe bedroht, ins Gefängnis steckt, niederschießt oder sonstwie ausschaltet. Die Unterdrückung des Volkes nimmt also immer die juristische Form der Verfolgung von einzelnen oder von Organisationen an.

Die Bourgeoisie stellt in ihren Gesetzen nicht fest, daß das Volk keinerlei Rechte hat, sondern legt in ihren Gesetzen nieder: Wer einen Landfriedensbruch begeht, wer äußert, daß die Volksgewalt gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staatsapparat allemal berechtigt ist, hat mit bis zu drei Jahren Gefängnis zu rechnen (so der geplante 130 a), und wer die proletarische Revolution propagiert und vorbereitet, begeht Hochverrat und hat mit bis zu 15 Jahren Gefängnis zu rechnen.

Die Entrechtung des Volkes nimmt die Form der juristischen Bedrohung und Verfolgung von einzelnen "Straftätern" an oder des Verbots von Organisationen, die für die Interessen des Volkes eintreten. Diese Form der Entrechtung des Volkes durch die Bourgeoisie erleichtert es der Bourgeoisie, das Volk hinters Licht zu führen. Während das Volk insgesamt entrechtet und unterdrückt wird, kann sich im Volk die Meinung halten, es herrsche Demokratie, und verfolgt werde eben, wer sich an ihre Spielregeln nicht halte.

Aufgabe der Demokraten und Revolutionäre, erst recht der Marxisten-Leninisten ist es, dieses Betrugsmanöver zu entlarven und aufzuzeigen, daß durch die gesetzlichen Maßnahmen der Bourgeoisie nicht dieser oder jener mit Strafe bedroht, sondern das Volk, das heißt die durch die Herrschaft der Bourgeoisie unterdrückten Klassen, insgesamt entrechtet und jeglichen Bewegungsraums beraubt werden. So haben sie zum Beispiel die Aufgabe, aufzuzeigen, daß mit dem KPD-Verbot nicht einfach die KPD verboten, sondern dem Volk das Recht abgesprochen worden ist, sich von der Ausbeuterherrschaft zu befreien.

Die Theorie des graduellen Betroffenseins durch die Maßnahmen der Bourgeoisie dagegen sitzt dem Betrugsmanöver der Bourgeoisie vollständig auf, verkennt das Wesen der Maßnahmen der Bourgeoisie und sieht nur die Bedrohung der mehr oder weniger "Betroffenen". Es ist dies die Theorie des kleinbürgerlichen Alltagsverstandes, und daran ändert sich auch nichts, wenn sie von Leuten vertreten wird, die sich Marxisten-Leninisten nennen, oder von Organisationen, die weiß Gott was für ehrwürdige Namen tragen.

Leider vertritt die Gruppe Rote Fahne (KPD) gerade diese Theorie des graduellen Betroffenseins, weshalb sich Marxisten-Leninisten im Kampf gegen die Reaktion mit ihr auch nicht einigen können, solange sie an dieser Auffassung der Sache festhält.

Wie drückt sich diese Auffassung der Sache aus? In dem Leitartikel der "Roten Fahne" vom 3. Dezember, den die Vertreter der Gruppe Rote Fahne (KPD) unverfroren als Vorlage für ein gemeinsames Dokument in die Verhandlungen einbrachten, heißt es: "Die Strafrechtsänderung soll in erster Linie die marxistisch-leninistische Propaganda verbieten. Aber auch jeder, der die Erkenntnis zum Ausdruck bringt, daß die herrschenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse nicht durch Reformen, sondern nur durch Revolution geändert werden können, jeder, der auch nur die revolutionären Schriften von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung studiert oder andere Schriften besitzt, die zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung aufrufen, jeder, der auch nur vom Klassenkampf redet, soll kriminalisiert werden."

Aus der Tatsache, daß jedes Gesetz gegen das Volk und jede Maßnahme der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Rechte des Volkes selbstverständlich die Marxisten-Leninisten, die Vorhut der Arbeiterklasse und Vorkämpfer der Demokratie insbesondere trifft, weil sie die Kämpfe des Volkes für seine Interessen und Rechte fördern und zur Volksrevolution führen, aus der Tatsache, daß jedes Gesetz gegen das Volk und zur Unterdrückung der Demokratie die Angehörigen der unterdrückten Klassen um so eher trifft, je entschiedener sie die Interessen des Volkes vertreten, wird hier etwas ganz anderes gemacht: Entsprechend dem Grad der Bedrohung durch die geplante Unterdrückungsmaßnahme wird das Volk in mehr oder weniger Betroffene auseinanderdividiert, je nachdem, ob sie "in erster Linie" oder "aber auch" oder "auch nur" betroffen werden. Die Marxisten-Leninisten, Vorhut der Arbeiterklasse und Vorkämpfer der Demokratie, sollen sich als Hauptbetroffene verstehen, die den anderen Kräften des Volkes klar machen, daß in gewissem Grad und Umfang auch sie von der betroffenen Maßnahme betroffen sind.

Es ist klar, daß sich die Marxisten-Leninisten nicht so verstehen können und auch nicht in dieser Weise zum Kampf gegen die geplante Unterdrückungsmaßnahme mobilisieren können.

Die Theorie der graduellen Betroffenheit zieht notwendig eine falsche Bündnispolitik nach sich, eine Bündnispolitik, die darauf abzielt, daß sich die in zweiter Linie "aber auch" und letztlich die in dritter Linie "auch nur" Betroffenen den in erster Linie Betroffenen anschließen, die den Kampf zuerst aufnehmen. Bevor wir auf diese Art der Bündnispolitik, die nur auf ein Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie hinauslaufen kann, zurückkommen, noch ein weiterer Beleg für die Theorie der graduellen Betroffenheit, die die Gruppe Rote Fahne (KPD) vertritt:

"Die Gesetzesentwürfe richten sich gegen den wissenschaftlichen Sozialismus, d.h. gegen den Marxismus-Leninismus, gegen diejenige Wissenschaft, die der Arbeiterklasse den Weg zu einer Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung und Unterdrückung weist. Daher sind in erster Linie die marxistisch-leninistische Partei und die revolutionären Organisationen betroffen. Die Kampfpartei des Proletariats soll kampfunfähig gemacht werden, ohne sie sofort zu verbieten. Und indem den Fortschrittlichsten der Arbeiterklasse der Mund gestopft werden soll, wird der im weitesten Sinne demokratischen Öffentlichkeit das Recht auf freie Meinungsäußerung drastisch eingeschränkt."

Ist das nicht eine seltsame Verdrehung der Tatsachen? Dem Volk wird verboten, auch nur zu erörtern, wie es seine Interessen gegen den bürgerlichen Staatsapparat durchsetzen kann, und diejenigen, die am entschiedensten die Interessen des Volkes vertreten und am konsequentesten für die Durchsetzung der Interessen des Volkes eintreten, werden mit hohen Gefängnisstrafen bedroht.

Aus einem Gesetz gegen das Volk, das selbstverständlich besonders die Vorhut der Arbeiterklasse und die Vorkämpfer der Demokratie mit Strafen bedroht, macht die Gruppe Rote Fahne ein Gesetz, das in erster Linie die Partei der Arbeiterklasse trifft, und nur indem es sie trifft, auch das Recht auf freie Meinungsäußerung der "im weitesten Sinne demokratischen Öffentlichkeit" einschränkt. Bedeutet das nicht den Sachverhalt auf den Kopf stellen? Genau das bedeutet es.

Das Volk aber, das durch die geplanten Gesetzesänderungen getroffen werden soll und dessen Bewegungen unterdrückt werden sollen, erscheint nur noch als die "im weitesten Sinne demokratische Öffentlichkeit". Und an diese sollen sich die Marxisten-Leninisten in ihrer Bündnispolitik wenden.

Die sich ausdehnende Aktionseinheit der graduell Betroffenen

Da die Marxisten-Leninisten in erster Linie durch die geplanten Unterdrückungsgesetze betroffen sind, erscheint es der Gruppe Rote Fahne nur selbstverständlich, daß die Marxisten-Leninisten sich zuerst zu einer **Aktions**einheit zusammenschließen und den Kampf aufnehmen müssen. Es gilt "in erster Linie die Aktionseinheit der Marxisten-Leninisten zu schmieden". "Über alle politischen Differenzen hinweg müssen sich vor allem die Marxisten-Leninisten gegen diesen konzentrierten Angriff der Bourgeoisie zusammenschließen." Warum? Eben weil "mit den geplanten Maulkorbgesetzen in erster Linie die marxistisch-leninistische Bewegung in unserem Lande getroffen werden soll, die sich zum Programm des wissenschaftlichen Sozialismus bekennt und die Diktatur des Proletariats propagiert."

Sodann: "Alle fortschrittlichen Organisationen, die in ihrer politischen Bewegungsfreiheit ebenso eingeengt werden, müssen sich mit den Marxisten-Leninisten verbünden, den reaktionären Gesetzen zum Trotz." Die in zweiter Linie Betroffenen sollen sich mit den in erster Linie Betroffenen verbünden, die den Kampf schon führen, und zwar "den reaktionären Gesetzen zum Trotz". Außerdem: "Alle fortschrittlichen Buchhändler und Verlage müssen sich in die einheitliche Front einreihen", denn selbstverständlich sind auch die fortschrittlichen Buchhändler und Verlage "betroffen", denn sie trifft die geplante Gesetzesänderung ja in besonderer Weise, schränkt sie doch das Sortiment ein. Zuvor aber werden noch "alle Arbeiter" und "alle demokratisch und patriotisch gesinnten Kräfte" aufgefordert, dem weiteren Abbau der demokratischen Rechte nicht tatenlos zuzusehen; "allen", die mehr oder weniger betroffen sind, "reichen wir", die in erster Linie Betroffenen, "die Hand" und rufen ihnen zu: "Kämpft mit uns gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes". Das Volk, das ist die Summe der mehr oder weniger Betroffenen, das wir, die in erster Linie Betroffenen, aufrufen, mit uns zu kämpfen.

Diese Vorstellung einer Politik der Aktionseinheit ausgehend vom Zusammenschluß der Hauptbetroffenen bis herunter zu denen, die "aber auch" oder "auch nur" betroffen sind, ist die Konsequenz der Theorie der graduellen Betroffenheit. Sie kann nur bestehen im schrittweisen Zusammenschluß aller Betroffenen mit den Hauptbetroffenen, den Marxisten-Leninisten. In Wirklichkeit freilich sind die Marxisten-Leninisten nur deshalb die "Hauptbetroffenen", weil sie sich eng mit den Volksmassen zusammenschließen und deren Interessen am konsequentesten zum Ausdruck bringen. Entsprechend besteht ihre Politik der Aktionseinheit darin, die Volksmassen auf Grundlage von deren eigenen Interessen zusammenzuschließen, genauso wie eine Vorhut stets im Interesse des Hauptheeres handelt und gerade darin ihre Bedeutung hat.

Die Mentalität von Sondertrüpplern

Die Marxisten-Leninisten verstehen sich als Vortrupp und Trupp der Arbeiterklasse, und sie stellen sich zur Aufgabe, die Arbeiterklasse zur politisch führenden Klasse des Volkes im Kampf gegen die Bourgeoisie heranzubilden. Jede reaktionäre Maßnahme der Bourgeoisie stellt den Marxisten-Leninisten die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, damit sie sich an die Spitze der Volksmassen stellt im Kampf gegen Reaktion und Unterdrückung. Zu diesem Zweck zeigen die Marxisten-Leninisten das Wesen jeder reaktionären Maßnahme auf und legen dar, daß sie entgegen dem oberflächlichen Anschein, nur diesen oder jenen zu treffen, in Wirklichkeit gegen die Volksmassen gerichtet ist und ihren unvermeidlichen Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat. Nur so können die Marxisten-Leninisten die Volksrevolution vorbereiten und ihre Aufgabe als Vorhut der Arbeiterklasse, der führenden Klasse des Volkes, erfüllen.

Ganz anders stellt sich die Sache für die Gruppe Rote Fahne dar. Ihre Theorie der graduellen Betroffenheit und ihre Auffassung der Politik der Aktionseinheit als schrittweise Zusammenfassung der mehr oder weniger Betroffenen erklärt sich aus ihrer Existenz als Sondertrupp und nicht Vortrupp der Arbeiterklasse und aus der Tatsache, daß sie die Marxisten-Leninisten nicht als Vorkämpfer, sondern als Hauptnutznießer der Demokratie begreift, weshalb sie jeden Anschlag auf die Rechte des Volkes in erster Linie als Anschlag gegen sich begreift, von dessen Gefährlichkeit sie die Volksmassen nur überzeugen kann, indem sie ihre eigene Unentbehrlichkeit als Sondertrupp herausstreicht.

Dieses Sektierertum geht Hand in Hand mit Rechtsopportunismus. Wer als Hauptbetroffener die "aber auch" oder "auch nur" Betroffenen mit sich zusammenschließen will, meint, er dürfe seinen Bündnispartnern nicht zuviel zumuten. So hat sich die Gruppe Rote Fahne gegen die Aufnahme der Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots in eine gemeinsame Erklärung ausgesprochen, weil sie angeblich die Breite der Aktionseinheit einschränke. Stattdessen vertrat sie die Losung: "Schluß mit der Kommunistenhetze!". Damit wird eine unabdingbare Forderung im Kampf gegen die Reaktion ersetzt durch eine Losung, die den unversöhnlichen Kampf zwischen Demokratie und Reaktion enden lassen will in einer liberalen Atmosphäre, in der die Bourgeoisie endlich aufhört, gegen die Kommunisten zu hetzen. Ist das nicht seltsam? Die "Hauptbetroffenen" fordern Schonung und wollen dies als Grundlage für die Aktionseinheit mit den Mindestbetroffenen! Da muß enden, wer die Bedeutung der Demokratie für die Volksmassen unterschätzt und die eigene Bedeutung überschätzt. Das Sektierertum schlägt gesetzmäßig in Rechtsopportunismus um.

Eine Einigung mit der Gruppe Rote Fahne ist nur möglich, wenn sie mit dem Sektierertum ebenso Schluß macht wie mit dem Rechtsopportunismus, d.h. wenn sie ihre politische Linie grundlegend ändert.

Das Schwanken der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML)

Vertrat der KBW in den Verhandlungen die Linie des revolutionären Demokratismus im Kampf gegen die Reaktion und vertrat die Gruppe Rote Fahne (KPD) die Linie der graduellen Betroffenheit und des Kampfes für die Schonung des Hauptbetroffenen, so schwankte die Gruppe Roter Morgen zwischen diesen beiden völlig entgegengesetzten Linien hin und her. "Dieses Gesetz (die sogenannte 13. Strafrechtsreform)", schrieb der "Rote Morgen" vom 29. November, "ist ein Generalangriff auf unser Volk." Wie kann man eine solche Feststellung treffen und dennoch mit einer Organisation zusammengehen wie der Gruppe Rote Fahne, die eine entgegengesetzte Auffassung vertritt? Man kann das, wenn man in anderen Fragen die gleichen Marotten hat.

Bei den Verhandlungen zur Vorbereitung einer breiten Aktionseinheit gegen den § 130 a ermöglichte letztlich die prinzipielle Ablehnung jeglicher Politik der Aktionseinheit gegenüber Revisionisten und Trotzkisten die Einheit von Gruppe Rote Fahne und Gruppe Roter Morgen. Beide Organisationen vollziehen die Abgrenzung gegenüber Revisionismus und Trotzkismus nicht durch die Anwendung einer richtigen politischen Linie im Kampf gegen die Bourgeoisie, sondern durch die prinzipielle Ablehnung, Revisionisten und Trotzkisten durch eine Politik der Aktionseinheit zu stellen und zu schlagen. Und gerade darin waren sie sich auch in den Verhandlungen mit dem KBW "über alle Differenzen hinweg" vollständig einig. Für den KBW ist diese Frage der richtigen Linie im Kampf gegen Bourgeoisie und Reaktion untergeordnet. Sie ist für ihn keine prinzipielle Frage. Für die Gruppe Rote Fahne und die Gruppe Roter Morgen scheint es die einzige prinzipielle Frage zu sein. Die prinzipielle Ablehnung jeder Politik der Aktionseinheit gegenüber Revisionisten und Trotzkisten ist ihr gemeinsamer **Flucht**punkt. Dort haben sie sich auch in den Verhandlungen mit dem KBW wieder getroffen. **Gescheitert** sind die Verhandlungen zwischen dem KBW und den beiden Organisationen an den zwei völlig entgegengesetzten Linien im Kampf gegen die Reaktion, die eine gemeinsame Initiative unmöglich machten. – (js)

Gewerkschaftsresolutionen gegen Paragraf 130 a

Frankfurt/M. "Die Teilnehmer der öffentlichen GEW-Protestveranstaltung gegen 'Berufsverbote und politische Disziplinierung' am 8.12.1975 in Frankfurt protestieren entschieden gegen die von Bundestag und Bundesregierung geplanten Gesetzesänderungen (§ 130 a bzw. § 88 a) ... Diese Gesetzesänderungen bedeuten einen weiteren Schritt der Reaktion zur Einschränkung der elementaren Rechte der Arbeiterbewegung und des Volkes, wie sie bereits durch KPD-Verbot, Notstandsgesetze und Ministerpräsidentenerlaß gegen Radikale im öffentlichen Dienst und anderes geltendes Recht sind. Die Versammelten fordern: Weg mit dem § 130 a bzw. 88 a ! Weg mit den geplanten Maulkorbgesetzen! ... "

Die Resolution wurde angenommen bei einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen. Am Anfang der Versammlung waren ungefähr 300 Leute im Saal. Bei der Verabschiedung der Resolution noch über 150.

Hamburg. Die Fachgruppenversammlung Gymnasien im Landesverband Hamburg der GEW hat am 8.12.1975 nach Debatte über die geplante Änderung des § 130 a Strafgesetzbuch einen Antrag von über 100 Anwesenden ohne Gegenstimmen bei ganz wenigen Enthaltungen beschlossen:

"Die Fachgruppe Gymnasien der GEW Hamburg protestiert gegen die geplante Verabschiedung des Gesetzes ... Das Gesetz richtet sich gegen die Bevölkerung insgesamt, indem es schon jeden öffentlich erörterten Gedanken kriminalisiert, der eine Gegenwehr gegen bestehende Mißstände betrifft ... "

J. Noth und D. Hildebrandt müssen freigelassen werden!

Die Justiz und insbesondere die Heidelberger Staatsanwaltschaft setzen alles dran, um Jochen Noth in Haft zu halten und die übliche Freilassung nach § 57 der Strafprozeßordnung auf Bewährung zu hintertreiben. Jochen Noth, Mitglied des Zentralen Komitees des KBW und Sekretär der Heidelberger Ortsgruppe des KBW, sitzt als Gefangener in der Vollzugsanstalt Rottenburg auf Grund des Urteils im Cabora Bassa/Mc Namara-Prozeß. Zwei der Genossen, die mitverurteilt wurden, Joscha Schmierer und Burkhart Braunbehrens, wurden Anfang Dezember freigelassen. Außer Jochen Noth sitzt noch Dietrich Hildebrandt in der Vollzugsanstalt Heilbronn in Haft. Dietrich Hildebrandt steht zur Zeit vor Gericht unter der Anklage, an einer Besetzung des Rektorats der Heidelberger Universität im Jahre 1973 beteiligt gewesen zu sein. Jochen Noth steht unter Anklage wegen Beteiligung an den Aktionen gegen die Straßenbahnpreiserhöhungen im Sommer dieses Jahres in Heidelberg. (Wir werden über diese Prozesse in der nächsten Ausgabe der KVZ berichten.) Offensichtlich versucht die Justiz durch Nachschieben weiterer Anklagen die Genossen gefangen zu halten, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. Die nachfolgenden Dokumente der Rottenburger Anstaltsleitung und der Staatsanwaltschaft Heidelberg sowie die Antwort des Genossen Noth zeigen sehr deutlich, daß die KBW-Mitgliedschaft der entscheidende Grund für diese Verfolgerpraxis der Justiz ist.

Stellungnahme der Vollzugsanstalt Rottenburg

Der Strafgefangene hat sich zum Strafantritt selbst gestellt. Er befindet sich das erste Mal in Strafhaft. Gegenüber dem uniformierten Dienst verhält er sich korrekt und einwandfrei. Gegenüber der Anstaltsleitung und dem Justizministerium versucht er, seine kommunistischen Thesen weiterhin zu vertreten. Er war Redaktionssprecher der hiesigen Gefangenenzeitung. Die Redaktion mußte durch Verfügung vom 5. November 1975 abgesetzt werden, da die klassenkämpferische Tendenz die Ordnung in der Anstalt in nicht unerheblichem Maße gefährdet hat.

Es ist nach hiesiger Auffassung nicht zu erwarten, daß sich Noth in die bestehende Gesellschaft eingliedern will. Es ist anzunehmen, daß er weiterhin versuchen wird, die bestehende Gesellschaftsordnung zu bekämpfen. Ob er sich dabei immer legaler Mittel bedienen wird oder möglicherweise Straftaten gleicher Art begehen wird, ist nicht vorauszusehen.

gez. von Krause
Oberregierungsdirektor

Stellungnahme der Staatsanwaltschaft Heidelberg

1. Rv. – unter Beifügung von Band 7 des Verfahrens 2 KLs 17/73 sowie folgender Fotokopien
Bericht über die Demonstration des KBW Ende Juni 1975 in Heidelberg
Anklage vom 11.3.1975
Anklage vom 11.4.1975
Anklage vom 4.8.1975
Anklage vom 3.7.1975
Anklage vom 6.8.1975
Programm und Statut des KBW
Klageschrift des KBW gegen die Stadt Heidelberg vom 4.2.1975 –
an das Landgericht – Kleine Strafvollstreckungskammer –
74 Tübingen
zur Entscheidung gemäß § 57 Abs. 1 StGB.

Einer Aussetzung des Strafarrests wird entgegengetreten.

Der Verurteilte verbüßt derzeit eine Strafe, die das Landgericht Mannheim mit Urteil vom 1.7.1974 gegen ihn verhängt hat. In diesem Urteil wurde zu der Frage, ob die erkannte Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden kann, folgendes ausgeführt:

"Das Verhalten der Angeklagten am 19.6.1970 stellt sich als gravierender und unter den Augen der Bevölkerung vorgetragener, bedenkenloser Angriff auf die Rechtsordnung dar. Die ungenügende Ahndung solcher erheblicher und in die Öffentlichkeit ausstrahlender Ausschreitungen mit Geld- bzw. Bewährungsstrafen würde künftigen ähnlichen Rechtsverletzungen potentieller Täter nicht genügend vorbeugen und darüber hinaus eine Eskalation der Gewalt fördern, weil der Eindruck jeder Schwäche des Staates und seiner die Rechtsordnung gewährleistenden Institutionen andere politische Gruppierungen zur Selbsthilfe oder zu ähnlichen Gewalttaten reizen kann, wodurch ein so hohes Rechtsgut wie die Erhaltung des Rechtsstaates – und damit auch des Demonstrationsrechts – gefährdet werden kann."

Diese Ausführungen der Großen Strafkammer des Landgerichts Mannheim können bei der Frage der bedingten Entlassung nicht unberücksichtig bleiben. Sie weisen auf Umstände der von dem Verurteilten begangenen Tat hin, die eine vorzeitige Entlassung kaum möglich erscheinen lassen.

Im übrigen ist bei dem Verurteilten auch kaum zu erwarten, daß er außerhalb des Strafvollzugs keine Straftaten mehr begehen wird.

Jochen Noth wurde am 1.7.1974 zu der Strafe verurteilt, die er derzeit verbüßt. Nach dieser Verurteilung hat er eine Reihe weiterer Straftaten begangen, deretwegen zwischenzeitlich die in Fotokopie beigefügten Anklagen erfolgten. Die Anklagen sind zur Hauptverhandlung zugelassen. Termin hierzu ist auf Ende November und Anfang Dezember 1975 bestimmt.

Das bereits mehrfach erwähnte Urteil des Landgerichts Mannheim wurde am 19.3.1975 rechtskräftig. Auch danach hat Noth weitere schwerwiegende Straftaten begangen. Diese ergeben sich aus den in Fotokopie beigefügten Anzeigen. Anklage wegen dieser Taten wurde, da die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, noch nicht erhoben.

Als besonders schwerwiegend müssen die Aufrufe zu Straßenbahnblockaden in verschiedenen Arbeiter-Zeitungen angesehen werden. Diese Aufrufe erfolgten unmittelbar vor Strafantritt des Verurteilten. Die aufgrund dieser Aufrufe erfolgten Demonstrationen und Blockaden brachten das öffentliche Leben in Heidelberg tagelang durcheinander. Die Fotokopie eines Polizeiberichts über die damaligen Ereignisse ist beigefügt. Jochen Noth muß als einer der Drahtzieher für diese Ereignisse betrachtet werden. Wie sich aus einer Klage des KBW gegen die Stadt Heidelberg (Fotokopie liegt bei) ergibt, ist Noth der nach außen hin auftretende Vertreter des KBW Heidelberg. Erklärtes Ziel des KBW ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates mit Waffengewalt. Dies ergibt sich eindeutig aus dem in Fotokopie beigefügten Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (siehe Seite 17). Die Heidelberger Ereignisse im Sommer 1975 zeigen, wie ernst es dem KBW mit dieser These ist.

Es kann auch nicht gesagt werden, daß der bisherige Vollzug derart auf den Verurteilten eingewirkt hätte, daß hinfort mit einem straffreien Leben zu rechnen ist. Die Stellungnahme der Vollzugsanstalt Rottenburg läßt genau das Gegenteil erkennen.

Unter Berücksichtigung all dieser Umstände kann bei dem Verurteilten nicht verantwortet werden zu erproben, ob er außerhalb des Strafvollzugs keine Straftaten mehr begehen wird.

2. Beleg u. Wv. 10.12.1975

gez. Johe
Erster Staatsanwalt

Antwort an die Strafvollstreckungskammer

Jochen Noth
7407 Rottenburg
JVA, Gef.Nr. 895/75

z.Zt. 69 Heidelberg, 28.11.
JVA

An die Strafvollstreckungskammer
beim Landgericht
74 Tübingen
Betr.: Meinen Antrag auf "2/3-Bewährung"

Die Stellungnahmen des Vorstandes der Justizvollzugsanstalt (JVA) Rottenburg und der Staatsanwaltschaft Heidelberg zu meinem Antrag auf "2/3-Bewährung" sind mir von Rechtsanwalt Kempf zur Kenntnisnahme überlassen worden. Ich nehme dazu meinerseits wie folgt Stellung:

Der Vorstand der JVA Rottenburg bestätigt mir korrektes und einwandfreies Verhalten gegenüber dem uniformierten Dienst, wirft mir aber meine politischen Auffassungen vor, die ich selbstverständlich unter anderem auch gegenüber der Anstaltsleitung vertreten habe. Er bemängelt die Tätigkeit der Redaktion der Gefangenenzeitung der JVA "Das Fenster", die im wesentlichen seine eigene Tätigkeit einer kritischen Würdigung unterzogen hat. Er erwartet nicht, daß ich mich "in die bestehende Gesellschaft eingliedern will". Er rechnet damit, daß ich auch weiterhin die bestehende Gesellschaftsordnung bekämpfen werde.

Mit dieser letzten Vermutung hat der Vorstand der JVA Rottenburg recht. Seiner Behauptung, ich wolle mich nicht in die bestehende Gesellschaft eingliedern, muß aber widersprochen werden! Das Wesen der Tätigkeit der Kommunisten besteht darin, daß sie als Teil der Arbeiterklasse und des Volkes dazu beitragen, daß sich die breiten Volksmassen um die Interessen, die sich aus ihrer Lage ergeben, zusammenschließen und sich gegen die Kapitalisten und ihren Staat organisieren, um schließlich den Sturz von deren Herrschaft zu erreichen.

Die Protestaktionen gegen die Preiserhöhungen bei den Heidelberger Straßenbahnen z. B., an denen mich beteiligt zu haben die Staatsanwaltschaft mir vorwirft, konnten sich in dieser Breite vor allem deshalb entwickeln, weil die Kommunisten als führender und organisierender Kern dieser Bewegung fest mit der Masse der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten verbunden sind, die diese Bewegung in ihrer enormen Breite getragen haben, weil die Kommunisten unter anderem in Heidelberg ganz vorzüglich "in die bestehende Gesellschaft eingegliedert" sind! Entsprechendes läßt sich von meiner Tätigkeit in der Redaktion der Gefangenenzeitung "Das Fenster" sagen. Die Ordnung der Anstalt wurde in den Augen des Vorstands nicht deshalb gefährdet, weil ich der Redaktion und den übrigen Gefangenen ganz absonderliche und weltfremde Ideen aufgezwungen hätte, sondern weil die gesamte Redaktion gemeinsam Mißstände und Verhaltensweisen leitender Beamter in der Anstalt aufgegriffen hat, die allen Gefangenen auf den Nägeln brennen.

Deutlich ist, daß der Vorstand der JVA Rottenburg unter "Eingliederung in die bestehende Gesellschaft" das Ducken vor der herrschenden Ausbeuterordnung versteht, zu deren Erhaltung beizutragen er berufen ist. Als Voraussetzung für die Gewährung einer Bewährung betrachtet er die Verleugnung meiner politischen Auffassungen und meiner Überzeugung, daß diese Ordnung gestürzt werden muß. Dabei wäre er möglicherweise damit zufrieden, wenn ich sie ihm gegenüber nicht länger vertreten würde.

Auch die Staatsanwaltschaft Heidelberg sucht letzten Endes allein in meinen politischen Auffassungen einen Grund zur Haftverlängerung. Sie führt in ihrer Stellungnahme verschiedene noch nicht gerichtlich behandelte Strafverfahren an, die sie gegen mich angezettelt hat, sowie irgendwelche Strafanzeigen. All das aber nur, um zu behaupten, daß allein Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, die die Grundlage meiner politischen Auffassungen und meines politischen Handelns sind, ausreichende Gründe liefern, um mich weiterhin einzusperren.

Ganz abgesehen davon, daß diese Argumente rechtfertigen können, alle Kommunisten solange in Sicherheitsverwahrung zu tun, bis sie auf die Vertretung ihrer Ansichten verzichten, stehen diese Einlassungen auch im Widerspruch zu den Ausführungen von Staatsanwaltschaft und Gericht während des Prozesses, der zu dem z. Zt. von mir verbüßten Urteil führte. Beide haben mehrfach betont, daß es sich nicht um einen politischen Prozeß und um einen Prozeß gegen den KBW handelt. Daß diese Beteuerungen nicht der Wahrheit entsprechen, ist nicht erst seit den vorliegenden Stellungnahmen deutlich. Bereits dem Landgericht Mannheim mußten nie rechtskräftig gewordene Urteile und nie verhandelte Anklageschriften und Strafanzeigen zur Rechtfertigung der gegen mich verhängten Freiheitsstrafe dienen. Jetzt sollen wiederum dubiose staatsanwaltschaftliche und polizeiliche Akten begründen, daß ich nicht aus der Haft entlassen werde.

Ich bin gespannt, ob auch die Strafvollstreckungskammer Tübingen in der Vertretung revolutionärer Anschauungen einen Grund sieht, meine Haft zu verlängern.

Ich beantrage erneut meine Entlassung aus der Strafhaft.

Jochen Noth

Die Gebrüder Sachs machen Kasse

Zusammen mit seinem Bruder hat Gunter Sachs 75 % der Fichtel und Sachs AG für eine halbe Milliarde (oder mehr an den britischen Konzern Guest, Keen, Nettlefolds verkauft. Und sie zahlen dafür nicht einmal die fälligen 150 Milliarden DM Steuern, denn die beiden Brüder haben rechtzeitig die schweizerische Staatsbürgerschaft erworben. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", die Zeitung der Bourgeoisie für die Bourgeoisie, widmet diesem spektakulären Kassemachen einen Kommentar auf der ersten Seite. *"Schon macht das Wort vom Ausverkauf des Vaterlandes die Runde. Schlimmer ist, daß Vorgänge a la Sachs als offenkundiger Beweis für die Unfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems gewertet werden. Hier scheint es tatsächlich, als ob die Reichen noch reicher werden – was nicht stimmt, da sie vorhandenes Vermögen nur in eine andere Form verwandeln: aus gebundenem Sach- wird fungibles Geldvermögen."* Das ist für die Bourgeoisie die natürlichste Sache der Welt. Was die Arbeiter in Generationen geschaffen haben, ist für die Kapitalisten fungibles (frei verfügbares) Kapital. Peinlich ist der Bourgeoisie, daß der, der verfügt, in diesem Fall *"Deutschlands führender Playboy"* ist. Und so beeilt sie sich zu schreiben: *"Aber der Konflikt zwischen dem privaten Charakter des Eigentums und der öffentlichen Verpflichtung ... kann nur von dem Unternehmer selbst gelöst werden. ... Eine von außen auferlegte Beschränkung des Eigentumsrechts über ein Unternehmen kann es jedenfalls in einer liberalen Welt nicht geben. Jeder, auch der Unternehmer, muß innerhalb der gesetzlichen Schranken frei über sein Eigentum verfügen können."* Die "Frankfurter Allgemeine" muß sich damit rumschlagen, daß die Brüder Sachs eine schlechte Reklame für die kapitalistische Eigentumsordnung machen. Peinlich ist ihr, daß die Brüder Sachs in lebendiger Weise demonstrieren, wie entbehrlich für die arbeitende Gesellschaft der Kapitalist ist, der von ihrer Ausbeutung lebt. Hilflos beschwört sie dagegen die Freiheit des kapitalistischen Eigentums und das "Pflichtbewußtsein" der Ausbeuter. Doch die Arbeiterklasse ist sehr wohl in der Lage, die Kapitalisten aus dem *"Konflikt zwischen dem privaten Charakter des Eigentums und der öffentlichen Verpflichtung"* zu befreien, indem sie die Kapitalisten vom Eigentum an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln befreit und diese zum Nutzen der arbeitenden Gesellschaft in gesellschaftliches Eigentum überführt. Doch diese für jeden von seiner Hände Arbeit lebenden Menschen naheliegenden Schlußfolgerungen sind der "Frankfurter Allgemeinen" ein Greuel. Stattdessen wirbt sie um Verständnis für die *"Erben von Familienunternehmen, die, des zermürbenden Kampfes gegen Kosten und überzogene Ansprüche überdrüssig und voller Resignation ob der künftigen Entwicklung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik, nur zu leicht geneigt sind, der Verlockung des Geldes nachzugehen"*. Die armen Brüder Sachs, von den *"überzogenen Ansprüchen"* der Lohnabhängigen ins Elend ihres Lotterlebens getrieben!

Die "Bild"-Zeitung, die dem unbeschwerten Luxusleben von Gunter Sachs schon manchen Artikel gewidmet hat, weiß natürlich, daß man mit solchen Schilderungen des schweren Schicksals der leidgeprüften Unternehmer hier nicht mehr kommen kann. Diese Zeitung der Bourgeoisie für die breiten Volksmassen muß den Playboy fallen lassen, um das Bild des Unternehmers zu retten. Sie schreibt im "Bild"-Kommentar am 6.12.: *"Unternehmer? Na, ja. Eher Mitnehmer. Schwarze Schafe gibt es überall. Und die überwältigende Mehrheit der Unternehmer handelt verantwortungsbewußt, lebt für die Interessen des Betriebes. Die Brüder Sachs können wir vergessen."* Den Arbeitern kann es in der Tat gleich sein, von welchem Kapitalisten sie ausgebeutet werden, von der Familie Sachs oder dem Nettlefolds-Konzern. Die Arbeiterklasse muß die Ausbeuter allesamt stürzen, die "Verantwortungsbewußten" genauso wie die Gebrüder Sachs, die ihr Schmarotzertum öffentlich zur Schau stellen. – **(bb)**